

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Österreichs Engagement im nationalen Versöhnungsprozess
Mosambiks

verfasst von | submitted by
Caroline Ferstl BSc (WU)

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Dr. Dr. Amadou-Lamine Sarr

Abstract

Die gewaltsamen Proteste, die auf die im Oktober 2024 abgehaltenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen folgten, sind das jüngste Beispiel für die unversöhnte Gesellschaft Mosambiks sowie die Unzufriedenheit eines großen Teils der Bevölkerung mit der Machtansammlung der langjährigen Regierung und der sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes. Eine wesentliche Mitverantwortung daran tragen externe Akteur*innen, die im Friedensprozess nach dem Bürgerkrieg bis heute im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) eine wesentliche Rolle spielen. Die vorliegende Arbeit beleuchtet, basierend auf den Vorstellungen von Versöhnung von Frantz Fanon und Nelson Mandela, das Wirken externer Akteur*innen aus dem EZA-Bereich in Versöhnungsprozessen am Beispiel des Projektes DELPAZ Sofala der Austrian Development Agency (ADA) in Mosambik. Mittels Literatur aus dem Feld der postkolonialen Theorie sowie Interviews mit Projektbeteiligten wird versucht, das Engagement externer Akteur*innen und Versöhnungsversuche in der EZA einzuordnen. In der Arbeit wird argumentiert, dass wiewohl externe Dritte wesentlich zu Mediation und Finanzierung beitragen können, die „Projektilisierung“ von Versöhnung mit der Problematik von Messbarkeit, einem limitierten Zeitrahmen und begrenzten finanziellen Mitteln einhergeht. Obgleich das konkrete Engagement von den Befragten als grundlegend positiv bezeichnet wird und deren humanistischen Motive unbestreitbar sind, agiert EZA stets in einem globalen Kontext und läuft somit im Sinne der postkolonialen Kritik Gefahr, globale Ungleichheit, Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse zu reproduzieren.

Abstract

The violent protests that followed the parliamentary and presidential elections in October 2024 are the latest examples of Mozambique's still unreconciled society as well as the dissatisfaction of a large part of the population with the long-term government, its accumulation of power and the socio-economic development of the country. As external actors have played a significant role in the peace process after the civil war and continue to do so today within development cooperation, they bear some responsibility for the current state of affairs. Based on the ideas of reconciliation by Frantz Fanon and Nelson Mandela, this master's thesis examines the role of external actors within development cooperation in reconciliation processes through the case of the Austrian Development Agency (ADA) project DELPAZ Sofala in Mozambique. With the aid of postcolonial theory literature and interviews, the paper attempts to not only emphasize and consider the involvement of external actors in development cooperation but also the focus on reconciliation in general. In doing so, it is argued that although external parties can contribute significantly to mediation and financing, the 'projectisation' of reconciliation is often accompanied by problems of measurability, a limited time frame and limited financial resources. Albeit the interviewees describe the respective involvement as fundamentally and their individual humanistic motives are undeniable, development cooperation operates in a global context and thus runs the risk of reproducing global inequality, unequal power relations and dependencies according to postcolonial criticism.

Danksagung

Mein Dank gilt allen Interviewpartner*innen, die mitunter Internetproblemen und fehlenden Sprachkenntnissen zum Trotz, freiwillig und ohne Gegenleistung ihre Zeit für die Fragen einer x-beliebigen, neugierigen Studentin geopfert haben. Genauso bedanke ich mich bei Lamine für die Betreuung, den Input und den bei den Treffen obligatorischen Kaffee.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
2. Verständnis von Versöhnung in postkolonialen Theorien	12
2.1. Fanon: Vom gewaltsamen Widerstand zur gemeinsamen Identität	12
2.2. Mandela: Vergebung statt Vergeltung	17
2.3. Exkurs Ubuntu: „Das Individuum existiert aus der Gemeinschaft“	20
3. Frieden und Versöhnung in Theorie und Praxis	23
3.1. Peacebuilding: Definition und Kritik	23
3.2. Reconciliation: Definition und Kritik	26
3.2.1. Reconciliation in der Praxis: „Disarmament“, „demobilization“, „reintegration“ (DDR)	28
3.3. Wer für Frieden sorgen kann	30
3.3.1. „Top-down“: Eliten, externe Akteur*innen, NGOs	31
3.3.2. „Bottom-up“: „The locals“	33
4. Fallbeispiel Mosambik	37
4.1. Unabhängigkeitskampf und Bürgerkrieg	37
4.2. Drei Abkommen für Frieden	40
4.3. Fehler und Herausforderungen der Versöhnungsprozesse	44
4.3.1. Narrative und fehlende Aufarbeitung	44
4.3.2. Sozio-ökonomische Aspekte	46
4.3.3. Dezentralisierung und Militär	49
5. Die Rollen Österreichs und Mosambiks im entwicklungspolitischen Kontext	52
5.1. „Donor darling“ Mosambik	52
5.2. Exkurs: Österreichische Entwicklungshilfe und EZA	52
5.3. Österreich und Mosambik	56
5.4. Projektbeschreibung DELPAZ Sofala	58
6. Methodologie	61
6.1. Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring	62

6.2. Leitfadengestütztes Expert*inneninterview	68
6.3. Leerstellen und Selbstreflexion	71
7. Diskussion der Ergebnisse.....	73
7.1. Versöhnung.....	73
7.2. Projektisierung von Versöhnung und die Rolle externer Akteur*innen	79
7.3. Fallbeispiel DELPAZ	84
7.3.1. Versöhnungsmaßnahmen und soziale Inklusion	84
7.3.2. Materielle und wirtschaftliche Ermächtigung	85
7.3.3. Dezentralisierung	89
7.3.4. Versäumnisse, Lehren, Projektende und langfristige Auswirkungen.....	92
7.4. Beziehung Österreich und Mosambik und Interessen ausländischer Akteur*innen	95
7.5. Selbstreflexion und politische/globale Herausforderungen für EZA in Mosambik.....	97
7.6. Leerstelle: Gender-Aspekte in Versöhnungsprozessen	101
8. Conclusio.....	102
Literaturverzeichnis.....	105
Anhang Einverständniserklärung und Interviewleitfaden.....	114

1. Einleitung

Die im Oktober 2024 abgehaltenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Mosambik waren begleitet von Vorwürfen der Wahlmanipulation und -fälschung, heftigen, teils gewaltsamen Protesten – auf die die Regierung mit mindestens genauso gewaltsam ausfallender Polizeigewalt antwortete –, Medienberichten zufolge Hunderten Toten und dem Mord an dem Anwalt des oppositionellen zweitplatzierten Präsidentschaftskandidaten. Unterstützt wurden die Proteste vor allem von der urbanen, jungen Bevölkerung und den oppositionellen Parteien. Beobachter*innen werteten die Ausschreitungen als Zeichen der Frustration der Bevölkerung mit der angesammelten Macht und des Machtmissbrauchs der seit der Unabhängigkeit 1975 regierenden Partei „Frente de Libertação de Moçambique“ (FRELIMO) und mit der sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes (ICG, 2024).

In die österreichische Aufmerksamkeit finden Nachrichten aus dem südostafrikanischen Land nur in Ausnahmefällen und dann meist zeitverzögert – als einer der Ersten berichtete Anfang Jänner der sozialliberale *Standard* ausführlich darüber (Putsch, 2025).

Die öffentliche Ignoranz gegenüber der innenpolitischen Lage eines weit entfernten Landes des Globalen Südens ist kaum überraschend; angesichts der Bedeutung Mosambiks für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit (EZA) könnte man dennoch anderes erwarten: Mosambik ist seit 1992 ein Schwerpunktland der staatlichen EZA, organisiert durch die Austrian Development Agency (ADA) (BMEIA, ADA, 2024). Die ADA agiert als Geldgeberin und Umsetzerin von österreichischen und multilateral beschlossenen Unterstützungsprojekten; der größte Anteil österreichischer öffentlicher Entwicklungsleistung (ODA), der nach Mosambik fließt, geht in die Sektoren humanitäre Hilfe (darunter Rekonstruktion und Rehabilitation), Landwirtschaft, Wasserversorgung, an Regierung, Zivilgesellschaft und in die Friedenssicherung (ADA, 2025b). Eines der im Bereich Frieden und Sicherheit geförderten und von der ADA umgesetzten Projekte in Mosambik ist das von der EU initiierte Projekt DELPAZ Sofala in der gleichnamigen, mosambikanischen Provinz. Dieses hat die gesellschaftliche Integration ehemaliger Kämpfer*innen der oppositionellen Partei „Resistência Nacional Moçambicana“ (RENAMO) durch die Förderung landwirtschaftlicher Selbstständigkeit zum Ziel. Die mosambikanische Gesellschaft kämpft nach wie vor mit den nicht aufgearbeiteten Folgen des Bürgerkriegs zwischen FRELIMO und RENAMO (1977 bis 1992); obgleich der Bevölkerungsanteil jener Generationen, die den Krieg nicht erlebt haben, stetig steigt, prägen strukturelle Diskriminierung und soziale und ökonomische Marginalisierung einst bewaffneter RENAMO-Anhänger*innen und Nicht-FRELIMO-Parteimitglieder subjektive

Wahrnehmungen, Politik und Gesellschaft (Pearce, 2020; Vines, 2013; Wiegink, 2020; Wiegink & Sprenkels, 2022).

Ein Besuch im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit als Journalistin im Mai 2024 im Projektgebiet hinterließ offene Fragen, die nicht zuletzt dem bisherigen Studium und der kritischen Auseinandersetzung mit Entwicklungstheorien und -zusammenarbeit entspringen. Aus diesem Grund fiel die Themenwahl dieser Arbeit auf das Engagement Österreichs in Mosambik.

Die Forschungsfrage der vorliegenden Masterarbeit ist folgende: Welche Rolle spielen externe Akteur*innen in nationalen Versöhnungsprozessen am Beispiel von Österreichs Engagement in Mosambik?

Folgende Unterfragen sollen die Forschungsfrage näher definieren: Wie wird das Engagement externer Akteur*innen aus Entwicklungszusammenarbeit und Friedenspolitik in vergangenen und aktuellen Versöhnungsprozessen in Mosambik wahrgenommen und hinterfragt? Welche Vor- und Nachteile haben das Engagement externer Akteur*innen und der Fokus auf Versöhnung in der EZA? Welche Interessen werden mit dem Engagement Österreichs verfolgt?

Ziel der Arbeit ist es, das österreichische Engagement in Mosambik, konkret das Projekt DELPAZ Sofala, kritisch zu beleuchten; auf einer Metaebene soll die Intervention externer Akteur*innen in Versöhnungsprozessen im EZA-Bereich und im internationalen Friedensengagement allgemein hinterfragt werden. Ebenso will die Arbeit untersuchen, inwiefern derartige kritische Überlegungen und Positionen auch bei Mitarbeiter*innen und Teilnehmer*innen von Versöhnungsprojekten im EZA-Bereich zu finden sind.

Der wissenschaftliche Forschungsstand zu Österreichs jahrzehntelangem, entwicklungspolitischem Engagement in Mosambik ist veraltet und gering, wiewohl die Ursprünge in die 1960er Jahre zurückreichen, als das südafrikanische Land noch eine portugiesische Kolonie war (Hödl, 2004, S. 239). Dagegen wurde in der jüngeren Vergangenheit einiges über die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Situation ehemaliger RENAMO-Kämpfer*innen publiziert, vor allem in portugiesischer Sprache. Aufgrund der fehlenden Sprachkenntnisse wurde in der vorliegenden Arbeit auf übersetzte Primärquellen oder englischsprachige Autor*innen zurückgegriffen.

Angesichts dieser Quantität und Qualität an Forschung zur allgemeinen Situation in Mosambik erschien es als sinnvoll, den Fokus der Arbeit auf das österreichische Wirken vor Ort zu legen. Ein weiterer Grund, der dafür sprach, das österreichische Engagement zum „Forschungsobjekt“

zu machen, ergab sich aus der Kritik der postkolonialen Theorie, die der Arbeit als theoretische Grundlage dient.

Der breit gefasste Begriff „postkoloniale Theorie“ wird in dieser Arbeit nach der Definition von María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan verstanden: Das Präfix „post“ bezieht sich nicht zeitlich auf die Phase ab der Unabhängigkeit ehemals kolonialisierter Länder; die Annahme ist vielmehr, dass der Kolonialismus in nahezu allen Bereichen (Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, etc.) nachwirkt, dass imperiale, neokoloniale Machtstrukturen nicht überwunden und eine vollständige Dekolonialisierung nicht erreicht wurden (do Mar Castro Varela & Dhawan, 2015, S. 16ff). Postkoloniale Theorien werden allgemein als kritisch verstanden: kritisch gegenüber Macht- und Herrschaftsformen und den vorherrschenden Strukturen in jeglichen Bereichen, auch in der Entwicklungszusammenarbeit. Den Eurozentrismus in Wissenschaft und Praxis ablehnend, agieren sie in einem interdisziplinären Feld und bedienen sich einer Vielzahl methodologischer Herangehensweisen (Kerner, 2021, S. 9ff). Gleichsam werden postkoloniale Theorien von Vertreter*innen des Globalen Südens mitunter als Fortführung eurozentristischer, hegemonialer Verhältnisse kritisiert: So wird postkolonialen Theorien die „Erforschung“ des Globalen Südens durch den Globalen Norden vorgeworfen und als „Aktivität einer privilegierten Klassenfraktion [...], die vollkommen von den materiellen Realitäten der Kämpfe im des Südens abgeschnitten ist“ (do Mar Castro Varela & Dhawan, 2015, S. 291) kritisiert. Dieser Kritik entspringt auch der Fokus der Arbeit auf das österreichische Engagement in Mosambik.

Angesichts der Vielzahl bedeutender, postkolonialer Theoretiker*innen beschränkt sich die Arbeit auf zwei wichtige Vordenker: Frantz Fanon und Nelson Mandela (Kapitel 2). Ersterer gilt als wesentlicher Impulsgeber für den Befreiungskampf und die Dekolonialisierung ganz Afrikas (Fanon, 2014, S. 13; Hudis, 2015, S. 92); gleichzeitig sind Fanons Überlegungen zu Versöhnung und der Schaffung einer friedvollen Gesellschaft nach einem Krieg weitaus weniger rezipiert als seine Aufrufe zu Widerstand gegen die unterdrückende Kolonialmacht. Mandela wiederum wird zitiert aufgrund der Anwendung seiner Vorstellung von Versöhnung in Südafrika in Form der „Truth and Reconciliation Commission“ (TRC), einer „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ (Aiken, 2016, S. 192; Yadav, 2007, S. 51). Gleichzeitig spielte Südafrika als Nachbarland eine wesentliche Rolle bei der Unterstützung der oppositionellen RENAMO und kann damit mitverantwortlich gemacht werden an der Instabilität Mosambiks nach der Unabhängigkeit (Vines, 1996, S. 32ff, 76f). In einem kurzen Exkurs wird zudem die afrikanische Philosophie Ubuntu dargestellt, deren Ansätze implizit bei Fanon und explizit bei

Mandela nachzuweisen sind und die zeitgenössische, kritische und postkoloniale Überlegungen inspiriert.

Ergänzt wird die theoretische Annäherung an Fanons und Mandelas Verständnis von Versöhnung durch theoretische und praktische Aspekte aus der Friedens- und Konfliktforschung, die auch in der EZA wiederzufinden sind (Kapitel 3). Das Kapitel beleuchtet das dominierende Forschungs- und Praxisfeld der liberalen Friedensschaffung (peacebuilding), in dessen Rahmen Versöhnungsprozesse umgesetzt werden; dabei wird vor allem die (postkoloniale) Kritik daran beleuchtet. Ebenso wird das dominierende Verständnis und die Umsetzung von Versöhnung (reconciliation) in Friedensprozessen dargestellt. Im Vordergrund des gesamten Kapitels steht die Frage, wie externe Akteur*innen in diesem Prozess vorgehen können.

Die anschließende, kurze Beschreibung der Geschichte Mosambiks, der vergangenen Versöhnungsprozesse und den Versäumnissen wurde mithilfe bereits bestehender Literatur vorgenommen (Kapitel 4). Kapitel 5 beleuchtet die Rollen und das Verhältnis Österreichs und Mosambiks im entwicklungspolitischen Kontext. Es folgt eine Beschreibung der vorgenommenen Methodologie (Kapitel 6): Zur Datenerhebung wurden leitfadengestützte Interviews geführt, sowohl persönlich als auch mit digitalen Hilfsmitteln. Der Fokus lag auf Akteur*innen (vor Ort) – österreichische, europäische und mosambikanische EZA-Mitarbeiter*innen, Beobachter*innen und Teilnehmer*innen des Projekts –, die Österreichs Engagement in Mosambik aufgrund des eigenen Mitwirkens und der persönlichen Erfahrungen entsprechend einschätzen können. Die Analyse der Interviews erfolgte nach der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring. Der Interviewleitfaden ist der Arbeit im Anhang beigelegt. Kapitel 7 diskutiert die in den Interviews getätigten Aussagen und verknüpft sie mit den dieser Arbeit zugrunde liegenden Theorien Fanons und Mandelas und kritischen, postkolonialen Ansätze sowie mit den zuvor dargestellten Versäumnissen in bisherigen Versöhnungsprozessen und der historischen und wirtschaftlichen Beziehung zwischen Österreich und Mosambik. In der abschließenden Conclusio wird die Forschungsfrage der Arbeit beantwortet.

Für eine genderinklusive Sprache wird in der Arbeit, falls kein genderneutrales Synonym möglich, auf das Gendern mittels Sternchen (*) zurückgegriffen. Für Regionsbezeichnungen werden die Begriffe „Globaler Norden“ und „Globaler Süden“ verwendet, die nicht nur eine örtliche Beschreibung vornehmen, sondern auch globale Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse inkludieren. Dennoch wird auch der Begriff des „Westens“ als Synonym für industrialisierte, ökonomisch reichere Länder verwendet, um den historischen und

zeitlichen Kontext, in dem dieser Begriff verwendet wurde, zu berücksichtigen. Selbiges gilt für die Begriffe „schwarz“ und „weiß“, die nicht nur eine Beschreibung von Hautfarbe, sondern auch von konstruierten Zuordnungsmerkmalen, gesellschaftlichen Macht- und Ungleichheitsverhältnissen sind. Ausdrücke wie „Dritte Welt“ für ehemals kolonialisierte und weniger industrialisierte Länder Afrikas sowie vergleichende, (ab-)bewertende Beschreibungen wie „zurückgeblieben“ werden von der Autorin wie von der postkolonialen Theorie abgelehnt, und nur in wörtlichen Zitaten oder Eigennamen wiedergegeben. Der Begriff „Entwicklungshilfe“ wiederum, der eine Hilfsbedürftigkeit sowie ein ungleiches Machtverhältnis zwischen Geber- und Empfängerländern von finanziellen Mitteln impliziert und in der heutigen Entwicklungspolitik, die die Gleichberechtigung und „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“ betonen will und deswegen den Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ bevorzugt, abgelehnt wird, wird in dieser Arbeit genauso verwendet: einerseits aufgrund des historischen Kontextes, andererseits weil sich EZA nach wie vor den Vorwurf gefallen lassen muss, Machtasymmetrie und Abhängigkeiten zu (re-)produzieren sowie die eigenständigen Entwicklungsmöglichkeiten von Ländern einzuschränken, und der Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ fallweise als reiner Euphemismus für „Entwicklungshilfe“ kritisiert werden kann (Costy, 2004, S. 161; Hödl, 2004; Sabaratnam, 2017, S. 77).

2. Verständnis von Versöhnung in postkolonialen Theorien

Das vorliegende Kapitel ist eine Annäherung an die Idee von Versöhnung einer Bevölkerung nach einem Befreiungs- oder Bürgerkrieg in postkolonialen Theorien. Der erste Teil widmet sich zwei „Vordenkern“ von Versöhnung postkolonialer Theorien – Frantz Fanon und Nelson Mandela – sowie der afrikanischen Philosophie Ubuntu; alle drei beeinflussen einst wie heute kritische und postkoloniale Ansätze. Beide, Fanon und Mandela, haben die Phase des kolonialen Afrikas und der Dekolonialisierung miterlebt; während Fanons Überlegungen zu Versöhnungsprozessen überwiegend theoretische blieben, fanden Mandelas in Südafrika Anwendung und dienten anderen Versöhnungsprozessen in dekolonialisierten Ländern als Vorbild (Chandhoke, 2021, S. 6; Mbembe, 2021, S. 311). Parallelen zum Konzept der afrikanischen Philosophie Ubuntu lassen sich, wie in Folge dargestellt, sowohl im Schaffen Fanons als auch bei Mandela finden.

2.1. Fanon: Vom gewaltsamen Widerstand zur gemeinsamen Identität

Als „Verherrlicher“ oder „Glorifizierer“ von Gewalt wurde und wird Frantz Fanon oftmals missverstanden (Hudis, 2015, S. 92; Mbembe 2021, S. 296): Aufbauend auf dem marxistische Verständnis von Gewalt als „Geburtshelferin einer jeden alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht“ (Marx, 1969, S. 791)¹, plädiert Fanon in seinem Werk *Die Verdammten dieser Erde* (2014) 1961 für eine gewaltsame Auflehnung gegen die koloniale Unterdrückung. Fanon, in erster Linie Psychiater und später algerischer Revolutionär, wurde durch den Text zum wesentlichen Impulsgeber für den Befreiungskampf und die Dekolonialisierung aller afrikanischen Länder (Fanon, 2014, S. 13; Hudis, 2015, S. 92).

Gewalt ist für Fanon etwas Mehrdeutiges, unterdrückend und befreiend zugleich; er unterscheidet zwischen der ideologischen Gewalt der Kolonialmächte und der emanzipatorischen Gewalt der Kolonialiserten (Fanon, 2014, S. 29ff; Hudis, 2015, S. 119f; Mbembe, 2021, S. 303f): Als „Interpret der Situation“ (Jean-Paul Sartre in Fanon, 2014, S. 13) versteht Fanon Gewalt als die Sprache der Kolonialmacht und sieht die gewaltsame Auflehnung als einzig wahres Mittel zur Befreiung der Bevölkerung von der gewaltvollen, kolonialen Unterdrückung an (Chandhoke, 2021, S. 22; Mbembe, 2021, S. 299f): „Im Grunde hat der Kolonialherr ihm seit jeher den Weg gezeigt, den es [das Volk] wählen muss, wenn es sich befreien will“ (Fanon, 2014, S. 71). Gewaltlosigkeit würde ausschließlich von der kolonialen Bourgeoisie und der kolonialiserten Elite gefordert, die mehr zu verlieren hätten – Macht,

¹ Alle Zitate in der Arbeit werden in der Sprache widergegeben, in der das zitierte Werk gelesen wurde.

Wohlstand, Arbeitskräfte, Rohstoffe – als das kolonialisierte Volk lediglich seine Fesseln (Fanon, 2014, S. 50f): „Das Leben kann für den Kolonialisierten nur aus der verwesenden Leiche des Kolonialherren entstehen“ (Fanon, 2014, S. 76).

Eine Reduzierung Fanons auf seine Theorie der Notwendigkeit eines gewaltsamen Widerstands wird seiner theoretischen Arbeit nicht gerecht: „Fanon himself, however, is much more doubtful about violence than his admirers“ (Arendt, 1970, S. 14). Wesentlicher für diese Arbeit sind die weitaus weniger rezipierten Überlegungen Fanons zu dem, worauf ein Befreiungskampf abzielt: die Schaffung eines (National-)Staates und einer friedvollen Gesellschaft. Dieses Bestreben gilt es, von Beginn des Befreiungskampfes an zu bedenken: „Die Ziele des Kampfes dürfen nicht in der Unbestimmtheit der ersten Tage steckenbleiben“ (Fanon, 2014, S. 121)².

Fanon zufolge beginnt die Schaffung eines gemeinsamen Bewusstseins und einer gemeinsamen, nationalen Identität mit dem gewaltsamen Kampf: „es existiert ein in Blut und Zorn geschaffenes Bindemittel“; der gewaltsame Widerstand „vereinigt das Volk“ (Fanon, 2014, S. 77). Fanon schreibt dem Befreiungskampf einen reinigenden und versöhnenden Charakter zu, der in einer Phase der „kollektiven Ekstase“ sogar die „Versöhnung verfeindeter Familien“ ermögliche (Fanon, 2014, S. 113). Die Herausbildung eines Nationalgefühls sei nach der totalen und nivellierenden Kolonialherrschaft unabdingbar; die Stärkung bisher unterdrückte, kultureller und ethnischer Traditionen diene nicht nur der Bewusstseinsbildung, sondern sei auch Zeichen der Ablehnung der Unterwerfung³. Fanon warnt: Das Überspringen der „nationalen Phase“ würde Stammeskämpfe und ethnischer Rivalität fördern (Fanon, 2014, S. 201f). Wesentlich für Fanon ist die Unterscheidung: Das nationale Bewusstsein sei kein nationalistisches; ihm inhärent ist Fanon zufolge ein starker internationaler und panafrikanischer Charakter: „Die Geburt eines Nationalbewusstseins läuft mit dem eines afrikanischen Bewusstseins parallel“ (Fanon, 2014, S. 209).

Auch wenn das Fundament für ein gemeinsames (National-)Bewusstsein mit dem gemeinsamen Kampf gegen die Kolonialmacht gegeben sei, weist Fanon darauf hin, dass die Herausbildung einer Identität nicht von allein passiere und mit Risiken verbunden sei. Das

² Den Aufbau und die Organisation des Landes nach der Unabhängigkeit bereits während des Krieges mitzudenken betont auch der Gründer der mosambikanischen Befreiungsbewegung FRELIMO, Eduardo Mondlane (1973, S. 203ff).

³ Ähnlich beschreibt Mondlane den nationalen Charakter seiner Gruppierung: „Das Nationalbewusstsein entwickelte sich nicht etwa auf der Grundlage einer festen, geschichtlich eine sprachliche, territoriale, wirtschaftliche und kulturelle Einheit bildenden Gemeinschaft. In Moçambique wird die territoriale Gemeinschaft vielmehr durch die Kolonialherrschaft erzeugt, die auch die Grundlage eines psychologischen Zusammenhalts schuf [...]“ (E. Mondlane, 1973, S. 121); gleichzeitig lehnte FRELIMO die Existenz traditioneller Herrschaftsformen ab (Mondlane, 1973, S. 204).

bisher kolonialisierte, unterdrückte, gesellschaftliche Bewusstsein sei geschwächt: „die große Gefahr, die Afrika bedroht“, sei nach Erlangung der Unabhängigkeit „das Fehlen einer Ideologie“, schreibt Fanon 1960 (Fanon, 2022, S. 243). In mehreren Schriften warnt er vor einer nationalen, jungen Bourgeoisie und (ultra-)nationalistischen Parteien, die die Herausbildung eines panafrikanischen Nationalbewusstseins gefährdeten (Fanon, 2014, S. 127f; Fanon, 2022, S. 243f)⁴. Unter der nationalen Bourgeoisie versteht Fanon das „Proletariat der Städte“, Arbeiter*innen aus dem handwerklichen Bereich und des Beamtentums, „der vom Kolonialregime am meisten verhätschelte Teil des Volkes“ (Fanon, 2014, S. 93)⁵. Fanon wirft dieser Gruppe, entgegen dem europäischen, marxistischen Verständnis, vor, durch ihre alltägliche Arbeit eine stabilisierende Rolle im Kolonialsystem eingenommen und ihr Denken und Agieren von der Kolonialmacht übernommen zu haben: „Es sind die gleichen Kreise, die gegen die obskurantistischen Traditionen kämpfen, die althergebrachten Sitten reformieren wollen und damit einen offenen Kampf gegen den alten Granitsockel führen, der das nationale Erbe bildet“ (Fanon, 2014, S. 93). Die chauvinistische Elite wiederum übernehme die kolonialen Strukturen für die eigene Bereicherung und habe kein Interesse an den Bedürfnissen des Volkes. Um ihre Macht zu sichern, würde diese Elite auf das System einer „Einheitspartei“ setzen, die den Staat dominiere und nach sich ausrichte (Fanon, 2014, S. 140). Die Folge, warnt Fanon: „Der Produktionsprozess des jungen Staats versackt unaufhaltsam in der neokolonialistischen Struktur“ (Fanon, 2014, S. 142). An der Spitze des Staates stehe zwar eine Person aus den Reihen der Revolution, um Rückhalt in der Bevölkerung zu garantieren, doch die Partei würde sich auf der Suche nach Anerkennung internationalen Kräften zuwenden: dem ehemaligen „Mutterland“, global agierenden, kapitalistischen Unternehmen oder ausländische Regierungen (Fanon, 2014, S. 130f; Fanon, 2022, S. 243f): „Das Volk, das in den schwierigen Stunden des nationalen Befreiungskampfes alles hingegeben hatte, fragt sich jetzt mit leeren Händen und leerem Bauch, inwieweit das wirklich ein Sieg gewesen ist“ (Fanon, 2022, S. 244).

Als wesentlich für sowohl die Ausbreitung des Befreiungskampfes als auch die Bildung eines nationalen Bewusstseins sieht Fanon – abermals in Kontrast zu vielen europäischen, marxistischen Annahmen – die ländliche Bevölkerung und Bauernschaft an, die während der kolonialen Unterdrückung auf Distanz zur kolonialisierten Welt der städtischen Gebiete in ihrer

⁴ Die Entfremdung schwarzer Kolonialisierter von sich selbst und ihre Aneignung kolonialer Werte und Interessen beschreibt Fanon in *Schwarze Haut, weiße Masken* (1952).

⁵ Fanons Beschreibung einer nationalen Bourgeoisie, die von der Kolonialmacht aktiv herausgebildet und unterstützt wurde, kann als Beispiel für Antonio Gramscis bürgerlich-kapitalistisches Herrschaftsverständnis sowie seine Auffassungen von Hegemonie und Kompromissgleichgewichten gesehen werden (siehe Opratko, B. (2022). *Hegemonie: politische Theorie nach Antonio Gramsci* (4. Auflage). Westfälisches Dampfboot.).

kulturellen, gemeinschaftlichen Sozialstruktur weitergelebt haben: Fanon lobt den „zurückgebliebenen Bauern“ (Fanon, 2014, S. 95), der seine Tradition verteidigte: „Die Bauern haben sich mit um so mehr Begeisterung in den Aufstand gestürzt, als sie niemals aufgehört hatten, hartnäckig an einer praktisch antikolonialen Lebensweise festzuhalten“ (Fanon, 2014, S. 118). Die nationale Bourgeoisie und die nationalistischen Parteien würden die ländlichen Massen vernachlässigen, ihre Anliegen bei der Bauernschaft keinen Wiederhall finden; zu groß sei das Misstrauen der Landbevölkerung (Fanon, 2014, S. 100f). Gleichzeitig ist Fanon der ländlichen Bevölkerung gegenüber nicht unkritisch: Er verweist auf ihren teils riskanten „reaktionären“, „spontanen“ Charakter; am kritischsten ist der dem „Lumpenproletariat“ gegenüber, in seinem Verständnis die „landlosen Bauern“ (Fanon, 2014, S. 95), dem er ein fehlendes politisches Bewusstsein und Unwissenheit zuschreibt – wiewohl diese Bevölkerungsgruppe im Widerstand eine besonders revolutionäre Rolle einnehme (Fanon, 2014, S. 116). Allerdings sei sie anfällig für Manipulation durch den Unterdrücker, der keine Gelegenheit auslasse, die Kolonialiserten „sich gegenseitig auffressen zu lassen“ (Fanon, 2014, S. 116).

Fanons Vorstellung einer befreiten, friedvollen Gesellschaft beruht auf dem Verständnis eines „neuen Humanismus“ (Fanon, 2014, S. 207f): Darunter versteht er das Ende eines kolonialisierten und kolonialisierenden Bewusstseins, die kollektive Selbstbestimmung eines Volkes, in der das gesellschaftliche Wohl über dem Vorteil des Individuums steht, sowie Gleichberechtigung, gesellschaftliche und politische Teilhabe aller Menschen – sowohl der einst Unterdrückten als auch der Unterdrückenden (Fanon, 2014, S. 207f), kurzum „den endgültigen Triumph aller Menschen“ (Fanon, 2022, S. 171). Ähnliche Vorstellungen äußert Fanon bereits Jahre vor *Die Verdammten dieser Erde* in diversen öffentlichen Schriften (Fanon, 2022, S. 86): In dem Artikel *Brief an die afrikanische Jugend* (2022) aus dem Jahr 1958 fordert er alle „geknechteten und unterdrückten Menschen“ auf, „am Werk der Zerstörung des kolonialen Systems bedingungslos teilzunehmen“, bevor auf Gewalt Versöhnung folgen müsse: „Die unterdrückten Völker müssen sich mit den bereits souveränen Völkern zusammenschließen, da erst wird die Errichtung eines Humanismus mit universalen Dimensionen möglich werden“ (Fanon, 2022, S. 158).

Genauso wie sich Fanon gegen einen „von oben“ diktierten Nationalismus stellt, plädiert er für eine vollkommene Loslösung von der Kolonialmacht, in diesem Fall Europa: Weder institutionelle noch Verwaltungsstrukturen, koloniale wirtschaftliche Abhängigkeiten oder europäische Gesellschaftsformen sollten nach Erlangen der Unabhängigkeit übernommen

werden (Fanon, 2014, S. 264f): „Zahlen wir Europa nicht Tribut, indem wir Staaten, Institutionen und Gesellschaften grünen, die von ihm inspiriert sind“ (Fanon, 2014, S. 265). Dies empfahl Fanon sowohl für das kapitalistische als auch das sozialistische Modell, wenn auch seine Kritik an Ersterem überwog (Fanon, 2014, S. 81). „Für Europa, für uns selbst und für die Menschheit, Genossen, müssen wir eine neue Haut schaffen, ein neues Denken entwickeln, einen neuen Menschen auf die Beine stellen“ (Fanon, 2014, S. 267), schließt Fanon *Die Verdammten dieser Erde*.

Fanons Haltung zu Entwicklungszusammenarbeit und der Intervention externer Akteur*innen, vor allem ehemaliger Kolonialmächte aus dem Globalen Norden, in heutigen Friedens- und Versöhnungsversuchen lässt sich trotz seines Plädoyers für einen universalen Humanismus als eine ablehnende interpretieren. Nach der Ermordung des Premierminister der Demokratischen Republik Kongo, Patrice Lumumba, verurteilte Fanon die United Nations (UN) als „die juristische Karte, die die imperialistischen Mächte ausspielen, wenn die Karte der brutalen Gewalt nicht gezogen hat“ (Fanon, 2022, S. 253). Wiederholt hatte er sich zu Lebzeiten für eine vorrangig panafrikanische Solidarität, eine wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit afrikanischer, souveräner Staaten ausgesprochen und vor „neokolonialen“ Abhängigkeiten nach der Unabhängigkeit gewarnt (Fanon, 2014, S. 80ff, 2022, S. 227; Hudis, 2015, S. 93). Die Frage nach finanzieller und materieller Hilfe aus Europa spricht Fanon in seinen Texten nur kurz explizit an: Die ehemals kolonialisierten, unabhängigen Länder müssten „mit großzügigen Investitionen und technischer Hilfe unterstützt werden“; „der Mensch muss endlich und ein für alle mal überall auf der Welt triumphieren. Dazu verlangen wir die Hilfe Europas“ (Fanon, 2014, S. 86). Damit kann Fanon in aktuellen Debatten als Befürworter von „Wiedergutmachung“ für koloniale Ausbeutung und Verbrechen, etwa in Form von Reparaturzahlungen, verstanden werden; allerdings müsse diese, so lässt sich Fanons Denken deuten, von den einst Unterdrückten bestimmt, nicht von den einstigen Kolonialmächten diktiert werden.

Fanons Verständnis von der ländlichen Bevölkerung als „Hüterin“ von Tradition, ethnischer und kultureller Souveränität kann von Kritiker*innen als romantisierend und verklärend kritisiert werden, oder als Idealtyp seines „neuen“ Menschenbildes, das einem Volk Eigenständigkeit und Selbstbestimmung zuschreibt. Letzteres Verständnis lässt Fanon zu einem Unterstützer von eigenständigen, lokalen Friedens- und Versöhnungsbemühungen werden.

Was bei Fanon fehlt, sind konkrete Handlungsweisen hin zu einer panafrikanischen Solidarität; diese Leerstelle gibt er selbst zu, er spricht von einer „unklare[n], nebelhafte[n] Vorstellung von

der Afrikanischen Einheit“ (Fanon, 2022, S. 244). Sie lassen sich nur implizit aus Fanons Appell, wie postkoloniale Länder *nicht* agieren sollten, nämlich nach Vorbild der europäischen Kolonialmächte, ableiten (Fanon, 2022, S. 245).

2.2. Mandela: Vergebung statt Vergeltung

Nelson Rolihlahla Mandela, später erster Präsident des freien Südafrikas, hatte sich zur Erscheinung von Frantz Fanons *Verdamnten dieser Erde* gerade vom gewaltlosen Widerstand abgewandt und der gewaltvollen Sabotage verschrieben (Chandhoke, 2021, S. 17; Mandela, 1978, S. 154). In der afrikanischen Befreiungsliteratur zählt er zu den bedeutendsten Theoretiker*innen und Umsetzer*innen von Friedens- und Versöhnungsprozessen (Hagemann, 2013, S. 8; Yadav, 2007, S. 50). Wiewohl Südafrika aufgrund seines Apartheid-Systems und der rassistischen Unterdrückung im Kolonialismus sowie des Verbleibs der kolonialen Bevölkerung und deren Nachkommen nach der Unabhängigkeit im Land einen besonderen Einzelfall darstellt, diente der Versöhnungsprozess zahlreichen Friedensbemühungen in postkolonialen Ländern als Vorbild (Aiken, 2016, S. 194; Chandhoke, 2021, S. 6; Mbembe, 2021, S. 311).

Nicht zuletzt aufgrund der Verleihung des Friedensnobelpreises 1993 gilt Mandela vor allem im europäischen Verständnis als „Versöhner“, als Vertreter von Frieden und Gegner von Gewalt (Hagemann, 2013, S. 150). Vergessen scheint oftmals, dass Mandela zeitweise selbst Gewalt anwandte und Gründer des bewaffneten Arms des gegen die Apartheid kämpfenden African National Congress (ANC) war: „We are striking out along a new road for the liberation of the people of this country. The Government policy of force, repression and violence will no longer be met with non violent resistance only!“ (Mandela, 1978, S. 154), heißt es im Manifest von Umkhonto we Sizwe („der Speer der Nation“). Seine Begründung für den gewaltsamen Befreiungskampf gleicht der von Fanon: „The choice is not ours; it has been made by the Nationalist Government which has rejected every peaceable demand by the people for rights and freedom and answered every such demand with force and yet mor force!“ (Mandela, 1978: S. 154). Die von den Kolonialmächten auferlegten, repressiven Strukturen könnten nach Jahren des erfolglosen, gewaltlosen Widerstands mittels Proteste, Gesetzesübertretungen, Boykotten und Sit-ins nur mit Gewalt zerschlagen werden (Chandhoke, 2021, S. 21).

Wie Fanon geht es auch Mandela um eine kurzzeitige und kontrollierte Anwendung von Gewalt; Mandela spricht von Angriffen gegen Symbole der Kolonialherrschaft und Sabotageakte gegen militärische und öffentliche Infrastruktur (Chandhoke, 2021, S. 23f;

Hagemann, 2013, S. 67; Mandela, 1978, S. 154). Schon zum Zeitpunkt der Gewaltanwendung müsse klar sein, dass auf den gewaltsamen Widerstand ein gesellschaftlicher Versöhnungsprozess folgen müsse, der auf die Gleichstellung aller Bevölkerungsgruppen abziele: „I have fought against white domination and I have fought against black domination. I have cherished the ideal of a democratic and free society on which all persons live together in harmony and with equal opportunities” (Mandela, 1978, S. 175). „He wanted to liberate both the oppressed and the oppressor” (Chandhoke, 2021, S. 30).

Nach der Unabhängigkeit sei neben Frieden zwischen den sich einst bekämpfenden Teilen der Gesellschaft und der Einführung starker föderalistischer Strukturen die Aufarbeitung der kolonialen Unterdrückung, von Verbrechen und Gewalttaten des Widerstandes wesentlich für den Gesellschaftsaufbau (Chandhoke, 2021, S. 65; Hagemann, 2013, S. 139f): Von Bestrafung in Form strafrechtlicher Verfolgung wurde im südafrikanischen Versöhnungsprozess – sehr im Gegensatz zu anderen Aufarbeitungsprozessen wie den Nürnberger Prozessen und trotz Ablehnung großer Teile der Bevölkerung (Chandhoke, 2021, S. 32) – unter Mandela explizit abgesehen; stattdessen gab es eine Art Begnadigung für jene, die sich zu ihren Taten bekannten, sofern das Vergehen politisch motiviert war und vollständig transparent gemacht wurde. Gleichzeitig wurden die Opfer von Gewalt und Brutalität ermutigt, das Erlebte mit der Öffentlichkeit zu teilen. Der Prozess stand unter Verantwortung der „Truth and Reconciliation Commission“ (TRC), einer nicht-richterlichen und ohne strafrechtliche Befugnisse ausgestatteten „Wahrheits- und Versöhnungskommission“; zusammengesetzt wurde sie aus von der Bevölkerung vorgeschlagenen Kandidat*innen, die sowohl die Straftaten der weißen Kolonialmacht als auch der unterdrückten Bevölkerung untersuchten; den Vorsitz hatte der Geistliche Desmond Tutu inne (Aiken, 2016, S. 192; Yadav, 2007, S. 51). Damit wurde eine Institution geschaffen, die die nationale Versöhnung voran treiben sollte, und als Vorbild für ähnliche Prozesse im postkolonialen Afrika diente. Die „Anhörungen“ wurden transparent und im Beisein von Medien durchgeführt, was weltweites Interesse erregte und Debatten um Aufarbeitung anstieß (Aiken, 2016, S. 192f; Chandhoke, 2021, S. 41f, 65ff; Hagemann, 2013, S. 152f; Yadav, 2007, S. 67f).

Auch Mandela ist gegen das, was Fanon eine „Einheitspartei“ nennt: gegen eine übermächtige Kraft, die den Staatsapparat dominiert und prägt. An dieser Einstellung hielt er fest, selbst als es um die Macht seiner eigenen Partei ging (Chandhoke, 2021, S. 53; Hagemann, 2013, S. 148). Wesentliche Charakterzüge der Versöhnung waren Inklusion und Transparenz: Zwischen Ende der Apartheid und den ersten Wahlen 1994 regierte eine Übergangsregierung, der alle Parteien

angehörten (Hagemann, 2013, S. 141). Eine unabhängige Wahlkommission, an der Beobachter*innen aus dem Ausland teilnahmen, kontrollierte den Wahlablauf. Anstatt Vertreter*innen der ehemals herrschenden weißen Minderheitsparteien von der politischen Partizipation auszuschließen, wurden ihnen trotz der erwarteten Niederlage für die erste Regierungsperiode Posten in der Regierung zugesichert. Staatsflagge und Nationalhymne der Apartheid wurden ausgetauscht; die Bedeutung von Mandelas Symbolpolitik und Versöhnungsgesten – wie Mandelas Treffen mit der Witwe des Apartheid-Premierministers – dürfe Beobachter*innen zufolge nicht unterschätzt werden (Chandhoke, 2021, S. 38ff; Hagemann, 2013, S. 141ff; Yadav, 2007, S. 64f).

Kritik am südafrikanischen Versöhnungsprozess richtet sich primär gegen die Vernachlässigung sozio-ökonomischer Komponenten und den geringen Fokus auf die Herstellung sozialer und wirtschaftlicher Gleichheit nach Erlangung der Unabhängigkeit: Wiewohl die Überwindung struktureller und materieller Ungleichheit auch von der TRC als wesentlich für die Schaffung von Versöhnung erachtet und in Form kleiner Reparationsprogramme umgesetzt wurde, wurde die Verantwortung für strukturelle Änderungen anderen Initiativen zugeschrieben. Kritiker*innen argumentieren, dass diese eng gefasste Sichtweise von Versöhnung implizit dazu beigetragen habe, dass verteilungspolitische Maßnahmen nach Ende der Apartheid von großen Teilen der weißen Bevölkerung nicht mitgetragen wurden (Aiken, 2016, S. 194). Strukturelle Diskriminierung und materielle Ungleichheit gehören nach wie vor zu den größten Herausforderungen Südafrikas und gelten als Mitgrund für aktuelle gesellschaftliche Spannungen und Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen, denen Südafrika trotz der Arbeit der TRC immer noch ausgesetzt ist (Aiken, 2016, S. 197f).

Ähnlich wie Fanon plädiert Mandela für ein internationales und panafrikanisches Nationalbewusstsein: Der Slogan des Widerstands des ANC lautete „Afrika Mayibuye“, übersetzt „die Wiederherstellung Afrikas“ (Hagemann, 2013, S. 7; Mandela, 1978, S. 154). Auch das Argument Fanons, dass der gewaltsame Widerstand als Bindemittel der unterdrückten Bevölkerung und der Stärkung des nationalen Selbstbewusstseins diene, findet sich im südafrikanischen Befreiungsdiskurs wieder (Hagemann, 2013, S. 69). Mandela selbst bezeichnete sich als „südafrikanischen Nationalisten“, verstand darunter aber keine rassistische Exklusivität oder den Ausschluss von Ethnien und Minderheiten im Land (Yadav, 2007, S. 62). Sein afrikanisches Selbstverständnis beruht auf der Ablehnung einer weißen *und* schwarzen Vorherrschaft (Mandela, 1978, S. 167).

Mandelas Verständnis von Versöhnung enthält eine starke humanistische, psychische, soziale Komponente, die das friedliche Zusammenleben und psychische Wohlbefinden der Bevölkerung in den Mittelpunkt rückt (Chandoke, 2021, S. 51). Diese Aspekte finden sich, wenn auch nicht ganz so ausgeprägt, in der heutigen Auffassung und dem Prozess von Versöhnung wieder. Ebenso enthielt der Versöhnungsprozess in Südafrika wesentliche dezentralistische Methoden, die die lokale Selbstverwaltung stärken sollten (Hagemann, 2013, S. 141).

Sowohl Fanons Vorstellung eines „neuen Humanismus“ als auch Mandelas Auffassung von Versöhnung weisen eindeutige Parallelen zur afrikanischen Philosophie Ubuntu auf; auch die TRC verwies in ihrer Arbeit im Versöhnungsprozess auf das Konzept (Naicker, 2011, S. 457; Yadav, 2007, S. 74). Postkolonialen Denker*innen und Kritiker*innen der Dominanz eurozentristischer Epistemologie dient Ubuntu nach wie vor als Inspiration. Insbesondere dem Kampf gegen globale soziale, ökonomische und ökologische Krisen der Gegenwart dient es als Input (vgl. Le Grange, 2012; Naicker, 2011; Terreblanche, 2018). Im folgenden Exkurs werden die Philosophie kurz erläutert und Parallelen zu Fanon und Mandela herausgestrichen.

2.3. Exkurs Ubuntu: „Das Individuum existiert aus der Gemeinschaft“

Gemeinhin wird Ubuntu als eine Form der zwischenmenschlichen Ethik verstanden, „situated in a communitarian social fabric of caring and sharing“; aufbauend auf einen fast schon „radical egalitarianism“ und die Idee eines Lebens im Einklang mit der Natur, sei Ubuntu nicht mit kapitalistischen Strukturen, Ausbeutung, Akkumulation und Expansion vereinbar, so der Konsens (Terreblanche, 2018, S. 168). Der Ansatz entstammt der Region der Bantu-Ethnien und -Sprachen, zu denen grenzübergreifend die meisten Länder West-, Zentral- und Ost-Sub-Sahara-Afrikas gehören, weswegen oft auch von einer „panafrikanischen“ Philosophie gesprochen wird (Ntibagirirwa, 2018, S. 114). Je nach Region wird Ubuntu wörtlich übersetzt mit Menschlichkeit, Großzügigkeit, Freigiebigkeit, Großherzigkeit oder Nächstenliebe; andere metaphysische Definitionen beziehen sich auf eine Art menschliche Essenz, eine Synthese aller moralischen Werte und Handlungen, die einen Menschen von anderen Lebewesen unterscheidet (Ntibagirirwa, 2018, S. 121f).

Grundlegend ist Ubuntu die Ablehnung des europäisch-liberalen und von René Descartes geprägten Denkansatzes „Ich denke, also bin ich“; das Individuum wird nicht als etwas Alleinstehendes und Eigenständiges gesehen, das „für sich“ existiert; auch sei eine Gemeinschaft nicht einfach nur eine Sammlung von Individuen. Das Gegenteil ist der Fall: Erst

durch die Gemeinschaft könne das Individuum existieren. Für Ubuntu gilt demnach der Ansatz „Ich bin, weil wir sind, und weil wir sind, bin ich“ (Ntibagirirwa, 2018, S. 123; Naicker, 2011, S. 456ff; Le Grange, 2012, S. 61). Das gängige Zulu-Spruchwort „Umuntu Ngumuntu Ngabantu“ wird häufig übersetzt mit „eine Person ist eine Person durch andere Personen“ (Naicker, 2011, S. 458).

Einige Vertreter*innen des Ansatzes weisen auf den metaphysischen und gleichzeitig praktischen Charakter von Ubuntu hin; im Alltag äußere sich Ubuntu in Form eines zwischenmenschlichen, moralischen Handelns (Ntibagirirwa, 2018, S. 123). Manche Bantu-Ethnien und -Sprachen haben einen eigenen Begriff für die Meta-Ebene: Ukama. Er wird übersetzt mit Zugehörigkeit oder Verbundenheit, reduziert Beziehungen nicht auf Verwandtschaft, Ort oder Zeit, sondern bedeutet die Verbundenheit aller Menschen, gegenwärtiger, vergangener und zukünftiger Generationen (Le Grange, 2012, S. 61f). Ubuntu wird in diesem Zusammenhang als konkrete Form, als Ausdruck von Ukama verstanden (Le Grange, 2012, S. 63).

Kritiker*innen von Ubuntu verweisen auf Genozide, Xenophobie, Sexismus, Rassismus und autokratische Herrschaften, die auch auf dem afrikanischen Kontinent vorherrschen und die Existenz von Ubuntu widerlegen würden; dem wird entgegen gehalten: Erst durch Ubuntu würde der Blick fürs „Menschsein“ und die Entfremdung davon, für die „crisis of humanism“ (Le Grange, 2012, S. 63) geschärft; Ubuntu biete die Grundlage, Verbrechen und Ungerechtigkeit zu identifizieren und zu verurteilen (Le Grange, 2012, S. 63; Ntibagirirwa, 2018, S. 125). „Individual moral failures cannot be held as a problem against Ubuntu as a metaphysical concept“ (Ntibagirirwa, 2018, S. 132).

Verfechter*innen des Ansatzes warnen davor, Ubuntu als „contemporary academic construct“ oder als „invented tradition“ abzutun, „to serve utopian, ideological and prophetic ideals“ (Ntibagirirwa, 2018, S. 131f); genauso würden die inflationäre Verwendung und die Aneignung des Begriffs durch internationale Institutionen als auch die Reduzierung Ubuntu auf mehr oder weniger erfolgreiche historische Versuche der Umsetzung (etwa Kwame Nkrumahs Nkrumaismus oder Julius Nyereres Ujamaa) dem Konzept schaden (Ntibagirirwa, 2018, S. 132). Auch sei Ubuntu keine Romantisierung der Vergangenheit, von Traditionen oder kulturellen Eigenheiten, kein Ruf nach einer Rückkehr „to ‚old‘ ways of living“ (Le Grange, 2012, S. 64). Vielmehr gehe es darum, Ubuntu als Inspiration für „neue“; eigene Lebensformen im postkolonialen Afrika wahrzunehmen, abseits vorgegebener Entwicklungspfade (Le Grange, 2012, S. 64).

Auch wenn sich Fanon in *Die Verdamnten dieser Erde* nicht explizit auf Ubuntu beruft, finden sich dennoch Parallelen zur afrikanischen Philosophie: Fanons „neuer Humanismus“ setzt sich insofern vom europäischen Humanismus ab, als dass er nicht individualistisch, exklusiv und ausschließend (vor allem in Bezug auf Rasse und Herkunft) ist; der neue Mensch entstehe erst durch die gelebte Erfahrung einer Gesellschaft, durch den gemeinsamen Kampf gegen die Unterdrückung (Fanon, 2014, 207f; Naicker, 2011, S. 457).

Mandela richtete seine Vorstellung von Versöhnung auf das Ziel einer friedvollen, generationenübergreifenden, gleichberechtigten Gesellschaft aus (Chandhoke, 2021, S. 4): „An eye for an eye and a tooth for a tooth is a pointless principle of justice in human affairs“ (Chandhoke, 2021, S. 7). Südafrikas TRC agierte nach dem Prinzip der Versöhnung und Vergebung anstatt Rache oder Vergeltung zu propagieren – mitunter gegen den Willen großer Teile der Bevölkerung (Terreblanche, 2018, S. 174; Yadav, 2007, S. 74). Sie berief ihr sich in ihrem Handeln sogar explizit auf Ubuntu (Yadav, 2007, S. 74).

Auch zeitgenössische Überlegungen eines nachhaltigen, anti-kapitalistischen Wirtschaftens sowie Alternativen zum liberalen, demokratischen Staats- und Politikverständnis und Entwicklungsparadigmen können mit Ubuntu in Verbindung gebracht werden: Die Ablehnung von unbegrenztem Wachstum und der Ausbeutung von Mensch und Natur, die Förderung von Dezentralisierung und der Stärkung kommunaler Selbstverwaltung finden sich bei Ubuntu wieder (Terreblanche, 2018, S. 169f). Häufig wurde und wird Ubuntu im Zusammenschluss mit sozialistischen Ansätzen gedacht; selbst in kritischen Theorien sind diese Versuche nicht unumstritten (Terreblanche, 2018, S. 173). Im zeitgenössischen postkolonialen Diskurs findet sich der zwischenmenschliche Charakter von Ubuntu in der Analyse aktueller sozialer, ökonomischer und ökologischer Krisen als „Weltprobleme“, denen die Menschheit geeint begegnen müsse (Mbembe, 2021, S. 325ff), genauso wie als Brückenbauer zwischen eurozentristischen, liberalen und afrikanischen, „selbstgemachten“ Ansätzen in Friedenprozessen: „It asserts that the common ground of humanity is greater and more enduring than the differences dividing us. As a philosophy, ubuntu can potentially help to bridge the gap between Western theories and approaches to peacebuilding and lesser-known approaches to achieving sustainable peace“ (Mahmoud, 2021, S. 174).

3. Frieden und Versöhnung in Theorie und Praxis

Im folgenden Kapitel werden das Forschungsfeld sowie postkoloniale Kritik am dominierenden, liberalen Ansatz des peacebuilding beleuchtet. Anschließend werden Konzept und Methoden von reconciliation („Versöhnung“) aufgezeigt; besonderen Fokus erhält der Prozess von DDR-Programmen („disarmament“, „demobilization“, „reintegration“) als Methode zur Wiedereingliederung ehemaliger (Rebellen-)Kämpfer*innen in die Gesellschaft im postkolonialen Afrika. Der zweite Teil des Kapitels widmet sich der Frage, *wer wie* einen Versöhnungsprozess umsetzen soll und kann, und beleuchtet sogenannte „top-down“- und „bottom-up“-Ansätze sowie Rolle und Kritik externer und lokaler Akteur*innen.

3.1. Peacebuilding: Definition und Kritik

Die Frage, wie eine sich einst bekämpfende Bevölkerung nach einem Befreiungs- oder Bürgerkrieg im postkolonialen Afrika versöhnt werden kann, ist seit den 1990er-Jahren eine zentrale Thematik der Friedens- und Konfliktforschung, der internationalen Politik und in postkolonialen Ansätzen sowie in der sozial-psychologischen Forschung; seit damals wurde das aktive Eingreifen und Mitwirken an Versöhnungsprozessen westlicher Ländern als „ihre“ Aufgabe und Verantwortung zugunsten einer internationalen „Ordnung“ verstanden (Ali & Matthews, 2004, S. 395; Mahmoud, 2021, S. 19; Olonisakin et al., 2021, S. 411; Sabaratnam, 2017, S. 18).

Warum erfuhr das Forschungsfeld erst Ende des 20. Jahrhunderts breiten Zulauf und nicht bereits in den 1960er-Jahren, in denen der Großteil der kolonialisierten Länder Afrikas ihre Unabhängigkeit erlangte? Einigen Beobachter*innen zufolge zogen erst die in der Dekolonialisierungsphase entstandenen innerstaatlichen Konflikte und Kriege sowie die folgenden humanitären Katastrophen die Aufmerksamkeit des Globalen Nordens auf sich (Olonisakin et al., 2021, S. 411). Andere begründen das fehlende Interesse mit dem bis dahin herrschenden Ost-West-Konflikt: Theorien zu Frieden und Versöhnung seien während des Kalten Krieges unterdrückt und verdächtigt worden, dem Feind zu dienen, weil sie mit Widerstand gegen und Verrat der westlichen Narrativ gleichgesetzt worden seien⁶ (Sabaratnam, 2017, S. 18). Nach Ende des Kalten Krieges und mit dem Zerfalls des Ost-Blocks schien diese Gefahr gebannt: Der Westen sah sich, „coloured by post-Cold War triumphalism“ (Richmond,

⁶ Dieses Argument diente europäischen Kolonialmächten auch als Vorwand, gewaltsam gegen afrikanische Widerstandsbewegungen vorzugehen. Vor allem die Sowjetunion sowie europäische sozialdemokratische, marxistische und kommunistische Strömungen unterstützen den Kampf gegen den Kolonialismus (Hagemann, 2013, S. 32, 121; Yadav, 2007, S. 54, 56f). Nach Ende des Kalten Krieges verloren Stellvertreterkriege an Bedeutung.

2013, S. 379), in seinem ideologischen Narrativ bestätigt; auch davon rühre das Selbstbewusstsein, aktiv in Prozesse des Friedens und der Versöhnung im post-kolonialen Afrika einzugreifen (Richmond, 2013, S. 379; Sabaratnam, 2017, S. 18).

In der Forschung haben sich, auch in der deutschsprachigen wissenschaftlichen Literatur, die Begriffe „peacebuilding“ („Friedensbildung“) und „reconciliation“ („Versöhnung“) in englischer Sprache durchgesetzt. Beide werden deswegen auch in dieser Arbeit unübersetzt verwendet.

Es mag scheinen, als wären peacebuilding und reconciliation Synonyme, die auf dasselbe Vorhaben, nämlich die Schaffung eines nachhaltigen Frieden in einer Gesellschaft, abzielen; doch früh kam es zu einer Differenzierung der Begriffe in Forschung und Praxis, vor allem angesichts der Frage, wie Frieden erreicht werden soll. Kritische postkoloniale Denker*innen kritisieren den Fokus auf staatszentrierte und institutionalisierende Aspekte von peacebuilding-Ansätzen, die den Aufbau von Institutionen und einem Staatsapparat als erste entscheidende Maßnahmen für Frieden verstehen (Bar-Siman-Tov, 2004a, S. 72; Lederach, 1997, S. 16; Olonisakin et al., 2021, S. 410; Richmond, 2013, S. 379). Dieser Fokus stützt sich auf die Annahme, dass der Staat als legitimes Monopol das Mittel der Gewalt beanspruchen dürfe, und dadurch als Einziger befähigt sei, Ordnung und Organisation herzustellen, Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten, Steuern einzunehmen und Dienst- und Sozialleistungen bereitzustellen (Olonisakin et al., 2021, S. 413; Sabaratnam, 2017, S. 132). Institutionen käme die Aufgabe zu, neue, notwendige Strukturen eines friedlichen Zusammenlebens zu formulieren, zu verbreiten und zu sozialisieren; sie dienten als Ort der Zusammenkunft, in denen ehemals bekämpfende Gruppen neue Formen des Vertrauens, gemeinsame Werte und Normen und eine kollektive Identität aushandelten (Aiken, 2013, S. 27).

Erstmals war in der „Agenda for Peace“ der UN aus dem Jahr 1992 von „post-conflict peacebuilding“ die Rede, definiert als „action to identify and support structures which will tend to strengthen and solidify peace in order to avoid a relapse into conflict“ (Boutros-Ghali, 1992, S. 11). In der Ergänzung drei Jahre später wurde der Aufgabenbereich des peacebuilding um reconciliation erweitert: „It means that international intervention must extend beyond military and humanitarian tasks and must include the promotion of national reconciliation and the re-establishment of effective government“ (UN Secretary-General, 1995, S. 5). Beide Ausschnitte zeigen nicht nur, dass peacebuilding und reconciliation gemeinhin als internationale Aufgabe und Verantwortung verstanden wurden; ebenso dienen sie als Ausgangspunkt für die Kritik, dass es in der dominierenden Forschung und Praxis zu einer Konnexion bishin zu einer

Gleichsetzung von peace- und statebuilding-Ansätzen gekommen ist (Olonisakin et al., 2021, S. 413; Richmond, 2013, S. 378f).

Staatszentrierte peacebuilding-Ansätze werden in der Literatur auch als liberales peacebuilding bezeichnet. Der Ansatz dominiert sowohl den theoretischen Diskurs als auch das militärische und entwicklungspolitische Engagement internationaler Organisationen wie der UN, bilateraler Akteur*innen und NGOs aus dem Globalen Norden (Richmond, 2013, S. 378). Maßgeblich charakterisiert würde liberales peacebuilding durch sein eurozentristischen Staatsverständnis, so die Kritik: Aufbauend auf Immanuel Kants Vorstellung eines ewigen Friedens sei nur eine bestimmte Staatsform Garant für nachhaltigen Frieden, nämlich ein liberaler, demokratischer Staat nach westlichem Vorbild (Olonisakin et al., 2021, S. 410f; Richmond, 2013, S. 376, 379). Diese Annahme beruhe darauf, dass europäische, demokratische Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg keinen Krieg mehr geführt hätten (Mahmoud, 2021, S. 161f). Der Jahrhunderte andauernde Entwicklungsprozess, der zur Herausbildung liberaler Demokratien geführt habe, würde in dieser Annahme allerdings ignoriert; genauso wie die Einmischung des Globalen Nordens in die koloniale und postkoloniale Geschichte afrikanischer Länder, die die Entwicklung eigener Staats- und Verwaltungsformen unterbunden habe. Auch die Verantwortung ehemaliger europäischer Kolonialmächte an innerstaatlichen Konflikten und Kriegen auf dem afrikanischen Kontinent würde im liberalen peacebuilding außen vor gelassen (Njoku & Bondarenko, 2018, S. 4f; Olonisakin et al., 2021, S. 413f; Richmond, 2013, S. 379ff). Neben der institutionellen Vorstellung des Staatsapparates sei das europäische Verständnis eines durch koloniale Grenzziehungen festgelegten (National-)Staatsgebietes und einer möglichst ethnisch homogenen Bevölkerung importiert und auf afrikanische Staaten „übergestülpt“ worden (Njoku & Bondarenko, 2018, S. 4).

Gleichzeitig dürfe liberales peacebuilding nicht auf die staatliche Organisation reduziert werden; ihm inhärent seien ebenso liberale, eurozentristische Narrative und Konstrukte wie Menschenrechte, ein marktwirtschaftlich organisierter und in die globalisierte Wirtschaft eingebetteter Handel und ein modernisierungstheoretisches Entwicklungsparadigma⁷ (Maschietto, 2016b, S. 105; Njoku & Bondarenko, 2018, S. 5f; Olonisakin et al., 2021, S. 411; Richmond, 2013, S. 381). Der Konfliktforscher Oliver P. Richmond spricht in diesem Sinne von einem explizit „liberalen“ Frieden, der Ziel des peacebuilding sei (Richmond, 2013, S. 379). Es handle sich dabei um ein „one-size-fits-all paradigm“ (Olonisakin et al., 2021, S. 412),

⁷ Das schwierige und widersprüchliche Verhältnis des Postkolonialismus zu liberalen, eurozentristischen Konzepten wie Menschenrechte oder Emanzipation behandelt Nikita Dhawan in *Die Aufklärung vor Europa retten* (2024).

so die Kritik, das den Kontext und die gesellschaftlichen, sozialen und materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung, deren Erfüllung jedoch als wesentlich für nachhaltigen Frieden gesehen wird, ignoriere (Ali & Matthews, 2004, S. 3f; Mahmoud, 2021, S. 20f; Olonisakin et al., 2021, S. 409f; Richmond, 2013, S. 378f).

In der jüngeren Vergangenheit erfuhr liberales peacebuilding oftmals eine zusätzliche Erweiterung um den Aspekt der Versichertheitlichung: Darunter wird der Fokus auf die Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen verstanden, um postkoloniale Staaten zu unterstützen, Rechtsstaatlichkeit (nach europäischem Vorbild) umzusetzen – nicht uneigennützig, sondern mit der Absicht, die Sicherheit der Länder des Globalen Nordens zu gewährleisten, etwa um Migration, Kriminalität oder Terrorismus einzudämmen (vgl. Duffield, 2010). Auch dieses „versichertheitlichte, liberale, staatszentrierte“ Verständnis von peacebuilding, so Kritiker*innen, schaffe es nicht, die alltäglichen Bedürfnisse einer post-conflict Gesellschaft zu stillen (Mahmoud, 2021, S. 22).

3.2. Reconciliation: Definition und Kritik

In der Literatur ist die Definition des Begriffs reconciliation relativ kongruent; weniger konkret sind die notwendigen Prozessen und Maßnahmen, die es in der Praxis braucht, um Versöhnung zu erreichen. Reconciliation hat der Literatur zufolge stark verkürzt das primäre Ziel der Wiederherstellung einer Beziehung zwischen (ehemals) verfeindeten Parteien, und geht demnach über das Ende und die bloße Abwesenheit von Konflikt und Krieg hinaus (Aiken, 2013, S. 18; Bar-Siman-Tov, 2004a, S. 72; Bar-Tal & Bennink, 2004, S. 12; Lederach, 1997, S. 30). Damit baut der Begriff auf die bekannte Definition von Frieden des Friedens- und Konfliktforschers Johan Galtung: Galtung unterscheidet zwischen „negativem Frieden“, die reine Abwesenheit von physischer Gewalt und Krieg, und „positivem Frieden“, der ebenso strukturelle Gewalt exkludiert, zudem eine friedvolle Integration aller Gesellschaftsgruppen zum Ziel hat (Galtung, 1969, S. 183f).

Der Friedensforscher John Paul Lederach definierte reconciliation als einer der Ersten über abstrakte Konzepte wie „Truth“, „Mercy“, „Justice“ und „Peace“ (Lederach, 1997, S. 30). Eine häufig zitierte Begriffserklärung stammt von dem israelischen Konfliktforscher Yaacov Bar-Siman-Tov: „In its simplest form, reconciliation means restoring friendship and harmony between rival sides after resolution of a conflict, or transforming the relations between rival sides from hostility and resentment to friendly and harmonious relations“ (Bar-Siman-Tov, 2004, S. 72); reconciliation sei ein langfristiges, psychologisches Unterfangen, „requiring

changes of goals, beliefs, attitudes, and emotions by the majority of society members” (Bar-Siman-Tov, 2004, S. 73). Den meisten Definitionen gemein ist die Annahme, dass Gewalttaten und Verbrechen der Vergangenheit aufgearbeitet werden müssten (Aiken, 2013, S. 25; Bar-Siman-Tov, 2004b, S. 74; Bar-Tal & Bennink, 2004, S. 18; Lederach, 1997, S. 26): „Reconciliation requires that both parties not just become aware of but truly acknowledge what happened in the past” (Bar-Tal & Bennink, 2004, S. 18); „if conflict in history is not addressed and accepted, memories of violence will continue to fester and deepen the wounds of the body politic” (Chandoke, 2021, S. 58).

Verkürzt werden in der Literatur meist Verhandlungen, Mediation und Methoden der Streitschlichtung als geeignete Maßnahmen genannt, um reconciliation zu erreichen. Häufig genannte Beispiele aus der Praxis sind Südafrikas TRC, öffentliche Prozesse, Reparationszahlungen, Geschichtsforschung, Bildungsprogramme und interkultureller Austausch (Bar-Tal & Bennink, 2004, S. 12, 29ff). Den meisten Ansätzen gemein ist das Verständnis, dass, auch wenn reconciliation einen formellen Rahmen benötige, es vorrangig ein psychologischer Veränderungsprozess sei, der auf die Wandlung von Motivationen, Zielen, Überzeugungen, Einstellungen und Gefühlen einer Gesellschaft abziele (Bar-Tal & Bennink, 2004, S. 17). Einig ist man sich in der Literatur in der Langfristigkeit von Versöhnung, der Kontextabhängigkeit und der Notwendigkeit, dass Versöhnungsprozesse in lokale Strukturen eingebettet sein müssten, um Legitimation und Anerkennung zu erfahren (Bar-Tal & Bennink, 2004, S. 23f; Lederach, 1997, S. 130f; Mahmoud, 2021, S. 166f). Lederach warnt vor einer „Projektisierung“ von Versöhnung: Er hält es für kontraproduktiv, Versöhnungsprozesse als Teil der Entwicklungszusammenarbeit zu verstehen; damit würde der „Erfolg“ von Versöhnung an Parameter wie Messbarkeit, Zeitaufwand, finanzielle Ressourcen und die Erfüllung von Zielen geknüpft (Lederach, 1997, S. 130f). Das „projekt-orientierte“, statische Denken würde die Notwendigkeit von Flexibilität und Anpassung sowie der emotionalen Komponente von Versöhnungsprozessen nicht gerecht, diese einschränken statt fördern (Lederach, 1997, S. 131; Mahmoud, 2021, S. 163). Diese Einschätzung teilt auch Youssef Mahmoud, einst Special Representative für die UN-Missionen in der Zentralafrikanischenrepublik und im Tschad: Friedensmissionen und -projekte zielten darauf ab, „to seek quick results on the basis of short-term performance indicators“ (Mahmoud, 2021, S. 166). Diese Projektisierung von Versöhnung untergrabe die Mitsprache jener, die eigentlich „versöhnt“ werden sollen (Mahmoud, 2021, S. 166).

3.2.1. Reconciliation in der Praxis: „Disarmament“, „demobilization“, „reintegration“ (DDR)

Eine gemeinhin geläufige Methode von reconciliation im Kontext des liberalen peacebuilding sind sogenannten DDR-Prozesse, die auch im Fallbeispiel Mosambik eine wesentliche Rolle spielen: DDR steht für „disarmament“, „demobilization“ und „reintegration“, die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger (Rebellen-)Kämpfer*innen in eine Gesellschaft (Bangura et al., 2024, S. 5; Bigombe, 2021, S. 66f). Die UN empfahlen derartige Prozesse erstmals im Jahr 2000 im Report of the Panel on United Nations Peace Operation, als Brahimi-Bericht bezeichnet: „The Panel recommends that the legislative bodies consider bringing demobilization and reintegration programmes into the assessed budgets of complex peace operations for the first phase of an operation in order to facilitate the rapid disassembly of fighting factions and reduce the likelihood of resumed conflict“ (Secretary-General, 2000, S. 8, 54). Vereinfacht bedeutet „disarmament“ den UN zufolge das Einsammeln, Dokumentieren, Kontrollieren und Beseitigen von Waffen ehemaliger Kämpfer*innen und der Zivilbevölkerung; „demobilization“ versteht die formelle und kontrollierte Entlassung aktiver Kämpfer*innen aus bewaffneten Einheiten und die Unterbringung und Versorgung in vorübergehende Zentren, während die letzte Phase der „reintegration“ soziale, materielle und entwicklungspolitische Unterstützungen zur Wiedereingliederung in die Zivilgesellschaft darstellt (UN. Inter-Agency Working Group on Disarmament, Demobilization and Reintegration, 2006, S. 2) Zahlreiche DDR-Programme und ähnliche Initiativen wurden in den letzten Jahrzehnten im postkolonialen Afrika mal mehr, mal weniger erfolgreich umgesetzt (Bangura et al., 2024, S. 5; Bigombe, 2021, S. 68ff). Heute sprechen die UN von „Integrated DDR Standards“ (IDDRS), die die notwendige gemeinschaftsbasierte Grundlage und lokale Verankerung solcher Programme sowie die Bedürfnisse der Zivilgesellschaft, von Frauen und Kindern und Aspekte wie Gesundheit und Sicherheit berücksichtigen sollen (Ayissi, 2021, S. 150; Bangura et al., 2024, S. 6; UN. Inter-Agency Working Group on Disarmament, Demobilization and Reintegration, 2006, S. 2f).

DDR-Programme wurden in der Vergangenheit primär von internationalen Institutionen wie den UN oder anderen externen Parteien umgesetzt; erst in jüngerer Vergangenheit wurde durch die Erkenntnis, dass Kontext und lokale Gegebenheiten ausschlaggebend seien für den Erfolg der Programme, die Rolle der Regierungen der jeweiligen Länder gestärkt (Ayissi, 2021, S. 143; Bangura et al., 2024, S. 6).

Die Zusammenfassung von „disarmament“, „demobilization“ und „reintegration“ zu einem Prozess zeigt die Gleichwertigkeit, die diese Ziele im Versöhnungsprozess haben. Kritiker*innen bemängeln jedoch, dass in der Praxis mehr Fokus auf die „Ds“ als auf das „R“ gelegt wurde (Ayissi, 2021, S. 143f): „Although ex-combatants are most often fully disarmed and demobilized, those who are sustainably ‚reintegrated‘ are a minority“ (Ayissi, 2021, S. 152). Reintegration ist laut UN ein vorrangig sozialer und wirtschaftlicher Prozess mit offenem Zeitrahmen, oft langfristig von externer Hilfe abhängig und stärker als Entwaffnung und Demobilisierung in die lokale Ebene eingebettet (UN. Inter-Agency Working Group on Disarmament, Demobilization and Reintegration, 2006, S. 2). Scheitern könnten DDR-Programme an vielerlei Faktoren: an der Missachtung des kulturellen Kontextes, ethnischen Konflikte, einem Missverhältnis zwischen den Ausbildungsmöglichkeiten und dem wirtschaftlichen Potenzial des Umfelds, etc. (Bigombe, 2021, S. 68). Ein wesentlicher Kritikpunkt ist die Abhängigkeit von externen Parteien und finanzieller Unterstützung: Dadurch würde der Erfolg von DDR-Programmen maßgeblich von den verantwortlichen externen Akteur*innen, dem zeitlichen Rahmen und den Ressourcen geprägt; diese „Projektierung“ unterminiere die Langfristigkeit, die DDR-Programme benötigten. Nicht nur in der Umsetzung, auch in der Finanzierung müssten die eigenen Regierungen der Länder eine stärkere Rolle spielen, so kritische Stimmen (Ayissi, 2021, S. 143, 153f; Bigombe, 2021, S. 77).

Explizit erwähnt sei hier die Selbstkritik aus den Reihen der UN, etwa von Anatole Ayissi, Diplomat des United Nations Regional Office for Central Africa in Gabon. Er thematisiert neben den angesprochenen Punkten die Kritik, dass DDR-Programme zu wenig auf die Gesellschaft abzielen würden, in die ehemalige Kämpfer*innen integriert werden sollen: „the most effective way to guarantee the success and sustainability of DDR programs is to make sure that these programs serve not only ex-combatants, but also, and above all, all the populations and communities affected by violent conflict, including the most vulnerable among them“ (Ayissi, 2021, S. 148). So drohten etwa „großzügige“ Hilfsmaßnahmen, die ehemalige Kämpfer*innen erhielten, seien dies materielle und finanzielle Unterstützung, Kreditmöglichkeiten, Bildungsmaßnahmen oder Hilfe bei der Erwerbssuche, zu Neid und Ablehnung bei der vom Programm exkludierten Bevölkerung zu führen (Bigombe, 2021, S. 67f): „They viewed ex-combatants as the privileged few who benefited from the tragedy of war. [...] international partners were accused of ‚rewarding violence‘“ (Ayissi, 2021, S. 149). Ayissi zufolge könnten DDR-Programme im schlimmsten Fall sogar einen gegenteiligen Effekt haben und Anreiz dafür sein, dass sich neue bewaffnete Gruppierungen bildeten, die in den Programmen eine Chance auf finanzielle Unterstützung sehen (Ayissi, 2021, S. 150). Um dies

zu verhindern, wird ein stärkerer „community-based“ approach appelliert (Ayissi, 2021, S. 148), der auch die materiellen und sozio-ökonomische Bedürfnisse der exkludierten Bevölkerung berücksichtige; ansonsten drohten DDR-Programme mehr spalten als zu einen (Ayissi, 2021, S. 153; Bangura et al., 2024, S. 6, 11; Bigombe, 2021, S. 76). Beobachter*innen plädieren ebenso dafür, die psychosozialen und mentalen Folgen eines Konflikts in DDR-Programmen stärker zu berücksichtigen, und Wiedereingliederung nicht nur auf materielle Sicherheit und Überlebensfähigkeit in einer Gesellschaft zu reduzieren: „Even if economic reintegration occurs, the mental and emotional scars of conflict will always have the potential to ruin lives if left unaddressed“ (Bigombe, 2021, S. 76).

3.3. Wer für Frieden sorgen kann

Wesentlich in der Friedens- und Konfliktforschung und in postkolonialen Ansätzen ist die Frage, wer mit friedensfördernden Maßnahmen betreut werden soll: internationale Organisationen, externe Mediatoren, staatliche Ebenen oder Vertreter*innen der Zivilgemeinschaft? Häufig wird zwischen „top-down“- („von oben herab“; durch internationale Parteien, nationale und lokale Eliten) und „bottom-up“-Ansätzen („von unten nach oben“; durch Initiativen aus der Zivilgesellschaft, von Einzelpersonen oder Gemeinschaften) differenziert (Ali & Matthews, 2004, S. 7; Lederach, 1997, S. 44; Mahmoud, 2021, S. 20).

Lederach denkt die verschiedenen Akteur*innen und Aufgaben in einem Friedensprozess nicht als etwas Gegensätzliches, sondern sich Ergänzendes. Dazu verwendet er die grafische Darstellung einer Pyramide (Lederach, 1997, S. 39): Er unterscheidet zwischen der zahlenmäßig unterlegenen, an der Spitze stehenden Elite, der breiteren, mittleren Ebene und dem Fundament, der Basis („grassroots“). Die höchsten Vertreter*innen an der Spitze der Pyramide stammten aus Politik, Regierung oder Militär, hätten sichtbare Ämter inne, würden an Verhandlungen auf höchster Ebene teilnehmen und von internationalen Organisationen unterstützt. Ihr Fokus im Friedensprozess liege auf dem Aushandeln von Waffenstillstand, staatlichen Projekten und Programmen am „bargaining table“ (Lederach, 1997, S. 38f, 44). Auf der mittleren Ebene folgten religiöse oder ethnische Anführer*innen, einflussreiche Intellektuelle oder Entscheidungsträger*innen humanitärer Organisationen. Ihr Einfluss und Status entstamme keinem offiziellen Amt, sondern der Beziehung sowohl zu den politischen Repräsentant*innen als auch zur lokalen Bevölkerung. Weder seien sie an politische Strukturen gebunden, noch würde ihr Leben von den materiellen und gesellschaftlichen Problemen, mit denen die lokale Bevölkerung kämpfe, erschwert (Lederach, 1997, S. 41f). Lederach zufolge können Führungspersönlichkeiten aus der mittleren Ebene einen wesentlichen Teil zum Erhalt von

Frieden beitragen, indem sie als Sprachrohr zwischen Elite und Basis, bei der Umsetzung von „top-down“- und der Förderung von „bottom-up“-Ansätzen dienen (Lederach, 1997, S. 46f). Die Basis repräsentiere die breite Bevölkerung einer postkolonialen Gesellschaft, deren Alltag von einer Überlebensmentalität gezeichnet sei: „efforts directed at peace and conflict resolution can easily be seen as an unaffordable luxury“ (Lederach, 1997, S. 52). Repräsentiert würde sie durch Personen, die sich in lokaler Problemlösung und Hilfe organisierten, Teil der lokalen Gemeinschaften und tagtäglich selbst mit den sozio-ökonomischen und gesellschaftlichen Konflikten der Bevölkerung konfrontiert seien. Der Fokus liege auf traditionellen, bekannten Maßnahmen zur Lösungen lokaler, nachbarschaftlicher Konflikte, etwa Handlungen aus der Mediation, die als Vorbild für Konflikte auf höheren Ebenen dienen könnten (Lederach, 1997, S. 53). Lederach spricht in diesem Zusammenhang von „a microcosm of the bigger picture“ (Lederach, 1997, S. 43).

3.3.1. „Top-down“: Eliten, externe Akteur*innen, NGOs

Die Bedeutung externer Akteur*innen im Friedens- und Versöhnungsprozess sorgt in der Literatur für anhaltende Diskussionen. Diese thematisieren sicherheitspolitisches, friedenskonsolidierendes und entwicklungspolitisches Engagement, Mediation, Fragen zur Berechtigung und Effizienz der Einmischung sowie zur Autorität und Verantwortung an einem Befreiungs- oder Bürgerkrieg im postkolonialen Afrika (Aiken, 2013, S. 24). Eine allgemeine Einschätzung, ob externe Einmischung zu Erfolgen führt, gibt es nicht: Genauso wie Konflikte auf unterschiedliche Art und Weise endeten, führe auch Intervention von außen zu unterschiedlichen Ergebnissen (Ali & Matthews, 2004, S. 317, S. 404; Mahmoud, 2021, S. 161; Olonisakin et al., 2021, S. 411). So könne sowohl die Gleichgültigkeit anderer Länder als auch ein aktives Einmischen in einen innerstaatlichen Konflikt einem Friedensprozess schaden (Ali & Matthews, 2004, S. 404f).

Einige Autor*innen aus dem Globalen Norden tendieren dazu, die Frage nach der agierenden Partei als zweitrangig zu sehen; stattdessen liegt der Fokus auf der Frage der Effizienz der Einmischung, und ob die Maßnahmen der Intervention dazu dienen, Beziehungen zu verbessern und Versöhnung zu schaffen: „I suggest that by reorienting our attentions from structure to process and concentrating on what transitional institutions do rather than what they are, we can gain greater insight into [...] how it directly impacts thereby the potential for reconciliation and sustainable peace“ (Aiken, 2013, S. 26).

Die meisten postkolonialen Ansätze betrachten das Engagement externer Parteien, vor allem ehemaliger Kolonialmächte und von Ländern des Globalen Nordens, nicht nur aufgrund der historischen Verantwortung gegenüber dem einst kolonialisierten Land kritisch: Dem dominierenden liberalen peacebuilding wird wie aufgezeigt unterstellt, andere Länder in eine westlich-ideologische Vorstellung von Staat und Gesellschaft pressen zu wollen (Ali & Matthews, 2004, S. 408; Busumtwi-Sam, 2004, S. 344).

Der ehemalige Special Representative für UN-Missionen in der Zentralafrikanischenrepublik und im Tschad, Youssef Mahmoud, betont die Verständnisunterschiede von Frieden zwischen externen Akteur*innen und der Bevölkerung: Während sich Erstere am Aufbau von Rechtsstaat, demokratischen Institutionen und der Strafverfolgung vergangener Gewaltverbrechen orientierten, bedeute für die Bevölkerung Frieden vorwiegend eine emotionale Versöhnung und eine Reparatur von Gemeinschaften durch Dialog (Mahmoud, 2021, S. 166): „The priorities reflected in the liberal peace agenda do not necessarily align with the priorities of the population“ (Mahmoud, 2021, S. 162).

Oftmals fehle es aus dem Ausland eingesetzten Akteur*innen an fundamentalen Kenntnissen über die lokalen Strukturen und den historischen Kontext; die Problematik sei auch der Kurzfristigkeit von Einsätzen und bedingten Wechseln und Rotationen geschuldet. Posten würden selten aufgrund des Vorwissens, das eine Person zu einem Land und Konflikt mitbringe, besetzt, sondern aufgrund der Erfahrungen mit ähnlichen Szenarien. Dies begünstige ein einheitliches Denken von Konflikten und Versöhnungsprozessen, und ignoriere die Individualität der jeweiligen Konflikte und Gemeinschaften (Sabaratnam, 2017, S. 59). Das Engagement externer Akteur*innen sei meist an kurzfristige Ergebnisse und Ziele geknüpft, die wenige Handlungsspielraum für Flexibilität oder individuelle Ausgestaltung ließen (Mahmoud, 2021, S. 166).

Ebenso wird externem Engagement vorgehalten, die Herausbildung selbstorganisierter Kompetenzen und die Bereitschaft für peacebuilding zu unterminieren (Mahmoud, 2021, S. 164): „external assistance through civil society organizations may, instead of helping to restore the local state, have the effect of perpetuating low state capacity, authority and legitimacy“ (Ali & Matthews, 2004, S. 409). Für einen erfolgreichen Friedens- und Versöhnungsprozess gilt die Bereitschaft der betroffenen Akteur*innen als unentbehrlich: „building peace is not what outsiders do, however well- intentioned or resourced they may be“ (Mahmoud, 2021, S. 165). Selbst wenn das Engagement uneigennützig sei, könne die „gute Absicht“ externer Parteien nicht die Bereitschaft der lokalen Akteur*innen ersetzen, der Gewalt abzuschwören und eine

Versöhnung der Gesellschaft zu forcieren (Ali & Matthews, 2004, S. 408; Busumtwi-Sam, 2004, S. 347).

Auch die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wird von Kritiker*innen hinterfragt. Oftmals würde diese im Vergleich zur Einmischung externer Staaten als weniger nachteilig gesehen: In der Theorie könnten NGOs schneller und effizienter bei akuten Konflikten auf lokaler Ebene reagieren, seien enger in lokale Strukturen eingefügt und unterstützten eher lokale, indigene und traditionelle Versöhnungsmaßnahmen (Busumtwi-Sam, 2004, S. 333). Dem wird entgegengehalten, dass auch die Arbeit von NGOs aufgrund ihrer externen Finanzierung nicht neutral sein könne (Busumtwi-Sam, 2004, S. 333): „the view that NGOs foster the emergence of civil society in post-conflict countries is based on a rather simplistic version of liberal pluralism“ (Busumtwi-Sam, 2004, S. 304). NGOs arbeiten in einem staatlichen Rahmen, der Vorgaben und Regeln setzt. Vielen Regierungen seien NGOs deswegen ein Dorn im Auge, weil sie von externen Akteur*innen als Möglichkeit gesehen würden, in den Friedensprozess eingreifen zu können, ohne mit der staatlichen Ebene zu kommunizieren oder das Engagement abzuklären. Darunter leide auch das Ansehen von NGOs in der Bevölkerung: Sie würden als „Trojanisches Pferd“ für ausländische Interessen gebrandmarkt (Mahmoud, 2021, S. 167).

3.3.2. „Bottom-up“: „The locals“

Gemeinhin werden „bottom-up“-Ansätze als wesentlich im peacebuilding und aufgrund ihrer Einbettung in lokale Strukturen als relevante Ergänzung zu „top-down“-Prozesse angesehen (Lederach, 1997, S. 55; Maschietto, 2016b, S. 106; Richmond, 2013, S. 395).

Allerdings gibt es auch an „bottom-up“-Ansätzen Kritik: Roberta H. Maschietto, die mehrere Monate lang zu Versöhnungsprozessen in Mosambik forschte, betont den inhärenten Widerspruch, würden „bottom-up“-Ansätzen von einer staatlichen Regierung oder Akteur*innen höherer Ebenen gebildet oder gefördert: „the ‚top‘ is usually interested in retaining power instead of redistributing it“ (Maschietto, 2016b, S. 115). Maschietto zufolge gilt das auch für Konzepte der Dezentralisierung und oder „participatory governance“, demnach die Ermächtigung lokaler Strukturen und die Übertragung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten im politischen und Friedensprozess an substaatliche Institutionen oder Ämter (Maschietto, 2016b, S. 105). Geschehe dies ausschließlich auf Druck internationaler Institutionen oder externer Geldgeber, drohe die Ermächtigung lokaler Friedensinitiativen zu scheitern oder nur scheinweise umgesetzt zu werden (Maschietto, 2016b, S. 104, 107). Ebenso

thematisiert Maschietto die Herausforderung von „bottom-up“-Ansätzen, staatliche und internationale Anerkennung zu erzielen, ohne ihre Legitimation in der Basis zu verlieren: „Bottom-up“-Ansätze zeichneten sich dadurch aus, aus der Bevölkerung heraus zu entspringen, und nicht Teil eines staatlichen, institutionalisierten Friedensprozesses zu sein. Allerdings würde eine Zusammenarbeit mit Regierungsbehörden oftmals notwendig erscheinen, um stärker in Entscheidungen „on the top“ eingebunden zu werden (Maschietto, 2016b, S. 117). Schlussendlich drohten auch Repräsentanten der Basis durch ihre Interaktion mit höheren Ebenen, sich von der Gemeinschaft zu entfernen und zu einer eigenen kleinen „Elite“ auf lokaler Ebene zu werden (Maschietto, 2016b, S. 117).

Ein konkretes Beispiel von „bottom-up“-Ansätzen im peacebuilding, das sich jedoch genauso die Kritik von Machietto gefallen lassen muss, sind „local peace committees“ („lokale Friedenskomitees“), kurz LPC. Diese fanden ab den späten 1990er-Jahren Einzug in Theorie und Praxis der Friedensforschung; die Rede ist vom „local turn“, der zu dieser Zeit im liberalen peacebuilding stattfand (Nganje, 2021, S. 123; Schumicky-Logan & Alves Dos Reis, 2023, S. 526; Van Leeuwen et al., 2020, S. 280). Der breit gefasste Begriff umfasst jegliche Formen von „bottom-up“- und „grassroot“-Initiativen, die sich um Frieden bemühen, und lokale Dynamiken, Akteur*innen und Kontext im Friedensprozess inkludieren und berücksichtigen (Nganje, 2021, S. 124; Schumicky-Logan & Alves Dos Reis, 2023, S. 526): „LPCs are envisioned as organic, inclusive, participatory, and non-threatening social spaces that facilitate dialogue and mutual understanding, and allow for constructive problem-solving and joint action to prevent violence“ (Nganje, 2021, S. 124), die durch ihre lokale Verankerung im Vergleich zu externe Akteur*innen, staatlichen Regierungen oder NGOs weder geografisch noch hierarchisch von der Bevölkerung entfernt seien; sie könnten in der Entscheidungsfindung, in konfliktlösenden Foren, als Sprachrohr für marginalisierte Gruppen in einer Bevölkerung oder Schaltstelle zwischen einem Staat und lokalen Communities dienen. Zu den friedenkonsolidierenden Methoden von LPCs zählt die Literatur explizit „traditionelle“, indigene Methoden zur Förderung von Dialog in einer Gesellschaft, Bildung und Mediation; genauso könnten sie als Schaltstelle zwischen einem Staat und lokalen Communities dienen (Nganje, 2021, S. 125; Schumicky-Logan & Alves Dos Reis, 2023, S. 525f). LPCs agieren der Literatur zufolge primär in alltäglichen, zwischenmenschlichen Konflikten in enger Nachbarschaft, innerhalb von Familien, Nachbarn oder Gemeinschaften (Van Leeuwen et al., 2020, S. 280).

LPCs sind mit ähnlichen Dilemmata konfrontiert wie „bottom-up“-Ansätze im Allgemeinen. Primär stelle sich die Frage der Finanzierung: Sowohl die Unterstützung internationaler Organisationen oder Akteur*innen als auch durch nationale oder internationale NGOs oder staatliche Regierungen würden die Gefahr eines ungleichen Machtverhältnisses und einer Vereinnahmung durch die andere Partei bergen (Nganje, 2021, S. 135). LPCs seien ursprünglich aus selbstorganisierten Initiativen aus der Gemeinschaft heraus entstanden „to fill the void left by national and international peacebuilding efforts (Nganje, 2021, 125). Ebenso umstritten ist die Frage der Institutionalisierung: Zwar beschränke die Informalität von LPCs den Einfluss, den diese Initiativen auf den staatlichen „top-down“-Friedensprozess haben können, sowie die Ressourcen, die den Prozessen zur Verfügung stehen. Doch drohe eine Institutionalisierung, genauso wie eine externe Finanzierung, den lokalen Charakter von LPCs zu untergraben; LPCs riskierten dadurch, die gesellschaftlichen Legitimation und Unterstützung ihrer Arbeit zu verlieren (Nganje, 2021, S. 126; Schumicky-Logan & Alves Dos Reis, 2023, S. 527f).

Kritik gibt es auch an der Mehrdeutigkeit des Begriffs „lokal“: Internationale Organisationen würden diesen mit „einheimisch“ gleichsetzen, und nicht zwischen gemeindebasierten Organisationen wie Frauengruppen, religiösen Vereinigungen oder traditionellen Autoritäten und formalisierten, zivilgesellschaftlichen Organisationen unterscheiden. Diese Differenzierung sei aber wichtig, um die regionalen, sozialen Strukturen, Traditionen, Normen und den Kontext, die für Frieden relevant seien, verstehen zu können (Van Leeuwen et al., 2020, S. 282). Ebenso tendiere der Begriff „lokal“ dazu, eine Bevölkerung zu homogenisieren, und ethnische, kulturelle, klassistische und hierarchische Unterschiede innerhalb einer Gemeinschaft zu verschleiern; kritische Literatur verweist darauf, wie friedensfördernde Interventionen zu Wettbewerben um Macht und Legitimität in einer Gesellschaft werden können (Mahmoud, 2021, S. 163; Nganje, 2021, S. 133; Van Leeuwen et al., 2020, S. 281). Generell könnten sich LPCs trotz ihrer regionalen Verankerung nicht den staatlichen Rahmenbedingungen entziehen, innerhalb derer sie agieren; ihr Handlungsspielraum sei kein unabhängiger, isolierter Raum. Fälschlicherweise würde die Betonung auf die Lokalität von LPCs dieses Verständnis transportieren: „while the local turn feeds into a notion of local conflict as something that can be addressed in isolation, ‚local‘ conflicts in these cases are seldom entirely local“ (Van Leeuwen et al., 2020, S. 281). Politische, kulturelle, ethnische oder sozio-ökonomische Ursprünge von Konflikten könnten durch ausschließlich lokale Friedensmaßnahmen nicht aus der Welt geschaffen werden (Nganje, 2021, S. 131; Schumicky-Logan & Alves Dos Reis, 2023, S. 540; Van Leeuwen et al., 2020, S. 289). Gleichzeitig führe

diese Abhängigkeit dazu, dass die Kategorie „lokal“ keine statische sei, sondern veränderbar, und stets mit dem Außen interagiere (Van Leeuwen et al., 2020, S. 283).

Letztlich kann auch die Betonung des „Lokalen“ in postkolonialen Ansätzen kritisiert werden: Damit würde die Dichotomie zwischen „westlich/international“ und „nicht-westlich/lokal“ weiter bestehen und nicht abgelegt; die Betonung der „Andersartigkeit“ lokaler Ansätze, meist charakterisiert als „indigen“ und „traditionell“, als das Gegenteil von „modern“ und dem dominierenden, eurozentristischen Verständnis von Politik, Staat und Gesellschaft, verfestige diesen Eurozentrismus (Sabaratnam, 2017, S. 17, 28; Van Leeuwen et al., 2020, S. 281, 284, 298). „There is a clear emphasis here on the need to engage with the ‚indigenous‘ or ‚authentic‘ traditions of non-Western life, which seems to reflect an underlying assumption of cultural difference as the primary division between these two parties. This reproduces the division between the liberal, rational, modern West and a culturally distinct space of the ‚local‘” (Sabaratnam, 2017, S. 29).

4. Fallbeispiel Mosambik

Das folgende Kapitel dient der Beschreibung des Fallbeispiels Mosambik und dem friedenspolitischen Engagement vor Ort, das auf Versöhnung und die Reintegration ehemaliger Kämpfer*innen in die Gesellschaft abzielt. Zuerst wird ein historischer Überblick von dem Unabhängigkeitskampf, dem darauffolgenden Bürgerkrieg und den friedens- und entwicklungspolitischen Geschehnissen nach Ende des Krieges gegeben; dabei werden insbesondere die Fehler, die im Friedens- und Versöhnungsprozess gemacht wurden, beleuchtet, die bis heute für viele Beobachter*innen ein entwicklungspolitisches Engagement in diesem Bereich relevant und notwendig machen. Besonderer Fokus liegt das ganze Kapitel über auf der Rolle externer Akteur*innen im Friedens- und Versöhnungsprozess.

4.1. Unabhängigkeitskampf und Bürgerkrieg

Der Einfluss Portugals in Mosambik geht zurück auf die Reise Vasco da Gamas nach Indien 1498; bis ins späte 19. Jahrhundert äußerte sich die portugiesische Vormachtstellung in Form wirtschaftlicher und händlerischer Unternehmungen, die Sklavenhandel und gewaltsame Plünderungen hauptsächlich an den Küstenregionen beinhalteten. Mit der Aufteilung Afrikas in europäische Kolonien Ende des 19. Jahrhunderts („Scramble for Africa“) sicherte sich Portugal seine Herrschaft vor Ort de jure, durch repressive staatliche, politische und militärische Macht. Die Kolonialisierung dauerte trotz gewaltsamer und nicht-gewaltsamer Versuche des Widerstands und der Gründung verschiedener Unabhängigkeit- und Befreiungsbewegungen im In- und Ausland bis zur Nelkenrevolution in Portugal 1974 an. Mosambik gehörte zu den letzten europäischen Kolonien Afrikas, die Mitte des 20. Jahrhunderts (am 25. Juni 1975) ihre Unabhängigkeit erlangten (Hanlon, 2010, S. 79; Henriksen, 1978, S. 443f; Maschietto, 2022, S. 838f; Mondlane, 1973, S. 23f).

Eine wesentliche Rolle im Befreiungskampf kam der „Frente de Libertação de Moçambique“, (Mosambikanische Befreiungsfront), kurz FRELIMO, zu, die bis heute als Partei regiert. Die Bewegung war ursprünglich ein Zusammenschluss mehrerer Unabhängigkeitsbewegungen, die 1962 mit Unterstützung des benachbarten, sozialistischen Tansanias in Dar es Salaam gegründet worden war. FRELIMO kämpfte ab 1964 für das Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft (Henriksen, 1978, S. 442f; Mondlane, 1973, S. 126f, 171f; Vines, 1996, S. 11). Sich selbst bezeichnete FRELIMO erst auf ihrem dritten Parteikongress 1977 offiziell als „marxistisch-leninistisch“, obgleich sie seit ihrer Gründung die Unterstützung sozialistischer und linker, ihrem Verständnis nach „fortschrittlicher“ (Mondlane, 1973, S. 244) Regierungen genoss. Ideologisch stand sie der chinesischen Ausrichtung eines Sozialismus unter Mao-Zedong

ebenso, in manchen Bereichen sogar näher als jener der Ideologie der Sowjetunion (Henriksen, 1978, S. 443)⁸. Rückblickend wird darüber debattiert, inwiefern die Politik von FRELIMO als marxistisch bezeichnet werden kann – Grund dafür bietet mitunter die rasche Abkehr der Partei von der Ideologie in den 1980er-Jahren (Cahen, 1993; Saul, 1999, S. 126; Wiegink, 2020, S. 64). Der Historiker Michel Cahen spricht von einem „Etikett“ des Marxismus einer repressiven, anti-demokratischen, nationalistischen Elite, die damit den Kampf „for a modern, Jacobin, European-type nation“ legitimierte (Cahen, 1993, S. 50).

Die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen nach Erlangung der Unabhängigkeit 1975 waren schwierig: Aufgrund des Massenexodus portugiesischer Siedler*innen und ihren Nachkommen fehlten qualifizierte Fachkräfte, Kapital und Investitionen. Öffentliche und private Infrastruktur wie Banken, Industrie und Unternehmen, zuvor in den Händen von Portugies*innen, waren verlassen; in den Städten herrschte Massenarbeitslosigkeit. Zur Zeit der Unabhängigkeit wurde die Alphabetisierungsrate in der Bevölkerung auf maximal sechs Prozent geschätzt – inklusive der portugiesischen Siedler*innen. 30 Prozent der Bevölkerung sprachen Portugiesisch. Die Zahl der Mosambikaner*innen mit Universitätsabschluss zu dieser Zeit schwankt in der Literatur zwischen zwölf und 40; über 90 Prozent der Bevölkerung lebten fernab von Städten, weniger als zehn Prozent des Landes wurden bewirtschaftet. Dazu kamen Zerstörung und Verwüstung des Landes nach dem Befreiungskampf (Costy, 2004, S. 145; Henriksen, 1978, S. 443; Maschietto, 2016a, S. 99, 2022, S. 839; Vines, 1996, S. 8).

FRELIMOS Vision eines unabhängigen Mosambiks beschrieb der Gründer von FRELIMO, Eduardo Mondlane, in seinem Werk *Kampf um Moçambique*: „die Beseitigung des Kolonialstaats“, die Abschaffung „portugiesischer Gesetze, Verwaltungseinrichtungen und Systeme der wirtschaftlichen Ausbeutung“, die Auslöschung traditioneller Herrschaftsformen und Stammeswesen, eine „Einparteien-Demokratie“, eine auf Exporte ausgerichtete Förderung der Landwirtschaft, ein umfassendes Bildungssystem und die Alphabetisierung der Bevölkerung (Mondlane, 1973, S. 204ff). Die meisten dieser Vorhaben sollten in Erfüllung gehen.

FRELIMO setzte als alleinige Regierungspartei auf eine harte Agrarpolitik und wirtschaftliche und kulturelle Nationalisierung: Es galt ein stark zentralisiertes Ein-Parteien-System, andere politische Bewegungen wurden untersagt; ehemals portugiesische Unternehmen und Banken

⁸ Ähnlich dem Maoistischen Marxismus wurde statt auf die marxistisch-leninistische, stufenartige Entwicklung zum Kommunismus auf Revolution gesetzt; als „Motor“ für Revolution und Entwicklung wurden die ländliche Bevölkerung und die Bauernschaft und nicht die städtischen Arbeiter*innen gesehen – beides lässt sich auch in anderen afrikanischen Marxismen beobachten (siehe Fanon, Nyerere) (Henriksen, 1978, S. 444, 448, 452).

gingen in nationalen Besitz über. Wesentlicher Fokus lag auf der Kommerzialisierung von Agrarwirtschaft, der Entstehung staatlicher Farmen und ländlicher Kommunen („villagization“; ähnlich wie im benachbarten Tansania): Landwirtschaft sollte nicht als selbstständige Tätigkeit, sondern als Lohnarbeit verrichtet werden. Die Förderung von Landwirtschaft zur Produktion landwirtschaftlicher Überschüsse sollte die Abhängigkeit von Importen reduzieren und eine Grundlage für die künftige Industrialisierung des Landes schaffen. Europäisches Investment wurde offiziell abgelehnt, stattdessen gab es enge wirtschaftliche Verbindungen zu anderen sozialistischen Staaten. Traditionelle, indigene Lebens- und Glaubensvorstellungen lehnte die Regierung ab (Cahen, 1993, S. 48; Hanlon, 2010, S. 83; Henriksen, 1978, S. 449; Maschietto, 2016a, S. 101f, 2022, S. 840; Mondlane, 1973, S. 203ff; Vines, 1996, S. 14f). Beispielhaft für den nationalen Charakter der Politik wird in der Literatur auf die Parole von FRELIMO aus Kriegszeiten – „to die a tribe and be born a nation“ – und die Vision eines „neuen Menschen“ – „the Socialist Man, the Man free from all superstitious and obscurantist subservience...“ – verwiesen (Henriksen, 1978, S. 455).

1977 gründete sich eine, zuerst vom weißen Minderheits-Regime Südrhodesiens, anschließend von Apartheid-Südafrika finanzierte, neue mosambikanische, militante Bewegung: „Movimento Nacional de Resistência“, später „Resistência Nacional Moçambicana“ (Nationaler Widerstand Mosambiks), kurz RENAMO. In ihrem ersten politischen Programm 1978 bezeichnete sich RENAMO als anti-kommunistisch und markoliberal, sprach sich für ein Mehr-Parteien-System, demokratische Wahlen und eine Privatisierung der Wirtschaft aus. Damit fand die Bewegung ebenso Unterstützung bei rechts-konservativen Regierungen und Parteien und christlichen Organisationen in Europa und Nordamerika (Maschietto, 2016a, S. 107f; Vines, 1996, S. 32ff, 76f). Die Unterstützung der benachbarten Regierungen Südrhodesiens und Südafrikas beruhte primär auf der Sorge vor militanten Unabhängigkeitsbewegungen in den eigenen Ländern als auf der „Pflicht“, in einem Stellvertreterkrieg Kapitalismus gegen Sozialismus, die eigene Ideologie zu verteidigen; schon vor Erhängung der Unabhängigkeit hatte FRELIMO simbabwische Guerilla-Kämpfer*innen und den die Apartheid bekämpfenden ANC unterstützt (Maschietto, 2016a, S. 106ff; Mondlane, 1973, S. 234; Vines, 1996, S. 15f, 2013, S. 376).

RENAMO als rein ausländische Organisation zu begreifen, wäre jedoch unzulänglich; die Bewegung profitierte von der Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsteile mit der Entwicklungspolitik und der politischen Repression der FRELIMO-Regierung, und stieß mit ihrem Widerstand vor allem bei der Landbevölkerung und im Norden des Landes auf

Zustimmung (Cahen, 1993, S. 54; Hanlon, 2010, S. 83; Henriksen, 1978, S. 443; Pearce, 2020, S. 781; Saul, 1999, S. 128; Vines, 1996, S. 116).

Ab 1977 bekämpften sich FRELIMO und RENAMO mit Waffengewalt; der Bürgerkrieg sollte 16 Jahre später, 1992, mit einem Friedenabkommen enden. Der Krieg war geprägt von extremer Gewalt, der zwanghaften Rekrutierung von (Kinder-)Soldaten durch RENAMO, Massakern an der Zivilbevölkerung und der Zerstörung von Infrastruktur; über eine Million Menschen wurden getötet, mehrere Millionen waren zur Flucht gezwungen (Cahen, 1993, S. 54; Vines, 1996, S. 17, 2013, S. 376f).

Externe Interessen und ausländische Unterstützung spielten eine wesentliche Rolle im Bürgerkrieg (Hanlon, 2010, S. 79; Vines, 1996, S. 32ff). Alex Vines, der mehrere Jahre in Mosambik, unter anderem für die UN-Mission UNOMOZ nach Friedensschluss, tätig war, widmet sich in *Renamo: from terrorism to democracy in Mozambique* ausführlich der externen Unterstützung von RENAMO: Dazu zählten etwa westlich orientierte, benachbarte Regierungen wie Malawi oder Kenia, die ehemalige Kolonialmacht Portugal, die geflohene, portugiesische Diaspora, die Union in Westdeutschland, die USA sowie das britische Bergbau- und Infrastrukturunternehmen Lonrho, das RENAMO Schutzgeld bezahlte, um die eigenen Investitionen im Land, etwa die Beira Öl-Pipeline, vor Angriffen zu schützen (Vines, 1996, S. 32f, 39f, 42f, 51f). RENAMO war bemüht, sich international als „bona fide opposition movement“ darzustellen (Vines, 1996, S. 20). Der Bürgerkrieg in Mosambik kann demnach nicht als typischer Stellvertreterkrieg bezeichnet werden, wenngleich die externe Beteiligung und der im Hintergrund laufende Ost-West-Konflikt keinesfalls vernachlässigt werden dürfen: „The destructive impulses which come from outside have joined the impulses of communities which have been humiliated, denied, and oppressed, to break out of the orbit of the modern state“ (Cahen, 1993, S. 54). Was er jedoch im Gegensatz zu anderen Bürgerkriegen im selben Zeitraum keinesfalls war: ein ethnischer Konflikt (Cahen, 1993, S. 47; Hanlon, 2010, S. 82; Saul, 1999, S. 128).

4.2. Drei Abkommen für Frieden

1990 begannen Friedensgespräche in Rom; 1992 wurde das Friedensabkommen „General Peace Agreement“ (GPA) mithilfe externer Vermittler unterzeichnet. Rückblickend werden mehrere Gründe als ausschlaggebend für das Kriegsende gesehen: Das Ende des Kalten Krieges und der Zerfall der Sowjetunion führten zu einem Wegfall der militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung, die die FRELIMO-Regierung bisher erhalten hatte; ähnlich

erging es RENAMO mit dem Ende des weißen Minderheits-Regimes in Südrhodesien und des Apartheid-Regimes in Südafrika; gleichsam drängten wetter- und kriegsbedingte Hungersnöte die Kriegsparteien dazu, den Gefechten ein Ende zu setzen (Bueno, 2019, S. 429; Costy, 2004, S. 150; Maschietto, 2022, S. 841; Saul, 1999, S. 150; Vines, 1996, S. 149, 2013, S. 377).

Bereits 1984 war Mosambik aufgrund der angespannten, wirtschaftlichen Situation dem International Monetary Fund (IMF) und der World Bank beigetreten; danach schwanden die Unterstützung des Ostblocks und der Sowjetunion. Die FRELIMO-Regierung begann, auch unter internationalem Druck, mit Privatisierung und Wirtschaftsliberalisierung – wovon besonders loyale Parteimitglieder und Regierungsvertreter*innen profitierten: „Economic decision-making rests largely in the hands of the World Bank and the IMF, various aid agencies, and a particularly aggressive band of pirate multinationals [...]“ (Saul, 1999, S. 154). 1989 ließ die Partei offiziell von ihrer marxistischen Ausrichtung ab und kündigte freie Wahlen an; 1990 wurde die Volksrepublik in die Republik Mosambik umgetauft (Cahen, 1993, S. 58; Costy, 2004, S. 158f). Cahen identifiziert gegen Ende des Krieges „no further economic differences“ zwischen FRELIMO und RENAMO“ (Cahen, 1993, S. 53).

Das Abkommen wurde mithilfe nationaler und internationaler Vermittler*innen unterzeichnet, darunter die katholische Gemeinschaft Sant'Egidio und Regierungen und Vertreter*innen von Kenia, Simbabwe, Botswana, Malawi, Italien, den USA, Frankreich, Portugal und Großbritannien sowie der UN und der Organisation für Afrikanische Einheit, der Vorgängerorganisation der Afrikanischen Union (UN Security Council, 1992, S. 4). Das Abkommen sah die Einführung eines demokratischen Mehr-Parteien-Systems, die Demobilisierung von RENAMO-Kämpfer*innen und den Aufbau eines staatlichen, 30.000 Soldat*innen umfassenden Militärs, das zu gleichen Teilen aus FRELIMO- und RENAMO-Mitglieder besehen sollte, vor. Der DDR-Prozess sollte von einer bis zu 7.500-Personen starken UN-Mission, genannt UNOMOZ, überwacht werden (Bueno, 2019, S. 429f; Cahen, 1993, S. 57; UN Security Council, 1992; Vines, 1996, S. 129f, 2013, S. 377f).

UNOMOZ war auf ein Mandat von zwei Jahren beschränkt. Dem Abschlussbericht des UN Sicherheitsrats zufolge wurden zwischen 1992 und 1994 mehr als 90.000 Kämpfer*innen entwaffnet und rund 190.000 Waffen von militärischen und paramilitärischen Kräften sichergestellt; nach Vereinbarung zwischen FRELIMO und RENAMO wurde ein

Freiwilligenheer von 12.000 Soldat*innen aufgestellt⁹. Gleichzeitig wurde die Abhaltung von Wahlen 1994 sichergestellt (UN Security Council, 1994, S. 1, 3, 4). 75 Prozent der geflüchteten Menschen konnten in der Zeit in ihre ursprünglichen Wohngebiete zurückkehren, darunter ehemalige Kämpf*innen und ihre Angehörigen. Über 78 Prozent der geschätzten Kosten von 650 Millionen US-Dollar zur Finanzierung der humanitären Hilfe kamen aus dem Ausland (UN Security Council, 1994, S. 6).

Nach Ablauf der Mission wurden Vorwürfe der Diskriminierung ehemaliger RENAMO-Kämpfer*innen durch die FRELIMO-Regierung in sozio-ökonomischen, politischen und militärischen Bereichen laut; genauso wurden fehlende Intransparenz und Missstände bei den Wahlen kritisiert (Bueno, 2019, S. 428; Maschietto, 2022, S. 838). Bald war von einem „negativen Frieden“ als bloße Abwesenheit gewaltsamer Auseinandersetzungen die Rede (Alden, 2002, S. 351). Bereits wenige Jahre nach dem GPA wurden Befürchtungen laut, dass die schlechte wirtschaftliche und sozio-ökonomische Lage großer Teile der Bevölkerung drohe, den Konflikt neu anzuzünden: „The worsening of living conditions [...] has increased fears that a growing sense of frustration, anger, and desperation will spark new uprisings“ (Paris, 1997, S. 69f); „the widening chasm between rich and poor and growing social exclusion are creating a ‘serious risk’ of conflict“ (Hanlon, 2010, S. 77).

Ab 2012 kam es erneut zu gewaltsamen Kämpfen, vor allem in Teilen Zentral- und Nordmosambiks. Ehemalige RENAMO-Kämpfer*innen überfielen zivile Fahrzeuge und Militärkonvois und blockierten wichtige Verkehrsverbindungen, 2013 wurde zum Boykott der Kommunalwahlen aufgerufen; Gewalt wurde auch auf Seiten der Polizeikräfte dokumentiert (Bueno, 2019, S. 428; Maschietto, 2022, S. 847; Saraiva, 2022, S. 82; Vines, 2013, S. 387)¹⁰. Erneut wurden Friedensverhandlungen geführt, zuerst abermals unter Einbindung externer Akteur*innen aus Südafrika, Vertreter*innen der UN, der EU, der AU und den USA. Später wurde das Vermittlerteam auf nationale Personen, darunter mehrere religiöse Oberhäupter¹¹, reduziert (Saraiva, 2022, S. 86). 2014 wurde das neue Abkommen unterzeichnet („Cessation of Military Hostilities Agreement“, CMHA); es beinhaltete eine Wahlrechtsreform, eine Amnestie für die seit 2012 vollzogenen Gewaltverbrechen sowie die schon 1992 vorgesehene,

⁹ Dies geschah laut Vines auf Drängen der RENAMO, die einerseits Schwierigkeiten hatte, ihre 15.000 Soldat*innen bereitzustellen, andererseits in einer Verkleinerung des Militärs die Möglichkeit sah, die Stärke der regierenden FRELIMO zu schmälern (Vines, 1996, S. 155).

¹⁰ Vines zufolge nutzte RENAMO den Rückgriff auf Gewalt auch als Mittel gegen den drohenden Bedeutungsverlust (Vines, 2013, S. 390).

¹¹ Religiöse Organisationen, traditionelle und spirituelle Riten spielen im DDR-Prozesses in Mosambik besonders auf lokaler Ebene seit jeher eine wichtige Rolle (Maschietto, 2022, S. 842f).

gleichanteilige Eingliederung ehemaliger RENAMO-Kämpfer*innen in Militär und die Polizei (Maschietto, 2022, S. 847; Saraiva, 2022, S. 88).

Die im selben Jahr stattfindenden, nationalen Wahlen und erneute Vorwürfe des Wahlbetrugs sorgten für einen Vertrauensverlust zwischen den Parteien (Saraiva, 2022, S. 90f). Friedensgespräche wurden 2016 unter internationaler Vermittlung wieder aufgenommen; die externen Vermittler*innen, bestehend aus denselben Akteur*innen wie 2019, darunter Vertreter*innen der EU, der katholischen Kirche, Südafrikas und der katholischen Gemeinschaft Sant'Egidio, wurden zu gleichen Teilen von FRELIMO und RENAMO ausgewählt (Saraiva, 2022, S. 92). Die Gespräche mündeten 2019 in das dritte Friedensabkommen „Maputo Accord for Peace and Reconciliation“ (MAPR), das die Fehler der bisherigen Abkommen korrigieren sollte. Der MAPR sah erstens die von der RENAMO geforderte Dezentralisierung auf regionaler Ebene vor, konkret die Ernennung regionaler Verwaltungen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Provinz und nicht durch die Zentralregierung in Maputo; zweitens wurde ein erneuter DDR-Prozess verlangt, der diesmal die sozio-ökonomische und gesellschaftlich Wiedereingliederung der RENAMO-Kämpfer*innen in die Gesellschaft in den Fokus rücken sollte (Maputo Accord, o. J.; Maschietto, 2022, S. 848; Saraiva, 2022, S. 91f). Für die Überwachung der Umsetzung des MAPR sollte abermals die UN zuständig sein, allerdings nicht mit denselben weitreichenden Kompetenzen ausgestattet wie bei dem GPA 1992 (Maputo Accord, o. J.; Saraiva, 2022, S. 103). Der offiziellen Website des MAPR zufolge konnten 2023 der letzte militärische RENAMO-Stützpunkt geschlossen sowie alle übrigen 5.221 DDR-Begünstigte (4.950 Männer und 271 Frauen) demilitarisiert werden; der Anspruch auf Pensionszahlungen wurde der Website zufolge auf alle Demobilisierten ausgeweitet (Club of Mozambique/Lusa, 2024; Maputo Accord, o. J.). Wie schon bei UNOMOZ gab es ein Wiedereingliederungspaket für landwirtschaftliche Tätigkeiten, zeitlich begrenzte Unterstützungszahlungen und abhängig von individuellen Präferenzen und regionalen Möglichkeiten Unterstützung bei der Suche von Lohnarbeit (Maputo Accord, o. J.). Dem MAPR zufolge wurden sogenannte „peace clubs“, Netzwerke interreligiöser und kommunaler Ansprechpersonen, eingeführt, die friedliche Lösungen bei Konflikten auf lokaler Ebene anbieten sollen (Maputo Accord, o. J.). Eine externe Kontrolle der Ergebnisse des MAPR gibt es nicht.

Trotz des Erfolgs, den der MAPR für sich reklamiert, kommt es immer wieder zu gewaltsamen Protesten und Straßenschlachten, die sich gegen die sozio-ökonomische Lage, das Gefühl der Diskriminierung und die FRELIMO-Regierung richten; dazu kommen Vorwürfe der

Wahlfälschung und des Wahlbetrugs (Bueno, 2019, S. 437; Maschietto, 2022, S. 849f). Nach den Parlament- und Präsidentschaftswahlen im Oktober 2024 kam es Beobachter*innen zufolge zu den größten Protesten seit den ersten Wahlen 1994; 390 Menschen sollen Nichtregierungsorganisationen zufolge mitunter durch Polizeigewalt gestorben sein. Die Proteste dauerten mit Unterbrechungen bis zum Frühjahr 2025 an (Amnesty International, 2025; Club of Mozambique/Lusa, 2025).

4.3. Fehler und Herausforderungen der Versöhnungsprozesse

„The President of the Republic of Mozambique and the President of RENAMO undertake to do everything within their power for the achievement of genuine national reconciliation. [...] The achievement of peace, democracy and national unity based on national reconciliation is the greatest aspiration and desire of the entire Mozambican people”: Dieses Bekenntnis wurde 1992 im General Peace Agreement von Joaquim Chissano, Präsident von Mosambik, und RENAMO-Anführer Afonso Dhlakma unterzeichnet (UN Security Council, 1992, S. 5, 54). Im Friedensabkommen 2019 erhielt reconciliation sogar einen Platz im Titel des Abkommens: „The Maputo Accord for Peace and Reconciliation“. Es sollte die Fehler der vorangegangenen Versöhnungsprozesse, die zu einem Wiederaufflammen von Gewalt geführt hatten, korrigieren, und helfen, die Bevölkerung Mosambiks 27 Jahre nach Ende des Bürgerkriegs zu einen. Trotz Mosambiks Rufs als „Erfolgsbeispiel“ im liberalen peacebuilding angesichts der Beendigung des blutigen Bürgerkriegs, den Ergebnissen der UN-Mission, der Demokratisierung und Wirtschaftsliberalisierung des ehemals kolonialisierten Landes wird rückblickend kritisiert, dass das erste Friedensabkommen sowie seine Umsetzung durch internationale und nationale Akteur*innen wesentliche Leerstellen hinsichtlich einer langfristigen Verbesserung der materiellen Lebensumstände, Machtteilung und Versöhnung aufwiesen (Alden, 2002, S. 341; Costy, 2004, S. 142; Hanlon, 2004, S. 748; Maschietto, 2015, S. 20; Paris, 1997, S. 70; Saraiva, 2022, S. 82; Vines, 2013, S. 375; Wiegink & Sprenkels, 2022, S. 431).

4.3.1. Narrative und fehlende Aufarbeitung

Als wesentlich für die Zerrissenheit der mosambikanischen Bevölkerung angesehen werden die Narrative, die von FRELIMO und RENAMO über die jeweils andere Partei nach dem Befreiungskampf und dem Bürgerkrieg verbreitet wurden und werden (Bueno, 2019, S. 435; Pearce, 2020, S. 779; Wiegink, 2020, S. 184f; Wiegink & Sprenkels, 2022, S. 429). So versteht sich FRELIMO historisch als die einzige anti-koloniale Befreiungsbewegung Mosambiks, die gegen die portugiesische Kolonialmacht gekämpft und gesiegt hat; ehemalige

Unabhängigkeitskämpfer*innen wurden als Nationalhelden gefeiert, erhielten Denkmäler und großzügige staatliche Leistungen (Bueno, 2019, S. 438; Pearce, 2020, S. 784; Wiegink, 2020, S. 183; Wiegink & Sprenkels, 2022, S. 431). FRELIMO leitet daraus einen Macht- und Regierungsanspruch ab, der bis heute gilt, porträtiert sich als treibende Kraft hinter der Entwicklung des Landes, als „nation-builder“ in den vergangenen Jahrzehnten (Bueno, 2019, S. 435, 441; Pearce, 2020, S. 783). In diesem Narrativ wurde und wird RENAMO als Terrorgruppe oder bewaffnete Marionettenorganisation ausländischer Regime mit dem Ziel der Destabilisierung dargestellt (Bueno, 2019, S. 430; Wiegink & Sprenkels, 2022, S. 432). Das Narrativ von RENAMO nutzt einerseits die zeitweise, wenn rückblickend auch bestreitbare, sozialistische Ausrichtung von FRELIMO, um den Bürgerkrieg als Kampf für eine Demokratisierung des Landes und gegen einen drohenden Kommunismus darzustellen; gleichzeitig beeinflusst die koloniale Geschichte Mosambiks auch dieses Narrativ: Für RENAMO bedeutet der Krieg einen Kampf gegen eine dominante „Übermacht“, der er vorwirft, den Machterhalt auf Repression, Wahlbetrug und -fälschungen zu bauen (Bueno, 2019, S. 430, 439; Pearce, 2020, S. 782; Wiegink & Sprenkels, 2022, S. 432).

Überleben konnten diese Narrative, selbst Jahrzehnte nach Ende des Bürgerkriegs, aufgrund der gefühlten und strukturellen Benachteiligung ehemaliger RENAMO-Kämpfer*innen; wenn schon nicht durch Staat und Gesellschaft, sorgte wenigstens das Narrativ für ein Gefühl von Selbstwert und die Legitimation der Ansprüche auf staatliche Unterstützung (Wiegink, 2020, S. 195): „FRELIMO brought us independence and we brought democracy“, zitiert Wiegink einen ehemaligen RENAMO-Kämpfer (Wiegink & Sprenkels, 2022, S. 432).

Hervorzuheben im mosambikanischen Versöhnungsprozess ist – im Gegensatz zu anderen post-kolonialen Ländern und nach Bürgerkriegen in Afrika – das Fehlen einer Aufarbeitung der begangenen Gewaltverbrechen: Alle unterzeichneten Friedensabkommen sahen Amnestien für die Täter*innen vor und von einer juristischen Strafverfolgung ab. Amnestie, so die Annahme, würde die Versöhnung der Gesellschaft fördern (Bueno, 2019, S. 431, 441). Eine TRC, wie nach Ende der Apartheid in Südafrika eingesetzt, wurde nicht implementiert, und auch von externen Vermittler*innen wie den UN nicht gefordert (Bueno, 2019, S. 430). Alte Narben des Krieges sollten nicht wieder aufgerissen, die Vergangenheit ruhend gelassen werden: „Better not to open Pandora’s Box with a truth commission or trials“, so das Credo (Hanlon, 2010, S. 82). Sowohl die FRELIMO-Regierung als auch die RENAMO-Führung verzichteten im GPA 1992 auf eine derartige Kommission; katholische Organisationen, die beim GPA 1992 eine wesentliche Rolle im Vermittlungsprozess eingenommen hatten, und religiöse Gruppen

unterstützten die Idee. Auf lokaler Ebene wurde auf traditionelle Versöhnungsrituale gesetzt (Bueno, 2019, S. 431f, 437f). Zwar wurde im Laufe der vergangenen Jahrzehnte die Idee einer TRC – vorrangig von RENAMO-Politiker*innen, die sich davon eine vorteilhaftere Geschichtsschreibung erhofften – wiederholt aufgegriffen, eine Umsetzung blieb stets aus (Wiegink, 2020, S. 195).

Bis heute ist die mosambikanische Gesellschaft in ehemalige FRELIMO- und RENAMO-Kämpfer*innen und -Anhänger*innen geteilt – erkennbar etwa an den geografischen Unterschieden bei Wahlergebnissen, dem materiellen Lebensstandard, der politischen Beteiligung, Einkommen, Vermögen, etc. (Pearce, 2020, S. 784f; Vines, 1996, S. 100). Obgleich der Bevölkerungsanteil jener Generationen, die den Bürgerkrieg nicht erlebt haben, stetig wächst, prägen die exkludierenden Narrative sowie die jahrzehntelange Diskriminierung und Verurteilung das Zusammenleben, Politik und Gesellschaft – wiewohl die ideologischen Unterschiede zwischen FRELIMO und RENAMO mittlerweile wesentlich geringer ausfallen als zu Kriegszeiten (Saul, 1999, S. 154). Von einer geeinten Nation mit einer gemeinsamen Identität kann kaum gesprochen werden: „When I asked interviewees whether Mozambique enjoyed national unity, most argued that, while the country ought to be united, the reality was a divided nation” (Pearce, 2020, S. 785); „[...] the Frelimo leadership continues to be in a position to determine the borders of inclusion and exclusion in which the interpretations of past wars play a central role” (Wiegink, 2020, S. 181).

4.3.2. Sozio-ökonomische Aspekte

Im Rahmen der UN-Mission ONUMOZ (1992-1994) mussten sich ehemalige Kämpfer*innen in Sammelstellen melden, ihre Waffen abgeben und sich registrieren lassen. Anschließend erhielten sie eine Demobilisierungsbestätigung, eine Axt, Hacke, Saatgut und Kleidung für landwirtschaftliche Tätigkeiten sowie eine finanzielle Unterstützung über einen Zeitraum von zwei Jahren verschaffte (sechs Monate finanziert von der Regierung, 18 Monate von externen Akteur*innen durch einen UN Spendenfonds). Innerhalb dieser zwei Jahre sollte es den ehemaligen Kämpfer*innen möglich sein, eine Familie zu gründen und eine selbstständige Landwirtschaft aufzubauen. Sie wurden über ihre Rechte und Pflichten als zivile Bürger*innen informiert und konnten sich ihren neuen Wohnort frei aussuchen (Alden, 2002, S. 344; Costy, 2004, S. 155; Hanlon, 2010, S. 81; UN Security Council, 1994, S. 6; Vines, 2013, S. 380; Wiegink, 2020, S. 39, 145).

Kritiker*innen werfen dem DDR-Programm eine „Reintegration“ in Armut und gesellschaftspolitische Repression vor (Bueno, 2019, S. 435; Wiegink, 2020, S. 178). Für viele ehemalige RENAMO-Kämpfer*innen kam trotz ihrer ländlichen Herkunft eine Rückkehr in die Landwirtschaft nicht infrage; sie zogen in die Städte, was zu einem „brain drain“ auf dem Land und angesichts mangelnder Jobmöglichkeiten zu erhöhter Kriminalität führte (Alden, 2002, S. 344,; Vines, 1996, S. 163). Nikkie Wiegink erforschte im Rahmen einer 18-monatigen Datenerhebung in den Jahren 2008 bis 2010 und 2017 den Alltag ehemaliger RENAMO-Kämpfer*innen, und dokumentiert in Gesprächen Armut, Gefühle der Diskriminierung und Ausgrenzung (2020). Wieginks Studie zeigt auf, dass eine Rückkehr in die ursprünglichen Heimatorte nicht immer möglich war: Einige demilitarisierte RENAMO-Kämpfer*innen waren nach dem Krieg aus gesellschaftspolitischen und spirituellen Gründen mit Feindlichkeit und Ablehnung konfrontiert (Wiegink, 2020, S. 136f). Die finanzielle Unterstützung, die ehemalige RENAMO-Kämpfer*innen von ONUMOZ erhielten, wurde teilweise als ungerecht empfunden, und sorgte für soziale Differenzen, besonders in ärmeren, ländlichen Gebieten (Wiegink, 2020, S. 144). Gleichzeitig erwarteten sich ehemalige RENAMO-Kämpfer*innen von der FRELIMO-Regierung eine Verbesserung ihrer materiellen Lebensumstände, die Schaffung von Lohnarbeit, Reparaturzahlungen und soziale Absicherung: “the state is central in Renamo veterans’ imaginations of their navigational possibilities for a better life” (Wiegink, 2020, S. 178). Wiegink zufolge waren viele abhängig von zusätzlicher Hilfe von NGOs, etwa Essensspenden der Katholischen Kirche (Wiegink, 2020, S. 192).

Umstritten war lange der Ausschluss ehemaliger RENAMO-Kämpfer*innen von Pensionszahlungen (Saraiva, 2022, S. 82; Vines, 2013, S. 381; Wiegink & Sprenkels, 2022, S. 432): Während die Unterstützungszahlungen von ONUMOZ nicht zwischen RENAMO-Kämpfer*innen und staatlichen Soldat*innen unterschieden, erhielten nach Ablauf des Mandats nur Letztere eine Pension. Die staatlichen Pensionen machten zeitweise das fast Zwei- bis Dreifache des durchschnittlichen Mindestlohns in Mosambik aus und wurden als großzügige Belohnung loyaler FRELIMO-Anhänger*innen kritisiert (Vines, 2013, S. 381; Wiegink, 2020, S. 184f). Ab 2010 kam es zu Gesetzesänderungen, künftig sollten auch ehemalige RENAMO-Kämpfer*innen Pensionszahlungen erhalten; dennoch gab es Kritik an der Reduzierung der finanziellen Unterstützung, nämlich weit auf unter den Mindestlohn, und den bürokratischen Hürden zum Erhalt des Geldes: Dafür war der Nachweis des Zeitraums der Bewaffnung und des Kampfeinsatzes notwendig – für viele ehemalige RENAMO-Kämpfer*innen nicht möglich und aus Angst vor Stigmatisierung abschreckend (Wiegink, 2020, S. 187f; Wiegink & Sprenkels, 2022, S. 433).

Die Überwachung und Umsetzung des DDR-Programms durch die UN von 1992 bis 1994 wurde bei Wiegink größtenteils als positiv gewertet (Wiegink, 2020, S. 212): Ein ehemaliger RENAMO-Kämpfer betonte die Gleichstellung von RENAMO- und FRELIMO-Anhänger*innen im DDR-Prozess: „we ate together with those of Frelimo. We all ate the same. I was receiving here and he was receiving the same on the other side. Now ONUMOZ has left, and the government of Frelimo is not able to maintain equality” (Wiegink, 2020, S. 192).

Postkoloniale Vertreter*innen kritisieren insbesondere internationale Finanzinstitute, die im Gegenzug für Kredite und finanzielle Hilfe nach dem Bürgerkrieg auf eine markliberale Wirtschaftspolitik drängten: So führten die vom IMF verlangten Kürzungen der Staatsausgaben und der Reallöhnen zu einem positiven Wachstum, verschärften jedoch die Gesundheitsversorgung und verstärkten die Armut in der Bevölkerung, was Korruption und Kriminalität begünstigte¹² (Costy, 2004, S. 159f; Hanlon, 1997, S. 5f, 2010, S. 86; Maschietto, 2015, S. 25; Sabaratnam, 2017, S. 95; Saul, 1999, S. 154). Subventionen für staatliche Unternehmen wurden reduziert, Preiskontrollen für landwirtschaftliche Produkte aufgehoben; doch die erhofften Investitionen des Privatsektors konnten diese Lücke nicht schließen, Importe stiegen schneller als Exporte und verschärften die Handelsbilanz (Costy, 2004, S. 159f; Hanlon, 1997, S. 94; Sabaratnam, 2017, S. 96). Das Ende der Preiskontrollen führte zu Unsicherheit bei der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung; nur ein geringer Teil staatlicher und ausländischer Gelder gingen in die Entwicklung der Landwirtschaft, was die nach wie vor große Zahl von Kleinbäuer*innen, die ausschließlich für sich selbst produzieren, erklärt; gleichzeitig, so die Kritik, wurden nicht ausreichend neue Jobs in anderen Sektoren geschaffen (Costy, 2004, S. 160; Hanlon, 1997, S. 99f, 2010, S. 89; Maschietto, 2015, S. 27; Sabaratnam, 2017, S. 84ff). Ende der 2000er-Jahre nutzten 90 Prozent der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung nach wie vor traditionelle Werkzeuge zur Bewirtschaftung (Hanlon, 2010 S. 90). Von der Reprivatisierung von Unternehmen profitierten, so die Kritik, externe Akteur*innen wie globale Großunternehmen und ehemalige Kämpfer*innen der regierenden FRELIMO (Bueno, 2019, S. 434; Costy, 2004, S. 162f; Hanlon, 2010, S. 87; Maschietto, 2015, S. 25; Saul, 1999, S. 126); der Frieden sei Hand in Hand mit der wirtschaftlichen „Rekolonialisierung“ Mosambiks gegangen, so der polemische Vorwurf (Saul, 1999, S. 126). Korruption, bis heute verbreitet und bekannt, würde von externen Geldgeber*innen weitgehend in Kauf genommen – zu wichtig, so

¹² Hanlon widmet sich dieser Anklage ausführlich in *Peace without profit: how the IMF blocks rebuilding Mozambique* (1997): Er kritisiert den Fokus von IMF und Weltbank auf die Eingliederung Mosambiks in den Weltmarkt und die Expansion europäischer Großunternehmen im Land anstelle des Aufbaus eigener Industrie und Wertschöpfungsketten: „these two agency have more power in Mozambique than any Mozambican, up to and including President [...]“ (Hanlon, 1997, S. 24).

der Vorwurf, sei dem Westen der Ruf Mosambiks als Erfolgsgeschichte eines neoliberalisierten, post-kolonialen afrikanischen Landes (Hanlon, 2004, S. 748; Maschietto, 2016a, S. 129; Sabaratnam, 2017, S. 111f; Saul, 1999, S. 148).

Zur Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation der ländlichen Bevölkerung startete die FRELIMO-Regierung ab 2006 das Programm „District Development Fund“, kurz FDD, oftmals rezitierte als „7 million“; dieses sah die Vergabe von sieben Millionen Meticals (damals rund 300.000 US-Dollar) an jeden der 128 Distrikte Mosambiks vor. Die „Mikrokredite“ wurde zu erleichterten Kreditvorgaben an die Bevölkerung ausgeschüttet mit dem Ziel, die Landwirtschaft anzukurbeln, Jobs zu schaffen und Einkommen zu generieren (Maschietto, 2016a; Sabaratnam, 2017, S. 91f; Wiegink, 2020, S. 193). Das Programm diene einerseits der Armutsbekämpfung, andererseits wies es durch die Verteilung des Geldes durch lokale Gremien einen starken partizipativen Charakter auf; in der Forschung wurde es als Positivbeispiel für „Empowerment“- und „bottom-up“-Ansätze bekannt, auch wenn die „top down“-Einführung des Programms kritisiert werden kann (Maschietto, 2016a, S. 163f; 2016c, S. 103ff). Jedoch wurde das Geld kaum zurückgezahlt, was der Schuldenlast der Gemeinden schadete. Gleichzeitig gab es bei der Auszahlung der Kredite Vorwürfe der Bereicherung von FRELIMO-Anhänger*innen (Sabaratnam, 2017, S. 92; Wiegink, 2020, S. 193).

4.3.3. Dezentralisierung und Militär

„7 Million“ wird nicht nur als beispielhafte Maßnahme zur Armutsbekämpfung angesehen; das Programm diene auch der Dezentralisierung der staatlichen Macht, die RENAMO jahrzehntelang gefordert hatte und im GPA 1992 beschlossen wurde (Maschietto, 2016a, S. 165; Saraiva, 2022, S. 82). Im liberalen peacebuilding wird Dezentralisierung als effizientes Mittel zur Demokratisierung und Entwicklung eines Landes verstanden; umgesetzt wurde sie trotz Drängen externer Akteur*innen unmittelbar nach 1992 kaum (Costy, 2004, S. 165; Maschietto, 2016a, S. 165, 2016c, S. 104). Das lag einerseits an der generellen Ablehnung der FRELIMO-Regierung von traditionellen Strukturen und Hierarchien; andererseits an dem Unwillen, die eigene Macht zu beschneiden (Costy, 2004, S. 165; Maschietto, 2016b, S. 108). 1996 wurden zwei parallele Ämter an der Spitze der lokalen Verwaltung geschaffen: ein*e von der Zentralregierung in Maputo ernannte*e Vertreter*in für die Provinz, und ein*e von der Bevölkerung gewählte*r Vertreter*in für die Gemeinde, wobei die Gemeinde- der Provinzregierung unterstellt ist (Maschietto, 2016a, S. 166f, 2016c, S. 109). Das System sorgte für Unzufriedenheit sowohl bei der Opposition als auch der FRELIMO-Regierung, und weniger für Machtteilung als für Konflikte zwischen den Parteien; dazu kamen Vorwürfe der

Diskriminierung gewählter, oppositioneller Vertreter*innen (Macuane et al., 2018, S. 429; Maschietto, 2016b, S. 110). Ähnliches gilt für „local councils“, lokale Gremien, die von der Regierung eingesetzt wurden, um die Bevölkerung in Entscheidungsprozesse zu integrieren; an der Spitze dieser Gremien saß ein*e Vertreter*in der lokalen Regierung. Diese Doppelfunktion ließ Kritik laut werden an dem repräsentativen Auftrag und der Unabhängigkeit der Gremien; ebenso ist die Wahl der Mitglieder der Gremien umstritten (Maschietto, 2016b, S. 111ff). Die misslungene Dezentralisierung wird als wesentlicher Grund für das Wiederaufflammen von Gewalt ab 2012 betrachtet und war ein wichtiger Verhandlungspunkt für den MAPR, der 2019 unterzeichnet wurde (Maschietto, 2015, S. 26, 2016c, S. 110).

Das 1992 unterzeichnete GPA hatte ursprünglich die Schaffung einer nationalen Armee von 30.000 Soldat*innen, zu gleichen Teilen aus ehemaligen FRELIMO- und RENAMO-Kämpfer*innen zusammengesetzt, vorgesehen (UN Security Council, 1992, S. 22). Nach den Zwangsrekrutierungen auf RENAMO-Seite im Krieg setzte man auf Freiwilligkeit; demnach kam man jedoch auf nur rund 12.000 Soldat*innen, die sich meldeten, doppelt so viele FRELIMO- wie RENAMO-Anhänger*innen: „Former fighters voted with their feet, and went home“ (Hanlon, 2010, S. 81) (Bueno, 2019, S. 436; Macuane et al., 2018, S. 426; Vines, 2013, S. 380; Wiegink, 2020, S. 431). Natália Bueno, die von Mai bis August 2015 Feldforschung in Mosambik betrieb, sieht in diesem Ungleichgewicht ein symbolisches und strukturelles Problem im Hinblick auf nationale Versöhnung: „[...] it entails exclusion in the sense that the ‘other’, in this case Renamo, emerges as an inferior entity which must either be subjugated or assimilated by Frelimo“ (Bueno, 2019, S. 436); gleichzeitig war eine Position im öffentlichen Dienst Garant für ein sicheres Einkommen, und der übermäßige Anteil von FRELIMO-Anhänger*innen im Militär wurde als diskriminierend wahrgenommen (Bueno, 2019, S. 436; Vines, 2013, S. 380).

Das Mandat der UN endete, ohne die im GPA vorgesehene Armee („Mozambique Defence Armed Forces“, kurz FADM) umgesetzt zu haben (UN Security Council, 1994, S. 4); zudem blieben einige Tausende RENAMO-Kämpfer*innen bewaffnet (Bueno, 2019, S. 430, 437; Wiegink & Sprenkels, 2022, S. 431). 2019 wurde die Integration demobilisierter RENAMO-Kämpfer*innen in die FADM, die nationale Polizei und den Geheimdienst im MAPR beschlossen (Saraiva, 2022, S. 92, 96). Eine erfolgreiche Integration ehemaliger RENAMO-Kämpfer*innen in Armee und Polizei wird auf der Website des MAPR nicht erwähnt; Medien berichten von vereinzelten Integrationserfolgen (Club of Mozambique/AIM, 2021).

Rückblickend wird die Vernachlässigung einer gleichwertigen Zusammensetzung der mosambikanischen Streitkräfte aus FRELIMO- und RENAMO-Anhänger*innen als Argument dafür gesehen, den Versöhnungsprozess in Mosambik allgemein anzweifeln zu können (Bueno, 2019, S. 437; Macuane et al., 2018, S. 426).

5. Die Rollen Österreichs und Mosambiks im entwicklungspolitischen Kontext

In diesem Kapitel werden die Rollen Österreichs und Mosambiks im entwicklungspolitischen Kontext kurz dargestellt. Das Kapitel beinhaltet einen Exkurs zu Geschichte und aktuellem Umfang österreichischer Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit, und beleuchtet das entwicklungspolitische und wirtschaftliche Verhältnis zwischen Österreich und Mosambik. Abschließend wird eine kurze Beschreibung des Fallprojektes DELPAZ Sofala vorgenommen.

5.1. „Donor darling“ Mosambik

In Literatur und Praxis wird Mosambik häufig als „donor darling“ bezeichnet, als „Lieblingskind“ für internationale finanzielle und materielle Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit (Macuane et al., 2018, S. 416; Sabaratnam, 2017, S. 86). Westliche Entwicklungshilfe stieg nach der liberalen Wende der FRELIMO-Regierung und dem Beitritt Mosambiks zum IMF und der World Bank Anfang der 1980er-Jahre stark an (Sabaratnam, 2017, S. 61). Den jüngsten zugänglichen Daten der World Bank zufolge erhielt Mosambik 2022 rund 2,6 Milliarden US-Dollar an Official Development Assistance (ODA, Öffentliche Entwicklungsleistungen) (World Bank Group, 2025c); die Summe entsprach rund 14,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) Mosambiks (World Bank Group, 2025a). Die World Bank sprach 2022 von 78 US-Dollar öffentlicher Netto-Entwicklungshilfe pro Mosambikaner*in (World Bank Group, 2025b). Der ADA zufolge fließt ein Großteil der ODA, die Mosambik erhält, in die Sektoren humanitäre Hilfe (Ernährungssicherheit, medizinische Versorgung, Wiederaufbau) nach Naturkatastrophen, Landwirtschaft, Wasserversorgung, Regierung und Zivilgesellschaft, Frieden und Sicherheit (ADA, 2025b). Die aktuell wichtigsten internationalen Geldgeber Mosambiks sind (Nichtregierungsorganisationen ausgenommen) internationale Organisationen wie UN-Institutionen, IMF und World Bank, die EU, die USA, Japan, Schweden und Deutschland (ADA, 2025b). Österreichs Engagement ist im internationalen Vergleich eher von geringer Bedeutung, während umgekehrt Mosambik in der österreichischen ODA einen wichtigen Rang einnimmt.

5.2. Exkurs: Österreichische Entwicklungshilfe und EZA

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg war Österreich selbst stark von externer Hilfe abhängig (Stichwort Marshallplan); erst ab Ende der 1950er-Jahre wandelte sich die Republik zu einem Geberland (Hödl, 2004, S. 197). Der weltpolitische Kontext bestimmte, wie bei anderen westlichen Geberländern, auch die Agenda der österreichischen Entwicklungspolitik: Der Kalte Krieg beeinflusste nicht nur die Unterstützung von „befreundeten“

Befreiungsbewegungen und Kriegsparteien in Europas Kolonien, sondern auch die entwicklungspolitische Unterstützung ehemals kolonialisierter Staaten bei ihrer Eingliederung in das westlich-dominierte, liberal-demokratische, anti-kommunistische Weltsystem (Hödl, 2004, S. 198f). Anfang der 1960er-Jahre ergänzten die Sorge vor geopolitischen Spannungen sowie moralische Bedenken angesichts der globalen Kluft zwischen Arm und Reich die Motive für Entwicklungshilfe; von Beginn an war auch die Förderung von Handelsbeziehungen ein Ziel (Hödl, 2004, S. 201ff). Zugleich rückte Österreichs potenzielle Vermittlerrolle als neutraler Staat – maßgeblich vom damaligen Außenminister und späteren Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ) forciert – ins Interesse von Entwicklungshilfe: Österreichs „aktive“ Neutralitätspolitik sollte sowohl im sich verschärfenden Ost-West-Konflikt als auch zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden Türöffner sein (Hödl, 2004, S. 69f, 205f, 207). Infolge intensivierte Österreich sein Engagement bei den UN, was mitunter die Ansiedelung der United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) 1966 oder des VIC 1967 in Wien nach sich zog (Hödl, 2004, S. 69f). Ebenso bemühte sich Österreich besonders ab der 1970er-Jahre als Vermittler zwischen den ehemaligen Kolonialmächten Europas und den nunmehr unabhängigen Staaten Afrikas und Asiens (1964 gründete Kreisky als Antwort auf die Bandung-Konferenz 1955 das Sonderreferat für afroasiatische Kooperation im Außenministerium, (hdgö, o. J.)) und verstärkte den Kontakt zu den sogenannten „blockfreien Staaten“, was für ausführliche Debatten in der österreichischen Innenpolitik und zwischen den Parteien sorgte (Hödl, 2004, S. 71, 88f). Nicht zuletzt betonte Kreisky die Notwendigkeit eines „Marshallplans für die Dritte Welt“ zum Aufbau von Infrastruktur und Wirtschaftssektoren im Globalen Süden, finanziert durch Niedrig-Zins-Kredite und Zuschüsse von den industrialisierten Ländern, der gleichsam Export und Beschäftigung in diesen ankurbeln sollte (Kreisky, 1982): „[...] one of the first tasks of industrial countries is to join together to set up as soon as possible a realistic global program that could mean as much to the developing countries as the Marshall Plan meant to European states after the Second World War. Today such a multilateral development program is more urgent than ever“, so Kreisky in einem Interview 1982 (Kreisky, 1982, S. 32).

Der Anteil Österreichs öffentlicher Entwicklungsleistung (ODA)¹³ am Bruttonationalprodukt (BNE) ist seit jeher abhängig von regierenden Parteien, nationalen Budgetinteressen und internationalen wirtschaftlichen Entwicklungen (Höll, 1986, S. 25). 2023 stammten über 75 Prozent der österreichischen ODA aus Bundesmitteln des Finanzministeriums und anderen

¹³ Darunter fallen sowohl bilaterale (zwischen Österreich und einem anderen Land verhandelte Kooperationen) als auch multilaterale Verwendungszwecke; fast die Hälfte des ODA-Budgets fließt in Form von nicht zweckgewidmeten Kernbudgetbeiträgen an internationale Institutionen wie EU, Weltbank, UN, etc. (ÖFSE, 2025, S. 84f).

Ministerien, gefolgt von Mitteln aus dem operativen Budget der ADA sowie von Ländern und Gemeinden (ADA, 2024). Zwischen Mitte der 1960er- und 1980er-Jahre schwankte der Anteil der ODA am BNE zwischen 0,07 und 0,35 Prozent, und lag damit weit unter dem Beitrag anderer west- und nordeuropäischer Staaten (Höll, 1986, S. 26, 43). Anfang der 1990er-Jahre war ein Rückgang von 0,23 Prozent im Jahr 1989 auf 0,11 Prozent im Jahr 1990 zu beobachten; ab Mitte der 1990er-Jahre stieg der Anteil wieder, zeitweise auf einen Höchstwert von 0,52 Prozent im Jahr 2005. Seit 2009 lag der Anteil beinahe konstant zwischen 0,27 und 0,35 (mit einem Ausreißer von 0,42 im Jahr 2016) (ÖFSE/Michael Obrovsky, 2021). 2022 stieg der Anteil auf 0,39 (1,756 Millionen Euro), 2023 betrug er 0,38 Prozent (1,811 Millionen Euro) – diese Erhöhung ist vorrangig auf die finanzielle Hilfe für die 2022 von Russland angegriffene Ukraine zurückzuführen (ÖFSE, 2025, S. 89). 2024 reduzierte sich der Anteil auf 0,34 Prozent am BNE (1,682 Millionen Euro) (ADA, 2024). Die Jahre 2022 und 2023 ausgenommen, liegt Österreich im internationalen Vergleich strukturell leicht unter dem Durchschnittswert der Länder des sogenannten Development Assistance Committee (DAC); vergleichen mit anderen DAC-EU-Ländern sogar weit darunter (ÖFSE, 2025, S. 89). Für die Jahre 2025 bis 2027 wird auf Basis der aktuellen nationalen Budgetplanung ein weiteres Sinken des Anteils auf bis zu 0,23 Prozent prognostiziert (BMF, 2023). Bei NGOs und entwicklungspolitischen Institutionen sorgt diese Prognose für Kritik (CARE, 2023; Schlögl, 2025).

Das 1970 vor den UN formulierte Versprechen der Industriestaaten, jährlich mindestens 0,7 Prozent des BNE für Entwicklungshilfe aufzuwenden, wurde bisher auch von Österreich nie erfüllt (UN. General Assembly, 1971, S. 5). Hervorzuheben ist, dass zur ODA mittlerweile Aufwendungen für Asyl- und Integrationsmaßnahmen sowie Stipendien für Drittstaatstudierende in Österreich zählen (ADA, 2024; ÖFSE, 2025, S. 71, 79, 81); diese Budgetierung im Bereich Entwicklungszusammenarbeit kann insofern kritisiert werden, als dass die Auswirkungen für die Empfängerländer überschaubar bleiben und es zu einer Verwässerung nationaler Entwicklungszusammenarbeit kommt.

Beobachter*innen kritisieren, dass die Auswahl von Empfängerländern österreichischer ODA lange keiner kohärenten Strategie gefolgt sei (Hödl, 2004, S. 23; Sauer, 1997, S. 203). Der afrikanische Kontinent ist anteilig gesehen bis heute Empfänger der meisten Zuschüsse (ADA, 2025a; Höll, 1986, S. 72). Zwischen 1976 und 1981 erhielten 46 Staaten bilaterale, österreichische Entwicklungshilfe (Hödl, 2004, S. 245). Ab Anfang der 1980er-Jahre kam der Plan auf, sich auf sogenannte Schwerpunktländer zu konzentrieren, darunter die wirtschaftlich schwächsten Staaten der Welt (Hödl, 2004, S. 246). Kreisky hatte bereits als Außenminister

1964 den Vorschlag gebracht, eine Auswahl von Empfängerländern, zu denen Österreich eine wesentliche Beziehung habe, zu treffen (Hödl, 2004, S. 237). 1992 wurden acht Länder, darunter Mosambik, zu sogenannten Schwerpunktländern der Entwicklungszusammenarbeit Österreichs erklärt. Der Historiker Walter Sauer betont die „verschlungenen Wege der geographischen Schwerpunktsetzung“ sowie einmal mehr den ideologischen Charakter von Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit: „An dieser Stelle kann die Verschiebung der Schwerpunkte des früheren Nord-Süd-Dialogs zu dem primär an den sicherheitspolitischen Interessen des Nordens ausgerichteten Paradigma einer "Neuen Weltordnung" ebenso [...] angedeutet werden wie die daraus folgende Neudefinition der Rolle der Vereinten Nationen als eines Instruments von "peace keeping" und "peace making"“ (Sauer, 1997, S. 203f).

Einen besonderen Fokus der österreichischen Entwicklungshilfe erfuhr ab Mitte der 1970er-Jahre der Sektor Landwirtschaft mit dem Ziel der Produktivitätssteigerung und Armutsbekämpfung; die Maßnahmen umfassten Ausbildungsmodelle, neue Organisationsformen von Landwirtschaft sowie den Einsatz von technischen Geräten, verbessertem Saatgut und Düngemittel (Hödl, 2004, S. 157, 243). Diese (subsistenz-)landwirtschaftliche Spezialisierung ist, neben Wasser- und Sanitätsversorgung, der österreichischen EZA bis heute inne und findet sich sowohl in Österreichs bilateraler EZA mit Mosambik als auch im Projekt DELPAZ Sofala wieder¹⁴ (BMEIA, ADA, 2024).

Die Organisation bilateraler Programme und Projekte der öffentlichen EZA Österreichs aus ODA-Mitteln (OEZA) übernimmt seit 2004 die Austrian Development Agency (ADA). Sie tritt sowohl als Organisatorin als auch als Finanziererin auf, und verwaltet private und staatliche Mittel, Mittel der UN, EU und von internationalen Finanzinstitutionen. 2024 entfielen rund 144 Millionen Euro der österreichischen ODA-Mittel auf Projekte und Programme der ADA; strukturell liegt der Anteil des ADA-Budgets an der gesamten österreichischen ODA etwas unter zehn Prozent. Gemeinsam mit Drittmitteln kamen die operativen Mittel der ADA 2024 auf rund 240 Millionen Euro (ADA, 2025a; ÖFSE, 2025, S. 84, 86). 2025 wie 2026 droht, wie Österreichs ODA generell, eine Reduzierung der Mittel (Ultsch, 2025). Ihre drei großen Zielsetzungen definiert die ADA wie folgt: „Armut reduzieren, Frieden fördern und die Umwelt

¹⁴ Kritik an diesem Fokus kommt unter anderem von Sabaratnam: Sie untersuchte die Folgen externer Hilfe in der Landwirtschaft in Mosambik, und kritisiert, dass Subsistenzlandwirtschaft keinen Ausweg aus Armut darstelle und die notwendige „Technologisierung“ von Landwirtschaft zur Produktivitätssteigerung zu kurz käme (Sabaratnam, 2017, S. 88ff): „For the rural populations, twenty years of international assistance have had some successes [...] In terms of supporting a broad-based agricultural development strategy which transforms the poor conditions of the peasantry, however, there has been little movement“ (Sabaratnam, 2017, S. 108).

schützen“, sie ist „vor allem in jenen Bereichen tätig, in denen Österreich über ausgewiesenes Know-how und langjährige Erfahrung verfügt“ (ADA, o. J.-a).

5.3. Österreich und Mosambik

Einer der ersten dokumentierten Kontakte zwischen Österreich und Mosambik war ein kaiserlicher Kolonialversuch: 1777 plante der ursprünglich niederländische Kaufmann William Bolts, unter Flagge der Habsburgermonarchie eine Niederlassung für Sklaven- und Elfenbeinhandel in der Delagoa Bay zu errichten, die heute zur Hauptstadt Maputo gehört. Die österreichische Kolonialisierung war von kurzer Dauer, 1781 sicherte sich die portugiesische Kolonialmacht den Gebietsanspruch (Meisterle, 2007, S. 21). Lose kommerzielle Kontakte mit europäischen Händlern in Mosambik hatten sowohl vor als auch nach dem Kolonialversuch stattgefunden (Meisterle, 2007, S. 24). Bis ins 20. Jahrhundert blieb der Handel überschaubar: Insbesondere Maschinen, Verkehrsmittel und verarbeitete Waren wurden von der portugiesischen Bevölkerung importiert; umgekehrt importierte Österreich Eisen, Kupfer und Tabak. Beispielhaft exportierte Österreich ab Ende der 1960er-Jahre Materialien zum Bau einer Produktionsanlage in Matola zur Herstellung von Bewässerungsrohren (Sauer, 1997, S. 200). Nach der Unabhängigkeit und mit der Emigration portugiesischer Staatsbürger*innen 1975 erfuhr der Handel einen Einbruch (Sauer, 1997, S. 200). In den darauffolgenden Jahrzehnten intensivierten sich die Handelsbeziehungen, bestimmt von weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder Naturkatastrophen, kurzzeitig immer wieder, jedoch vorrangig auf der Exportseite Österreichs. Sauer verweist auf Aufträge der mosambikanischen Wasserbauwirtschaft an österreichische Firmen, die technische Mitarbeit bei der Eisenbahnlinie im Beira-Korridor sowie die Lieferung von Bahnbaumaschinen für den Limpopo-Korridor (Sauer, 1997, S. 201). In den 1990er-Jahren erfuhr der österreichische Export angesichts der Zahlungsunfähigkeit der mosambikanischen Regierung einen Einbruch (Sauer, 1997, 201). Heute ist der bilaterale Handel mit Mosambik vergleichsweise unwesentlich für Österreich, wobei die Exporte Österreichs nach Mosambik die Importe übersteigen (WKO, 2025). Eine weitaus größere Rolle spielt die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit Österreichs in Mosambik.

Seit 1992 zählt Mosambik zu den Schwerpunktländern österreichischer Entwicklungshilfe (Hödl, 2004, S. 263; Höll, 1986, S. 263; Sauer, 1997, S. 203). Gründe, warum die Wahl auf das südostafrikanische Land fiel, sind in der Literatur rar bis nicht vorhanden. Der Vorschlag einer regionalen Konzentration auf die Provinzen Sofala und Manica kam mitunter von einem österreichischen Mitarbeiter beim UN Development Programme in Maputo (Sauer, 1997, S.

205). Laut BMEIA und ADA wurde die Entscheidung mit der Europäischen Union getroffen: „This geographic focus has been set according to the division of labour among EU-Member States in order to enhance effectiveness of EU and ADC interventions in Mozambique“ (BMEIA, ADA, 2024, S. 14).

Bereits ab Ende der 1960er-Jahre waren Mittel österreichischer Entwicklungshilfe in sehr geringem Maße in die damals noch portugiesische Kolonie geflossen (Hödl, 2004, S. 239). Schon in den Jahren zuvor hatte Österreich vergleichsweise hohe Zuwendungen in das südostafrikanische Land geschickt (Hödl, 2004, S. 257, 261). Ab Anfang der 1980er-Jahre verzeichnete österreichische Entwicklungshilfe für sogenannte „Least Developed Countries“, zu denen Mosambik gezählt wurde, „hohe absolute Werte und hohe relative Steigerungsraten“, wenn auch die Hilfe im Vergleich zu anderen Geberländern und am Anteil der gesamten österreichischen ODA gering blieb (Höll, 1986, S. 74; Sauer, 1997, S. 202f). Mitunter dürfte dafür eine ideologische Sympathie der damals mit absoluter Mehrheit regierenden Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) unter Kreisky mit der mosambikanischen FRELIMO verantwortlich gewesen sein; im Parteiprogramm wurde „dem Internationalismus und vor allem der Solidarität mit der Dritten Welt besondere Bedeutung beigemessen“ (Höll, 1986, S. 23), politischen Befreiungsbewegungen, die „gegen Kolonialismus alter und neuer Prägung“ kämpften, Unterstützung zugesagt (Höll, 1986, S. 128). Kritik daran übten innerhalb Österreich konservative Parteien wie die ÖVP (Hödl, 2004, S. 90, 257; Höll, 1986, S. 131, Sauer, 1997, S. 203).

In den 1990er-Jahren wuchs trotz Österreichs Neutralität die Bereitschaft, sich an internationalen Friedens- und Militäraktionen zu beteiligen (Hödl, 2004, S. 122): 1994 waren an der UN-Mission UNOMOZ in Mosambik 20 österreichische Polizisten beteiligt (Sauer, 1997, S. 204); bei den ersten Wahlen 1994 nahmen 15 österreichische Wahlbeobachter*innen – vorwiegend aus dem entwicklungspolitischen Bereich – teil (Sauer, 1997, S. 205).

2023 gehörte Mosambik zu den „Top-Zehn-Empfängerländern“, zu den am stärksten geförderten Schwerpunktländern Österreichs¹⁵: Das Land erhielt zwölf Millionen Euro an geografisch zuordenbarer, bilateraler ODA Österreichs (ÖFSE, 2025, S. 87). Die Summe umfasste 6,43 Millionen Euro aus OEZA-Mitteln, aus ODA-Mitteln der ADA, sowie einen fast ähnlich hohen Betrag aus dem Auslandskatastrophenfonds aufgrund der damaligen Zerstörung nach Naturkatastrophen (ADA, o. J.-c, S. 21, 25). Der Anteil an OEZA-Mitteln, die jährlich

¹⁵ Der ODA-Bericht für 2024 war zum Zeitpunkt des Verfassens der Arbeit noch nicht veröffentlicht.

nach Mosambik fließen, blieb in den vergangenen Jahren relativ stabil zwischen rund vier und sechs Prozent; 2024 waren es 4,45 Prozent (6,4 Millionen Euro); in der Vergangenheit lag er zeitweise höher, bei bis zu 8,5 Prozent (ADA, 2025a; BMaA & ADA, o. J.; BMEIA & ADA, 2016). Im Ranking der „Top-20-Empfängerländer“ privater Zuschüsse durch NGOs aus Österreich rangierte Mosambik in den vergangenen Jahren im oberen Mittelfeld: 2023 erhielt Mosambik 5,07 Millionen Euro, 2,3 Prozent der gesamten privaten Zuschüsse Österreichs. Der Großteil der Hilfe stammte von Ärzte ohne Grenzen, den Organisationen der katholischen Kirche (Caritas, etc.) sowie von Licht für die Welt (ÖFSE, 2025, S. 107, 109).

5.4. Projektbeschreibung DELPAZ Sofala

Bei dem für diese Arbeit relevanten EU-Projekt DELPAZ fungiert die ADA vorrangig als verantwortliche Organisatorin. Sowohl die ADA als auch die EU betonen die Abstimmung ihres allgemeinen Engagements vor Ort mit dem jeweiligen Fünf-Jahres-Plan der mosambikanischen Regierung sowie mit dem Peace Process Secretariat (PPS), der den UN unterstellt ist, und dessen Sitz derzeit der Schweizer Mirko Manzoni inne hat (BMEIA, ADA, 2024, S. 3; European Commission, o. J.). DELPAZ ist Teil einer seit 2019 bestehenden, 62 Millionen Euro umfassenden, subnationalen Friedensunterstützung in Mosambik durch die Europäischen Union („Maputo Peace Process“)¹⁶. Die definierten Ziele umfassen „DDR, National Reconciliation, Decentralization“ und „Socio-economic rehabilitation through support to livelihoods in conflict-affected areas“. Auf Letzteres zielt DELPAZ ab. Das Projekt umfasst ein Gesamtbudget von rund 29 Millionen Euro. Umgesetzt wird es von drei Trägern – ADA, Agenzia italiana per la cooperazione allo sviluppo (AICS, Italienische Agentur für Entwicklungszusammenarbeit) und UN Capital Development Fund (UNCDF) – in den drei vom Bürgerkrieg besonders stark betroffenen Provinzen Manica, Tete und Sofala, wobei die ADA nur in Sofala tätig ist. DELPAZ Sofala (Budget: 12 Millionen Euro, elf Millionen Euro von der EU, eine Million von der ADA (ADA, o. J.-b)) richtet sich an nach dem Krieg marginalisierte und benachteiligte Gruppen in der Gesellschaft, die in bisherigen Entwicklungs- oder Entscheidungsprozessen vernachlässigt wurden; der Fokus liegt auf Frauen und Kindern sowie ehemaligen RENAMO-Kämpfer*innen aus DDR-Programmen und deren Familien. Die zwei Hauptkomponenten von DELPAZ Sofala sind „local governance“ und „local

¹⁶ Das entwicklungspolitische Engagement der EU reicht weit über diese friedensfördernde Unterstützung hinaus: Die EU hat zwischen 2021 und 2027 nach eigenen Angaben 605 Millionen Euro an Fördermitteln für Mosambik bereitgestellt. Das Engagement der EU ist aufgrund der Rohstoffe des Landes (vor allem die Gasfelder in der nördlichen Provinz Cabo Delgado) durchaus eigennützig: „The EU supports Mozambique’s efforts toward sustainable development, peace, and resilience, in line with Mozambique’s national Development plan and the EU’s Global Gateway strategy“ (European Commission, o. J.).

development“: Die finanzielle Unterstützung fließt direkt an die lokalen Regierungen (im Gegensatz zum von AICS umgesetzten DELPAZ Projekt, wo die Organisation über NGOs abgewickelt wird) mit dem Ziel, deren Reaktionsfähigkeit und Verantwortlichkeit zu stärken; gleichzeitig wird in Planungs- und Entscheidungsprozessen die Berücksichtigung der Interessen der ländlichen Bevölkerung in der Mittelverteilung sichergestellt. Die ADA verweist auf ihre langjährige, fachliche Expertise und Erfahrung in den Bereichen Landwirtschaft und Wasserversorgung, weswegen diese Sektoren im Vordergrund der umgesetzten Maßnahmen zur Unterstützung der materiellen Absicherung der Projektteilnehmer*innen stehen. Darunter fallen laut ADA der Aufbau klimaresistenter und nachhaltiger Subsistenz- und gemeinschaftlicher Landwirtschaft und Bewässerung; Schulungen und Ausbildungen; die Finanzierung kleiner, lokaler Infrastruktur zur wirtschaftlichen Entwicklung; die Ausstattung mit klimaresistentem Saatgut; die Förderung sozialer Eingliederung und eines friedensfördernden Dialogs in Planungs- und Entscheidungsprozessen der Bezirke u.v.m. (ADA, o. J.-b; Carvalho, 2024).

Laut ADA profitierten rund 270.000 Menschen von dem Projekt DELPAZ Sofala. Das Projekt umfasste eine Laufzeit von 1.11.2020 bis 15.05.2025 (ursprünglich bis Ende 2024), während DELPAZ in anderen Regionen und unter Umsetzung durch AICS bis Ende 2026 verlängert wurde. Zur Zeit des Verfassens dieser Arbeit findet eine interne Evaluierung von DELPAZ Sofala statt (ADA, o. J.-b; I2, Abs. 51; I4, Abs. 42; I6, Abs. 46, 52). Einer Evaluierung aus dem Jahr 2024 zufolge, vor Ort durchgeführt von einer externen Kontrollinstanz und finanziert von der Europäischen Kommission, betont die Relevanz, Effizienz und erfolgreiche Zielerreichung von DELPAZ, etwa die Förderung einer resilienten Landwirtschaft und die soziale Inklusion durch eine gerechte Verteilung von Leistungen unter einer heterogenen Zielgruppe. Explizit erwähnt werden der Bau von Bewässerungssystemen, die mit Solarenergie betrieben werden, sowie Fortschritte im landwirtschaftlichen Bereich (Carvalho, 2024, S. 7f). Als weniger erfolgreich werden unternehmerische Ausbildungen zur Selbstständigkeit abseits von der Landwirtschaft gewertet; diese Einschätzung beruht auf Gesprächen mit Projektteilnehmer*innen, die Bedenken und Zweifel geäußert haben sollen (Carvalho, 2024, S. 7, 8). Probleme, die der Bericht hervorstreicht, sind verkürzt Verspätungen, Zeitknappheit, limitierte finanzielle Ressourcen, die Größe des Projektgebiets und ein fehlendes, regionenübergreifendes Kontrollsystem (Carvalho, 2024, S. 1f, 9, 10): „Financial constraints present a significant barrier to the long-term sustainability of the Programme's achievements, demanding effective strategies to ensure the continued flow of benefits (Carvalho, 2024, S. 10).

6. Methodologie

Im folgenden Kapitel wird die gewählte Methodologie für die vorliegende Arbeit veranschaulicht und begründet. Zudem werden Leerstellen der Arbeit und eine kritische Selbstreflexion der Autorin thematisiert.

„Die Sozialwissenschaften gelten als Wirklichkeitswissenschaften, d.h. theoretische Aussagen und Prognosen müssen der Überprüfung an der Empirie statthalten“ (Baur & Blasius, 2014, S. 41). Obgleich die Frage, *was* von Wirklichkeit gemessen werden kann, von der gewählten Epistemologie abhängt, versucht auch die vorliegende Arbeit, diesem Prinzip zu folgen. Die zusammengetragenen theoretischen Aussagen und Erkenntnisse, in diesem Fall kritische, post-koloniale Perspektiven auf die Rolle externer Akteur*innen in Versöhnungsprozessen, werden auf ein konkretes Fallbeispiel, die entwicklungspolitische Tätigkeit Österreichs im Rahmen des Projekts DELPAZ Sofala in Mosambik, umgelegt. Das Vorgehen ist in der deduktiven Forschung zu verorten (Reichertz, 2014, S. 76).

Die Methoden der empirischen Sozialforschung umfassen bekanntlich quantitative und qualitative Vorgehensweisen, wobei diese vor allem im deutschsprachigen Raum primär als konkurrierend und nicht komplementär verstanden wurden und werden. Längst ist jedoch auch der Ansatz der „Mixed Methods“ in der deutschsprachigen empirischen Sozialforschung ein Begriff, und wird von Sozialwissenschaftler*innen propagiert (Baur & Blasius, 2014, S. 42; Reichertz, 2014, S. 68).

Verkürzt, und nicht unumstritten, werden quantitative Vorgehensweisen dadurch beschrieben, dass sie Phänomene und Zusammenhänge vermessen, nachweisen und überprüfen, während es qualitativen Vorgehensweisen um das Erklären und Verstehen der Phänomene und Zusammenhänge zwischen Forschungsgegenstand und Theorie geht; erstere haben das Allgemeine, zweitere das Besondere im Forschungsfokus. Diese Annahmen werden nicht nur von Vertreter*innen von „Mixed Methods“-Ansätzen abgelehnt: So kann etwa argumentiert werden, dass jede qualitative Forschung auf einer quantitativen Untersuchung baue, die die Relevanz der Forschung durch die Häufigkeit des Auftretens des Phänomens unterstütze, während auch eine quantitative Forschung im Laufe der Erhebung interpretieren und analysieren müsse, und damit nach dem Prinzip der qualitativen Untersuchung arbeite (Helfferich, 2011, S. 21; Mayring, 2022, S. 17, 19; Reichertz, 2014, S. 74). Umgelegt auf die vorliegende Arbeit kann demnach argumentiert werden, dass die Relevanz des Themas durch die Quantität der bestehenden Literatur und Feldforschungen zu den gesellschaftspolitischen und sozio-ökonomischen Herausforderungen der mosambikanischen Gesellschaft seit dem

Bürgerkrieg und zu Versöhnungsversuchen durch externe Akteur*innen im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit untermauert wird. Darauf aufbauend will diese Arbeit versuchen, das Wie und Warum dahinter zu verstehen.

Abhängig von Fragestellung, Ressourcen und Kapital der Autorin wurde für die Datenerhebung auf qualitative Interviews, nämlich leitfadengestützte Expert*inneninterviews, zurückgegriffen, die mithilfe der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring analysiert wurden.

6.1. Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

Die Qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring zählt zu den am häufigsten angewandten Methoden der qualitativen Sozialforschung (Mayring & Fenzl, 2014, S. 543). Sie gehört zu den Verfahren qualitativ orientierter Textanalysen, die an einer große Materialmenge angewandt werden, dennoch interpretativ, allerdings nicht *frei* interpretativ oder gar impressionistisch, wie Mayring Kritiker*innen entgegenhält, bleiben; das Vorgehen ist regelgeleitet und systematisch, muss aber keinesfalls immer gleich aussehen (Mayring, 2022, S. 12f, 49f). Wesentlich ist für Mayring im Gegensatz zu anderen Vorgehen ein begründeter Auswertungsprozess. Durch diesen misst sich die Qualitative Inhaltsanalyse an, eine „intersubjektive Nachprüfbarkeit“, ein systematisch überprüfbares Durcharbeiten, kurzum eine Kontrollfunktion der Analyse zu ermöglichen (Mayring, 2022, S. 13, 50, 60).

Gearbeitet wird mittels eines Kategoriensystems, dessen Erstellung auf zwei Arten denkbar ist: deduktiv, aus der verwendeten Theorie, dem Forschungsstand, der Forschungsfrage und den Unterfragen gebildet, oder induktiv, indem sich die Kategorien direkt aus der Analyse des Materials ableiten. Möglich ist auch eine Verbindung beider Methoden, eine Definition von Kategorien vor der Datenerhebung und eine nachträgliche Adaption, Ergänzung und Anpassung; so können sowohl im Voraus aufgestellte Hypothesen überprüft als auch Raum für neue Erkenntnisse geschaffen werden (Mayring, 2022, S. 84f, 107; Mayring & Fenzl, 2014, S. 544). Auf diese verbindende Vorgehensweise von deduktiven und induktiven Kategorien wurde auch in dieser Arbeit gesetzt.

Kategorien können gleichrangig, gleich „wichtig“ sein (Nominalcharakter) oder unterschiedlich gewichtet werden (Ordinalcharakter). Mayring empfiehlt für die Analyse die Erstellung eines Kodierleitfadens im Rahmen eines dreiteiligen Verfahren: zuerst die Definition von Kategorien, anschließend eine erste Auswahl von beispielhaften Textstellen für die jeweiligen Kategorien, abschließend die Formulierung von Kodierregeln, die zur Abgrenzung

von Kategorien dienen sollen. Trotz dieser Kodierregeln bleibe das Zuordnen jedoch ein interpretativer, qualitativer Schritt (Mayring, 2022, S. 96ff).

Allgemein empfiehlt Mayring, um die Nachvollziehbarkeit der Qualitativen Inhaltsanalyse zu erhöhen, eine Aufteilung der Analyseeinheiten in Kodiereinheit, Kontexteinheit und Auswertungseinheit: Erstere bestimmt den kleinsten Materialbestandteil, der zu einer Kategorie zählen kann, etwa ein einziges Wort. Die Kontexteinheit legt den größten Textteil fest, der zu einer Kategorie zählen kann, beispielhaft einen ganzen Absatz, bestehend aus mehreren Sätzen, die in inhaltlichem Zusammenhang stehen, oder die gesamte Antwort auf eine Interviewfrage. Die Auswertungseinheit legt die Reihenfolge der zu auswertenden Textteile fest (Mayring, 2022, S. 60; Mayring & Fenzl, 2014, S. 546).

Mitunter kann die Qualitative Inhaltsanalyse in den Analyseschritten auf quantitative Prämissen setzen, etwa der Häufung einzelner Kategorien in der Analyse mehr Gewicht geben (Mayring, 2022, S. 13); Mayring zufolge betont die Bezeichnung „Qualitative Inhaltsanalyse“ den Schwerpunkt der Methode, nämlich die interpretative Zuordnung von Textstellen zu Kategorien (Mayring, 2022, S. 49; Mayring & Fenzl, 2014, S. 544).

Die Analyseschritte dieser Arbeit richten sich nach dem von Mayring vorgegebenen Auswertungsfaden. Verkürzt gliedert sich dieser wie folgt: Nach Erhebung und Transkription der Interviews wurden Textpassagen und Inhalte der Interviews mithilfe der Software MAXQDA einzelnen Kategorien zugeordnet. Anschließend wurden die in Kategorien strukturierten Inhalte der Datenerhebung im Analyseteil der Arbeit leserlich dargestellt, und mit Theorie und Hypothesen der Arbeit verknüpft und analysiert.

Folgende 25 Kategorien wurden (deduktiv und induktiv) gebildet und für die Analyse verwendet:

Kategorie	Kurzbeschreibung	Beispielzitat
Versöhnung in Mosambik		
Erfolgreich	Individuelle Bewertung/Beispiele	„there are no civil people with guns, with arms in the rural area at the moment“ (I6, Abs. 60)
Nicht erfolgreich	Individuelle Bewertung/Beispiele	„the psychological and social trauma remains alive“ (I10, Abs. 8)

Folgen des Bürgerkriegs	Gesellschaftliche Probleme, die sich auf den Bürgerkrieg und versäumte Versöhnung zurückführen lassen	„du kriegst bestimmte Jobs nur, wenn du ein Parteibuch hast, ein entsprechendes“ (I4, Abs. 9)
Notwendige Maßnahmen für Versöhnung	Schritte, die für einen erfolgreichen Versöhnungsprozess notwendig sind	„ein Faktor wäre die wirkliche Verteilung der Einnahmen aus den Ressourcen“ (I4, Abs. 47)
Projektisierung von Versöhnung		
Positive Wahrnehmung	Individuelle Bewertung/Beispiele	„das bringt ja auch zusätzliche Gelder für sie, teilweise die einzigen Gelder, die das ganze Jahr über in die einzelnen Bezirkskreise fließen“ (I3, Abs. 53)
Negative Wahrnehmung	Individuelle Bewertung/Beispiele	„we're working [on] very tight timelines. Our projects are four or five years“ (I1, Abs. 25)
Rolle externer Akteur*innen in Versöhnungsprozessen		
Positive Wahrnehmung	Individuelle Bewertung/Beispiele	„ich glaube, das ist sogar sehr wichtig, dass du externe Akteure hineinbringst, die sensibel und gut damit umgehen, [...] und das eine Basis ist, wo sich das dann selbst weiterträgt“ (I4, Abs. 17)
Negative Wahrnehmung	Individuelle Bewertung/Beispiele	„the young people that are a bit educated and have more access to social media, they are very frustrated with not having a job and not benefiting from the development of the country, and

		they see foreign aid as a perpetuation of this system” (I1, Abs. 33)
Projekt DELPAZ		
Positive Wahrnehmung	Individuelle Bewertung/Beispiele	„to be honest, I think without the support that we provide to the government, there would not be a possibility of what we achieved” (I6, Abs. 40)
Negative Wahrnehmung	Individuelle Bewertung/Beispiele	„in some districts, there were communication failures, lack of transparency in the selection of beneficiaries, and limited technical capacity among local teams“ (I10, Abs. 21)
Versöhnung/Soziale Inklusion	Maßnahmen, die friedliches Zusammenleben fördern	„wir haben auch geschaut, dass in diesem Meeting zum Beispiel die DDRs mit hineingekommen“ (I4, Abs. 32)
Materielle und wirtschaftliche Ermächtigung	Maßnahmen zur Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage	„there’s no reconciliation without this social inclusion, economic and financial inclusion” (I6, Abs. 65).
Fokus auf Landwirtschaft	Unterstützung landwirtschaftlicher Tätigkeiten	„why agriculture? Because this is the area we think has most potential. To be, let's say, the vehicle through which these people find a sustainable way of living, that allows them not to go back to war” (I2, Abs. 17)
Dezentralisierung	Maßnahmen, um lokale Strukturen und Mitsprache der Bevölkerung zu stärken	„wir haben gesagt, wir arbeiten mit der Regierung, also wir haben einen Vertrag mit der

		Provinzregierung [...] der größte Teil des Geldes geht an die Regierung“ (I3, Abs. 36)
Bau von Infrastruktur	Beispiele und Bedeutung von Infrastruktur für Inklusion und Versöhnung	„alle sagen, wir würden eigentlich gerne am Land leben, aber gibt's nix, müssen wir weg. Aber wenn's was gäbe, dann gehen wir alle lieber gerne wieder zurück“ (I4, Abs. 32)
Politisierung von DELPAZ	Regierungsinteressen im Projekt	„there was a very political agenda from the government“ (I1, Abs. 15)
Versäumnisse und Lehren aus DELPAZ	Leerstellen/Makel des Projekts, Verbesserungsvorschläge	„what would make sense for me was to continue strengthening the local institutions“ (I2, Abs. 67)
Ende von DELPAZ	Individuelle Bewertung/ Gründe für das Auslaufen des Projekts	„that's a problem, because we informed what we are going to do, they know by chance what we promise them to bring to them. And then at the middle of the process, we did not managed to conclude all the things that we promised. We become to some of them [...] liars” (I6, Abs. 54)
Langfristigkeit	Bewertung der Nachhaltigkeit des Projekts	„the authority takes responsibility to follow up this process” (I6, Abs. 19)
Selbstreflexion	Persönliche Bewertung der eigenen Tätigkeit im Rahmen von DELPAZ	„it's not that you can't change the world, no, but maybe for a few, maybe you can” (I2, Abs. 67)

Gründe für österr. und europ. Engagement/Interessen externer Akteur*innen	Motivation und Interessen hinter der entwicklungspolitischen Tätigkeit	„There is a geopolitical interest [...], obviously economic interest [...] I think we should not forget as well the values of the EU [...] although some people think that this is all a façade” (I1, Abs. 35).
EZA im globalen Kontext	Einbettung von EZA im globalen, kapitalistischen System	„it's very interesting to see how, you know, when USAID being dismantled, the huge impact it has in some sectors like in particular health. So this external interference of working on your health system, the whole thing is collapsing now because the foreigner is stopping which is not a good thing. It means that we haven't done it properly. That you depend on external aid” (I1, Abs. 33)
Zukunft von EZA in Mosambik	Globale Trends und Entwicklungen von EZA und Folgen für Mosambik	„I think it's going to be much harder for Mozambique to find resources” (I2, Abs. 63)
Politische Entwicklungen in Mosambik	Individuelle Bewertung von politischer Lage und Regierung	„the elections [...] were] a wonderful opportunity to restart the conflict. There was a lot of antagonism, there was a lot of [...] frustration, and I think if they had a little bit of push from somewhere, maybe it could have restarted” (I2, Abs. 19)

Gender-Aspekte Versöhnungsprozessen	in	Bedeutung von Geschlecht in Versöhnungsprozessen	„warum ist die Gewalt [...] gegen Frauen [...] körperlich, physisch, psychisch [...] in einer traumatisierten Gesellschaft so hoch?“ (I5, Abs. 63)
--	----	---	--

Tabelle 1: Darstellung der Kategorien (eigene Darstellung)

Die Bearbeitung der Interviews ergab insgesamt 448 Kodierungen, wobei mehrere Aussagen trotz strenger Unterscheidung mehreren Kategorien zugeordnet werden konnten.

6.2. Leitfadengestütztes Expert*inneninterview

Zur Datenerhebung wurden leitfadengestützte Expert*inneninterviews durchgeführt. Während sich die Qualitative Inhaltsanalyse einer systematischen Analyseabfolge verschreibt, um Kontrolle und Nachvollziehbarkeit sicherzustellen, wird bei qualitativen Interviews betont, dass eine Wiederholung der Datenerhebung niemals identisch sein und denselben Output produzieren könne – die Erzählungen und Aussagen seien stets kontextabhängig (Helfferich, 2011, S. 155). Das wird jedoch nicht als Defizit verstanden: „Die Unmöglichkeit von Objektivität ist ja nicht ein Mangel, sondern Ausgangspunkt qualitativer Forschung, daher kann es nicht um anzustrebende Objektivität gehen, sondern um einen anzustrebenden angemessenen Umgang mit Subjektivität“ (Helfferich, 2011, S. 155). Im Qualitativen gehe es darum, die Kontextgebundenheit der Datenerhebung in die Analyse einzubeziehen (Helfferich, 2014, S. 573).

Cornelia Helfferich teilt die Suche nach geeigneten Interviewpartner*innen in mehrere Schritte: Zuerst müsse das inhaltliche Interesse an bestimmte Gruppen präzisiert werden; anschließend müsse die Repräsentation als Gütekriterium betrachtet werden: Die befragte Gruppe „sollte also maximal unterschiedliche und ebenso typische geltende Fälle umfassen“ (Helfferich, 2011, S. 173f). Nach der Durchführung der Interviews gelte es nochmal zu prüfen, welche Personen und Perspektiven in der Stichprobe nicht erfasst wurden (Helfferich, 2011, S. 173f).

Wer als „Expert*in“ gilt, wird in der Literatur recht flexibel ausgelegt. Helfferich unterscheidet zwischen dem zugeschriebenen und dem faktischen Status von „Expert*in“. Wesentlich sei jedoch das Interesse an dem sich angeeigneten Wissen der interviewten Person zu einem Thema und weniger an ihr als Privatperson. Demnach könnten auch Lai*innen einen „Expert*innen-Status“ einnehmen. Trotz des „Expert*innen-Status“ wird die Annahme, dass das generierte

Wissen objektive Informationen seien, jedoch abgelehnt, weshalb auch diese Interviews wie jedes andere einer nachträglichen Reflexion unterzogen werden sollte (Helfferich, 2011, S. 163, 165).

Für diese Arbeit wurden zehn Personen, die mit dem Projekt DELPAZ Sofala in intensiven Kontakt gekommen sind, als Interviewpartner*innen ausgewählt. Aufgrund ihres „Sonderwissens“ – ihrer teils mehrmonatigen bis jahrelangen Erfahrung mit Ausarbeitung, Umsetzung oder Teilnahme am Projekt – kann ihnen ein „Expert*innen-Status“ zugestanden werden. Die Auswahl der Interviewpartner*innen geschah durch Kontakte, die ihm Rahmen eines kurzen Besuchs der Projektregion im Mai 2024 geknüpft wurden, als auch durch Weiterleitung von bereits befragten Personen („Schneeballsystem“, Helfferich, 2011, S. 176). Nicht alle Interviewpartner*innen waren im Voraus klar definiert, einige kamen erst im Laufe der Datenerhebung hinzu, was bei qualitativen Verfahren keine Seltenheit darstellt (Helfferich, 2011, S. 174). Zudem wurde bei der Auswahl Wert darauf gelegt, Vertreter*innen unterschiedlicher Arbeitsbereiche und Verantwortungen im Projekt DELPAZ Sofala zu repräsentieren (Mitarbeiter*innen auf EU- und OEZA-Ebene; lokale Mitarbeiter*innen und Verantwortungsträger; Teilnehmer*innen).

Helfferich empfiehlt für Expert*inneninterviews, einen strukturierten Leitfaden an Fragen für das Gespräch zu erstellen. Dieser richtet sich bestenfalls nach dem expliziten „Sonderwissen“ der befragten Person und wird dem Status der Befragten gerecht. Leitfadengestützte Interviews bauen auf im Vorhinein formulierte Fragen, die das Gespräch leiten, aber nicht eingrenzen sollen. Abhängig vom Gesprächsverlauf können die Fragen abgeändert oder ergänzt werden (Helfferich, 2011, S. 164). Gleichzeitig ergibt sich durch die Fragen ein gewisser Grad an Vergleichbarkeit von Interviews (Helfferich, 2014, S. 565). Ein leitfadengestütztes Interview eignete sich für diese Arbeit deswegen, weil das Forschungsinteresse im Vorhinein klar, konkret und festgelegt war (Helfferich, 2011, S. 180). Helfferich empfiehlt die Maxime: „So offen und flexibel [...] wie möglich, so strukturiert wie aufgrund des Forschungsinteresses notwendig“ (Helfferich, 2011, S. 181). An dieser hat sich auch die Autorin versucht zu orientieren. Gleichzeitig wurde versucht, solche Fragen zu stellen, die die Leerstellen, die die bisherige Forschung zu dem Thema hinterließ, füllen könnten. Laut Helfferich gilt es zu vermeiden, zu viele Fragen vorzugeben und abzufragen, sowie zu versuchen, bestätigt zu bekommen, was man bereits weiß (Helfferich, 2014, S. 562, 566).

Der Leitfaden der geführten Interviews ist dieser Arbeit als Anhang beigelegt. Je nach interviewter Person, Kontext und Wissen wurden einzelne Fragen weggelassen oder ergänzt.

Die Fragen wurden den Interviewpartner*innen zum Teil auf Bitte und zur Vorbereitung und ersten Reflexion vorab zugesandt, was von der Autorin als durchaus positiv für die Qualität des Gesprächsinhalts wahrgenommen wurde.

Die Interviews wurden persönlich oder online per Zoom oder anderen digitalen Hilfsmitteln geführt, und dauerten im Schnitt zwischen einer und eineinhalb Stunden. Alle Interviews wurden aufgezeichnet und mithilfe der Transkriptionssoftware Trinkt transkribiert. Die Interviews wurden in Deutsch oder Englisch geführt. Ein Interview wurde mangels Zeit und Internetverbindung schriftlich durchgeführt.

Die Gesprächspartner*innen wurden in der Analyse anonymisiert; allein die Berufsbezeichnung und das Verhältnis zum Fallbeispiel DELPAZ Sofala wurden, weil relevant für die Analyse, benannt. Die Anonymisierung wurde im Vorhinein zugesichert (siehe Einverständniserklärung im Anhang), um das Gesprächsklima positiv zu beeinflussen und Raum zu schaffen für möglicherweise heiklere Aussagen und Gesprächsinhalte (Baur & Blasius, 2014, S. 48; Helfferich, 2011, S. 191). Gleichzeitig galt der Maßstab, dass die Interviewpartner*innen durch ihre Teilnahme und Aussagen keinen persönlichen oder beruflichen Nachteilen ausgesetzt sein sollten (Helfferich, 2011, S. 190). Die Teilnahme aller Befragten geschah freiwillig und konnte zu jeder Zeit widerrufen werden.

Die Interviewpartner*innen werden in der Analyse wie folgt bezeichnet:

Kürzel	Tätigkeit/Bezug zu DELPAZ	Datum der Interviewführung
I1	EU-Verantwortliche*r für Projektkonzeption	6. Juni 2025
I2	EU-Verantwortliche*r für Projektkonzeption	18. Juni 2025
I3	OEZA-Mitarbeiter*in	12. Juni 2025
I4	OEZA-Mitarbeiter*in	5. Juni 2035
I5	OEZA-Mitarbeiter*in	27. Juni 2025
I6	OEZA-Mitarbeiter*in	30. Juni 2025
I7	OEZA-Mitarbeiter*in	8. Juli 2025
I8	Projektteilnehmer*in ¹⁷	8. Juli 2025

¹⁷ Wiewohl in der EZA allgemein und in den Interviews mit OEZA-Mitarbeiter*innen von „beneficiaries“ die Rede ist, wird hier der Ausdruck „Teilnehmer*in“ verwendet, um die Selbstbestimmung und Mündigkeit der Person zu betonen.

I9	Projektteilnehmer*in	8. Juli 2025
I10	Journalist*in	30. Juni 2025

*Tabelle 2: Darstellung der Interviewpartner*innen (eigene Darstellung)*

6.3. Leerstellen und Selbstreflexion

Die Auswahl der Interviewpartner*innen weist durchaus Leerstellen auf, denen sich die Autorin der Arbeit bewusst ist. So wurde aufgrund fehlender Ressourcen und Zeitknappheit, fehlender Sprachkenntnisse von Portugiesisch und regionalen Sprachen und dem Absehen eines Forschungsaufenthalts vor Ort die Perspektive von Teilnehmer*innen des Projekts nur marginal berücksichtigt. Es wurde versucht, diese Forschungslücke mithilfe von bereits existenter Literatur sowie Erzählungen und Aussagen unabhängiger, lokaler Akteur*innen, die eng mit diesen Gruppen in Kontakt standen, zu füllen.

Dabei war es keinesfalls das Motiv der Autorin, die Stimmen der Menschen vor Ort zu marginalisieren oder zu überhören. Ein Hauptanliegen der Arbeit ist es, die Perspektive des „Geberlandes“, in diesem Fall Österreich, zum Forschungsobjekt zu machen. Gerade im post-kolonialen Diskurs werden die Aufrechterhaltung und Reproduktion neokolonialer, ungleicher Machtverhältnisse in der Wissensproduktion besonders kritisch beleuchtet: Der Globale Süden bliebe das passive, zu erforschende Objekt, das erst durch das aktive, erforschende Subjekt gehört werde: „Auch wenn die Theorie immer mit dem Versuch einhergeht, die ausgrenzenden Politiken westlicher Epistemologien durch das Transparentmachen der einst kolonisierten, nicht-westlichen Perspektiven zu reformieren, so wird ihr doch immer wieder ein spezifischer Eurozentrismus vorgeworfen“ (do Mar Castro Varela & Dhawan, 2015, S. 286). Die „Kommodifizierung“ von Wissen, Erfahrungen und Informationen von Menschen des Globalen Südens diene primär der Wissensproduktion und Nutzung der Forschenden aus dem Globalen Norden; innerhalb der akademischen Sphäre würde die internationale Arbeitsteilung des ausbeuterischen, globalen Kapitalismus reproduziert (do Mar Castro Varela & Dhawan, 2015, S. 290ff). Eine Kritik, die durchaus kritisiert werden kann. Dennoch wollte diese Arbeit sich auch aus diesen Gründen primär den Akteur*innen des Globalen Nordens vor Ort widmen und sie zum „Forschungsobjekt“ machen, einen Reflexionsprozess auf der „gebenden“ Seite nachweisen oder anstoßen.

Besonders in der Wissensproduktion über den Globalen Süden durch den Globalen Norden der Entwicklungsforschung gilt es, als Forschende die eigene Positionierung zu hinterfragen und zu reflektieren; dazu gehört es, sich Fragen von Macht, Herkunft; Privilegien und Subjektivität zu stellen (Helfferich, 2011, S. 157; Dannecker & Englert, 2014, S. 233f, 242f). Eine

vollkommenen „Ausschaltung“ der Subjektivität der Forschenden wird in der qualitativen Sozialforschung als Unmöglichkeit begriffen (Baur & Blasius, 2014, S. 47). Die eigene Rolle als Forschende ist nur teilweise selbst-, zu einem großen Teil auch fremdbestimmt: Sie beeinflussen traditionelle, neokoloniale und aktuelle Herrschafts- und Machtstrukturen. In Erfahrungsberichten ist oftmals von einer erhöhten Autorität oder einem „Sonderstatus“, der weißen Forschenden aus dem Globalen Norden zugestanden wird, die Rede (Dannecker & Englert, 2014, S. 244f).

Diese Bedingungen prägen Entwicklungsforschung durch den Globalen Norden grundlegend, und müssen in der Beurteilung der Qualität einer Arbeit stets berücksichtigt werden. Wissend um die eigenen Privilegien und Schwächen, wollte sich die Autorin dieser Arbeit gar nicht erst nicht anmaßen, die mosambikanische Perspektive zur Thematik vollständig repräsentieren zu können. Trotzdem kann appelliert werden, dass Entwicklungsforschung durch den Globalen Norden nicht aufgegeben werden sollte; stattdessen müssten die Konfrontationen und Unzulänglichkeiten der eigenen Forschung als wichtigen Aspekt der Wissensproduktion wahrgenommen, akzeptiert und reflektiert werden (Dannecker & Englert, 2014, S. 262).

7. Diskussion der Ergebnisse

Folgendes Kapitel diskutiert die in den Interviews getätigten Aussagen und verknüpft sie mit den dieser Arbeit zugrunde liegenden Theorien Frantz Fanons und Nelson Mandelas und kritischen, postkolonialen Ansätze sowie mit den in den vorangegangenen Kapiteln dargestellten Versäumnissen in bisherigen Versöhnungsprozessen und der historischen und wirtschaftlichen Beziehung zwischen Österreich und Mosambik. Die Bearbeitung der Interviews erfolgte, wie in Kapitel 6 erläutert, nach der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring durch ein Kategoriensystem mithilfe der Software MAXQDA. Die 25 Kategorien werden in der Analyse nicht einzeln, sondern nach inhaltlichen Ähnlichkeiten zusammengefasst und diskutiert. Auf die Quantität einzelner Kategorien wird weniger eingegangen, da die Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring wie beschrieben keine Häufigkeitsanalyse ist, sondern sich mit den Inhalten der Aussagen beschäftigt (Mayring, 2022, S. 49; Mayring & Fenzl, 2014, S. 544).

7.1. Versöhnung

„Successful reconciliation in Mozambique is not just about silencing guns”¹⁸ (I10, Abs. 26).

„[...] there’s no reconciliation without this social inclusion, economic and financial inclusion” (I6, Abs. 65).

Das individuelle Verständnis und die Bewertung von Versöhnungsprozessen und -versuchen in Mosambik war eine Thematik, die in jedem Interview angesprochen wurde. Dabei fielen die Ansichten eher kohärent aus; Argumente und Beispiele, die eine erfolgreiche Versöhnung be- oder widerlegen, ähnelten sich sehr. Ohne der Quantität der Aussagen zu viel Wertigkeit beimessen zu wollen, soll in diesem Zusammenhang dennoch betont werden, dass weitaus mehr Aussagen gemacht wurden, die auf die Leerstellen und Versäumnisse als auf die Erfolge bisheriger Versöhnungsprozesse hinwiesen.

„I would say that the most important is that there is no sound of arms anymore in the rural areas” (I6, Abs. 60), so ein*e Interviewpartner*in. Das Ende gewaltsamer Ausschreitungen, Waffengewalt und kriegerischer Auseinandersetzungen wurde von mehreren Interviewpartner*innen betont und als erfolgreiche Versöhnungsmaßnahme verstanden (I1, Abs. 9; I2, Abs. 17; I3, Abs. 14; I4, Abs. 5); auch im liberalen peacebuilding wird Mosambik

¹⁸ Wörtliche Zitate aus den Interviews werden in der Originalsprache wiedergegeben, in der die Gespräche geführt wurden (Englisch und Deutsch). Interviews in Portugiesisch oder einer anderen Sprache wurden durch eine dritte, anwesende Person in Englisch übersetzt; in der Analyse wird die Übersetzung zitiert.

deswegen als „Erfolgsbeispiel“ gesehen (Alden, 2002, S. 341; Costy, 2004, S. 142; Hanlon, 2004, S. 748; Maschietto, 2015, S. 20; Paris, 1997, S. 70; Vines, 2013, S. 375; Wiegink & Sprenkels, 2022, S. 431). Doch ist, wie in Kapitel 3 dargestellt, nach Galtung die Abwesenheit von Krieg nicht gleich Friede; trotz des offiziellen Endes der DDR-Programme im Herbst 2024 lassen die Aussagen der Interviewpartner*innen darauf schließen, dass sich in Mosambik Galtungs Konzept eines „negativen Friedens“ (Galtung, 1969, S. 183f) etabliert hat: „Although the guns are silent, the psychological and social trauma remains alive [...]“ (I10, Abs. 7); „it looks like all that was done, but when you scratch more in depth, there're some fundamental issues that were not addressed“ (I1, Abs. 9); „die Traumatisierung sozusagen von den Leuten ist sicher besonders immer noch da“ (I5, Abs. 10). Mehrere Interviewpartner*innen teilten die Ansicht, dass der Versöhnungsprozess in Mosambik noch nicht abgeschlossen sei (I3, Abs. 14; I4, Abs. 5; I5, Abs. 10).

In den Interviews wurde Versöhnung auf zwei Arten definiert: Versöhnung müsse einerseits das Ziel haben, soziale Inklusion zu schaffen und Vertrauen wiederherzustellen (I10, Abs. 26; I3, Abs. 14; I6, Abs. 60): Versöhnung bedeute, „that the community themselves, you know, accept them [the former combatants], integrate them, you know, in order to be like, okay, we are now together. We are brothers, we are sisters and let's do this thing together“ (I6, Abs. 15). Diese starke psychologische, soziale Definition findet sich sowohl bei Mandela (Chandoke, 2021, S. 51) als auch im liberalen und postkolonialen Verständnis von reconciliation wieder (siehe Kapitel 1). Gleichzeitig müsse Versöhnung aber, so die Mehrheit der Interviewpartner*innen, einen materiellen Wiederaufbau und die Teilnahme am wirtschaftlichen Leben ermöglichen (I3, Abs. 14; I4, Abs. 30, 54; I9, Abs. 165; I10, Abs. 24): „Versöhnung und der Friede wird [sic] nur funktionieren, wenn soweit die soziale gerechte Verteilung funktioniert“ (I4, Abs. 54); „when Mozambique is responsible in terms of payment, increase salary, [...] the prediction of future will be well, because they can take their children go to school, they have a good life (I9, Abs. 165). Sowohl die soziale als auch die materielle Komponente von Versöhnung wurden gleich häufig betont, von EZA-Mitarbeiter*innen und Projektteilnehmer*innen. Im Vergleich dazu wird in der Literatur, wie auch im Kapitel 3 dargestellt, vorrangig der psychologische, soziale Charakter von reconciliation behandelt. In mehreren Interviews wurde auf den Nexus von sozialer und materieller Inklusion hingewiesen, etwa von Interviewpartner*in 6: Die Person nannte als Beispiel die Herausforderung für ehemalige RENAMO-Kämpfer*innen und Nachkommen in besonders ruralen Gebieten, einen Personalausweis zu erlangen. Dafür würden entweder Dokumente wie eine Geburtsurkunde, die viele im Krieg verloren hätten, oder „Zeugen“, die bestätigen könnten, wo die Person geboren ist, gebraucht. Sowohl den

zuständigen Behörden als auch großen Teilen der Landbevölkerung sei es unmöglich, Fahrgelegenheiten, Benzin oder personelle Ressourcen aufzutreiben, um damit zu den Betroffenen oder zur Behörde in die Stadt zu gelangen. Ein Personalausweis sei aber wesentlich, um ein Bankkonto zu eröffnen oder staatliche finanzielle Leistungen wie Pensionszahlungen zu erhalten (I6, Abs. 65, 69): „People are not getting access of a single ID [...]. And they are not get any funds, credit at the banks. This is a financial exclusion, this is social exclusion“ (I6, Abs. 65); „it's still no trust process itself among them between the government, local government, the provincial government and those people. You know, suspicions between them still, you know, [sic] the same that they had in the time of the war“ (I6, Abs. 65). Die in Kapitel 4 thematisierte Problematik der Pensionszahlungen (Saraiva, 2022, S. 82; Vines, 2013, S. 381; Wiegink & Sprenkels, 2022, S. 432) wurde auch von den interviewten Projektteilnehmer*innen aufgegriffen: Ein*e Interviewpartner*in gab an, dass die staatlichen Pensionen für ehemalige Kämpfer*innen zu niedrig seien und unregelmäßig ausgezahlt oder ausbleiben würden (I8a, Abs. 9). Die monatliche Pension betrage 2000 Metical (26,90 Euro), was zu wenig sei (I8a, Abs. 11; I8b, Abs. 13); ein*e andere Interviewpartner*in sprach von 400 Metical (5,30 Euro) pro Monat, womit die Familie nicht ausreichend versorgt werden könne (I9, Abs. 56); beide Angaben konnten nicht überprüft werden, allerdings betonte ein*e Interviewpartner*in die Ungleichheit von Pensionsauszahlungen: „Some receive more, the others less“ (I7, Abs. 116). Aufgrund der niedrigen Summe könnten etwa Kinder der Familien nicht in die Schule geschickt werden, sondern müssten bei der landwirtschaftlichen Tätigkeit mithelfen, um mehr Erträge zu erzielen (I9, Abs. 58, 62): „Life is complicated“ (I9, Abs. 62). Interviewpartner*in 8 nannte 20.000 Metical (269, 30 Euro) als gewünschte monatliche Minimalsumme zum Überleben der Familie.

Die Folge der finanziellen Diskriminierung und des fehlenden Vertrauens sei ein Gefühl der gesellschaftlichen Exklusion: „Some former guerrillas still report feeling excluded from certain benefits; access to opportunities is unequal, and in more remote areas, support did not reach with the same strength. There are even former fighters who have not yet received pensions, and among those who do, the amount is negligible given their living conditions“ (I10, Abs. 24). Damit einher gehe ein Gefühl der nationalen „Unzugehörigkeit“: „There is a generation that grew up without clear references of citizenship or national belonging“ (I10, Abs. 8); gerade diesem gemeinsamen Herausbilden eines Nationalgefühls hatte Fanon in seiner Theorie für eine erfolgreiche Versöhnung einen besonderen Stellenwert eingeräumt (Fanon, 2014, S. 77, 113) und gewarnt, sollte dieser Schritt „übersprungen“ werden, drohten weitere gesellschaftliche Kämpfe und gewaltsame Auseinandersetzungen (Fanon, 2014, S. 201f).

Mehrere Interviewpartner*innen gaben an, eine ehrliche Aufarbeitung der Geschehnisse im Bürgerkrieg und den danach zeitweise gewaltsamen Auseinandersetzungen zu vermissen; darüber zu sprechen, würde „tabuisiert“ oder „zensuriert“ (I1, Abs. 9, 10, 11; I4, Abs. 5). Eine interviewte Person, die sich bis Herbst 2024 in Mosambik aufgehalten hatte, meinte dazu: „It was very much taboo to talk about these issues, to know who were the demobilized soldiers, RENAMO, that was there. It's something that, you know, you never talk just about issues of really true reconciliation and horrible things that happened on the ground“ (I1, Abs. 9). Derartige Versöhnungsarbeit würde von Regierungsverantwortlichen auf allen Ebenen als „abstract issues“ abgetan, so ein*e Interviewpartner*in, „because they don't see the importance of this [...] But there's [sic] small things that make difference and they create a lot of social exclusion in the community that don't care at all“ (I6, Pos. 40). „It's like institutionalization without really reflecting on the horror of the thing“ (I1, Abs. 11) – diese Aussage kann als Kritik am staatszentrierten, liberalen peacebuilding aufgefasst werden, das den Aufbau staatlicher Institutionen vor sozialer Versöhnung priorisiert (Olonisakin et al., 2021, S. 410f; Richmond, 2013, S. 376, 379).

Mehrere Versäumnisse in Zusammenhang mit Versöhnung wurden in den Interviews angesprochen, darunter die ökonomische Ungleichheit und die ungleiche materielle Verteilung. Diese habe einerseits eine geografische Komponente – es herrsche ein starkes Stadt-Land-Gefälle, ehemalige RENAMO-Kämpfer*innen lebten vor allem in ruralen Gegenden mit teils zerstörter oder niemals gebauter Infrastruktur: „schlechte Straßen, kein Strom, wenig Schulen, kaum Wasser“ (I4, Abs. 7) (I4, Abs. 11; I5, Abs. 8, 10; I10, Abs. 4). Ebenso spielten Parteizugehörigkeit und Nähe zur regierenden FRELIMO eine Rolle in der ökonomischen Verteilung (I1, Abs. 9; I4, Abs. 9, 11). Ein*e Interviewpartner*in sprach diese zweifache, ökonomische Ungleichheit explizit an: „Eigentlich gibt es zwei Ebenen. [...] du hast einerseits Stadt-Land auf jeden Fall, also der urbane Bereich ist einfach ein Saugpool, [...] weil Infrastruktur da ist und alles Mögliche und vor allem der Geldkreislauf [...] Andersseits aber auch natürlich auf dieser politischen Ebene, dass die Parteizugehörigkeit natürlich auch ausgrenzt manchmal. Also [...] du kriegst bestimmte Jobs nur, wenn du ein Parteibuch hast, ein entsprechendes“ (I4, Abs. 9). Einmal mehr wurde der Nexus zwischen materieller und sozialer Inklusion erwähnt: „We are still living with the consequences of a prolonged civil war that fragmented the social fabric and left parts of the country — particularly the central region — marked by poverty, exclusion, and mistrust in institutions“ (I10, Abs. 4).

Der politische Dezentalisierungsprozess sei, obwohl vereinbart in mehreren Versöhnungsabkommen, nicht umgesetzt worden, Macht immer noch „sehr stark zentralisiert“ (I5, Abs. 10). Das in Kapitel 4 thematisierte Prinzip zweier Repräsentant*innen auf Regionalebene, ein*e gewählte*r, ein*e von der Regierung bestellte*e, wurde von Interviewpartner*in 1 explizit kritisiert: „At the end it was not really a pure, proper decentralization, so RENAMO and FRELIMO agreed on this to keep power, and it turned bad out for RENAMO. They created two representatives on the political side to keep the power. It is a perpetuation of FRELIMO power on the ground, that is clear“ (I1, Abs. 9). Ebenso wenig sei eine Inklusion in Form politischer Zusammenarbeit geglückt: „But the most challenge, what is still, in terms of politics, in terms of high level, I would say, is the inclusion process“ (I6, Abs. 60).

All die in den Interviews angesprochenen Kritikpunkte gleichen jenen Leerstellen, die bereits von anderen Forschenden genannt wurden (siehe Kapitel 4). Gleichsam können sie nicht nur als Versäumnisse im Versöhnungsprozess nach dem Bürgerkrieg, sondern, weil einige der Probleme ihren Ursprung in der Zeit nach Erlangung der Unabhängigkeit und des Befreiungskampfs haben, auch als Gründe und Auslöser für den Krieg identifiziert werden. Die Herausforderungen ziehen sich demnach durch die Geschichte des postkolonialen Mosambiks. Es sind jene Strukturen – eine chauvinistische Elite als „Einheitspartei“, die alte Strukturen nicht aufricht, sondern für die eigene Bereicherung nutzt; ein fehlendes, einendes Nationalbewusstsein; wirtschaftliche Prozesse, die an neokolonialistischen Strukturen festhalten –, vor denen Fanon als „worst-case“-Szenario nach einem Befreiungskampf gewarnt hatte (Fanon, 2014, S. 127f, 140f); sie haben sich in Mosambik bewahrheitet und noch 50 Jahre nach der Unabhängigkeit das Land fest im Griff.

Auf die Frage, welche Maßnahmen für eine erfolgreiche Versöhnung gesetzt werden müssten und wie eine gelungene Versöhnung aussehen sollte, antworteten die interviewten Personen unterschiedlich: Abermals wurde auf materielle Ermächtigung verwiesen, etwa in Form einer „sozialen, gerechten Verteilung“ der „Einnahmen von Ressourcen“ wie fossiler Brennstoffe oder seltener Erden (I4, Abs. 57); auch der (Wiederauf-)Bau von Infrastruktur wurde genannt (I4, Abs. 30, 57). Neben der materiellen wurde auf die soziale, inkludierende Komponente hingewiesen, etwa in Form freier Meinungsäußerung: Interviewpartner*in 4 charakterisierte eine gelungene Versöhnung als Zustand, in dem „du konfliktfrei überall in Gremien etc. deine Meinung äußern kannst“ (I4, Abs. 57); eine andere Person nannte die Notwendigkeit von Erinnerungskultur und Bildungsmaßnahmen, etwa in Schulen: „It must involve schools that

teach history in a plural way, public ceremonies of remembrance and forgiveness, sustainable investment in formerly war-affected areas, and above all, genuine political will to ensure that no group is ever again marginalized or excluded“ (I10, Abs. 27). Der notwendige politische Wille, der hier angesprochen wurde, wurde in mehreren Interviews genannt und von Regierungsverantwortlichen auf allen Ebenen verlangt (I2, Abs. 25; I6, Abs. 38, 75). Eine interviewte Person zog einen Vergleich zu Südafrikas Truth and Reconciliation Commission (TRC): „[...] there's no being investigation [sic], as far as I know like they did in South Africa“ (I1, Abs. 9).

Inwiefern die materiellen und sozialen Verhältnisse in Mosambik erneut zu gewaltsamen Ausschreitungen führen könnten, waren sich die Interviewpartner*innen uneins: „I think, personally, the peace is going to sustain not only because of what happened with our support or with the Mozambique and government support to the process, but also because there is a lack of interest in supporting fights here“ (I2, Abs. 17); dem entgegen steht die Aussage: „Es kann jederzeit eruptieren und hängt davon letztendlich auch vom goodwill von den verschiedensten Akteuren ab“ (I3, Abs. 16). Beispielhaft wurde auf die gewaltsamen Ausschreitungen und tödlichen Zusammenstöße mit der Polizei nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Oktober 2024 (ICG, 2024) verwiesen (I6, Abs. 83). Um derartigen Entwicklungen vorzubeugen, müsse über die Vergangenheit gesprochen werden: „We cannot escape [...] that, because it's not the things that you say, ah, it's in the past. No, no, no. It's present. It's future also, because we need also to talk about that, then the people know how damage is made and how bad it is, and then convince the people that the way that we are living is not good if we are still in war [sic]. We need to be in peace. To really, you know, to develop the country“ (I6, Abs. 36). Betont wurde die Einbindung aller lokalen Akteur*innen in den Versöhnungsprozess: „It means actively including all actors — women, youth, former combatants, religious leaders, political parties — in a continuous process of listening, sharing, and decision-making“ (I10, Abs. 26). Dieser Appell an ein gemeinschaftliches Vorgehen lässt sich sowohl mit Fanons „neuem Humanismus“ (Fanon, 2014, S. 207f) als auch mit Mandelas Verständnis von vergebender Versöhnung (Mandela, 1978, S. 175) sowie der südafrikanischen Philosophie Ubuntu (Ntibagirirwa, 2018, S. 121f) vereinbaren. Gerade die Annahme von Ubuntu, Vergangenes nicht zu vergessen, sondern zu reflektieren und im gegenwärtigen Leben und in Entscheidungen zu berücksichtigen (Le Grange, 2012, S. 61f), lässt sich in den Aussagen der Interviewpartner*innen, wiewohl von ihnen nicht explizit genannt oder erkannt, wiederfinden.

7.2. Projektisierung von Versöhnung und die Rolle externer Akteur*innen

„It is also true that without this support, many reconciliation initiatives would not have been possible. The issue is not external funding per se, but how it is managed and contextualized” (I10, Abs. 17).

Die Umsetzung von Versöhnungsprozessen in Ansätzen des liberalen peacebuilding und der EZA wurde in Kapitel 3 thematisiert: Verkürzt werden darunter Verhandlungen, Mediation und Methoden der Streitschlichtung verstanden; Ziel ist häufig die Schaffung eines etablierten, formellen Rahmens, in dem Gespräche über Erfahrungen und Probleme Raum finden (Bar-Tal & Bennink, 2004, S. 17ff). Als ebenso wesentlich für den Erfolg von Versöhnungsprozessen werden die Langfristigkeit der Prozesse, die Berücksichtigung der Kontextabhängigkeit und die Einbettung in die lokalen Strukturen gesehen (Bar-Tal & Bennink, 2004, S. 23f; Lederach, 1997, S. 130f; Mahmoud, 2021, S. 166f). Eine Projektisierung von Versöhnung wird unter anderem von Lederach kritisiert, weil dadurch Versöhnung an Faktoren wie Messbarkeit, Zeitaufwand, finanzielle Ressourcen und konkrete Zielsetzungen gebunden sei (Lederach, 1997, S. 130f). DDR-Programme dienen wie beschrieben als eine Methode von Versöhnung; Kritiker*innen bemängeln jedoch, dass in der Praxis teils zu wenig Fokus auf eine soziale und wirtschaftliche Reintegration gelegt worden sei – mitunter weil sich dieser Prozess als wesentlich zeitaufwendiger und komplexer als die Entwaffnung und Demobilisierung ehemaliger Kämpfer*innen äußere, Ergebnisse Zeit benötigten und schwer zu messen seien (Ayissi, 2021, S. 143f). Gleichzeitig dürften DDR-Programme nicht nur auf die zu integrierenden, ehemaligen Kämpfer*innen abzielen, sondern müssten auch andere Gruppen berücksichtigen – sonst drohe, dass die Maßnahme als „Belohnung“ für Gewalt wahrgenommen würde und zu einer weiteren Spaltung der zu einenden Bevölkerung führe (Bigombe, 2021, S. 67f; Ayissi, 2021, S. 149). Diesen Appell der Inklusion findet man auch bei Mandela (Mandela, 1978, S. 175) – „he wanted to liberate both the oppressed and the oppressor” (Chandhoke, 2021, S. 30).

In den Interviews wurde die allgemeine Kritik an der Projektisierung von Versöhnung eher weniger thematisiert; meist wurde von Beginn des Gesprächs an Referenz gezogen zum Projektbeispiel DELPAZ (I3, Abs. 36; I4, Abs. 19, 21; I5, Abs. 17; I10, Abs. 17). So wurde etwa auf den Kritikpunkt der Kurzfristigkeit von Versöhnungsprojekten eingegangen: „At the level of reconciliation processes obviously they are longer than projects that we can do, but again I think it helps [...] they need to be seen much of a longer process that goes beyond the actual four or five years where you can invest [sic]. You need to go in a long-term approach, for sure,

and try to solve, again, some of the structural issues that are related to marginalization, the exclusion of some people [...] But I think it's not only a problem of reconciliation, post-conflict approaches, but of general approaches to development. We're working [on] very tight timelines. Our projects are four or five years" (I1, Abs. 25), so eine interviewte Person, die auf dieselbe Herausforderung bei EZA im Allgemeinen verwies. Die Person betonte die Notwendigkeit eines größeren, politischen Versöhnungsprozesses, in den einzelne Projekte eingegliedert sein müssten: „It needs to be integrated in a more comprehensive, more long-term, more structural, more political process. But it's a small tool that can help and it's what we have" (I1, Abs. 25); diese Ansicht fand sich auch in einem zweiten Gespräch wieder (I4, Abs. 46). Kritik an der Kurzzeitigkeit von Projektarbeit kam in mehreren Interviews vor (I2, Abs. 27; I4, Abs. 42; I10, Abs. 16); lokale Unterstützung und Einbindung wurde als wesentlich erachtet (I2, Abs. 49; I5, Abs. 39; I10, Abs. 19).

In zwei Gesprächen wurde implizit auf die Gefahr des unreflektierten „Überstülpens“ von europäischen Ansichten und Methoden auf Versöhnungsprozesse hingewiesen: „Sometimes we're demanding on our side, let's say the European view saying you should do things the way I'm saying [...] sometimes we also have a hard time understanding that they would like maybe to find their own ways" (I2, Abs. 21); „wir haben eine Strategie, die haben uns die [...] gegeben, und wir machen das so, ja, weil das ist halt in den letzten Diskussionen zwischen den Partnern vereinbart worden. Das heißt, wir fahren jetzt diese Strategie der Diskussion, der Versöhnung, der Konzepte. [...] Dann ist schon eine Zeit um und dann merkt man eigentlich, eigentlich haben wir das jetzt ein bisschen zu drastisch da reingedrückt“ (I4, Abs. 19).

Auf die Notwendigkeit der Inklusion der gesamten Bevölkerung in DDR-Programme wurde in zwei Interviews explizit hingewiesen: „Wenn du nur einen DDRs oder fünf DDRs förderst und die anderen nicht, das ist ja wieder Ausgrenzung. Das geht nicht“ (I4, Abs. 32); „if we focus only to those ex- combatants, we give the idea that it's good to create a war in order to benefit“ (I6, Abs. 10). Eine Inklusion sei sinnvoll, selbst wenn etwa Regierungsverantwortliche damit eigene Interessen verfolgten: „Also auch die Einbindung von den locals, das sind alles FRELIMO-Leute, und trotzdem aber waren die irgendwie eingebunden und waren irgendwie auf dem drive, dass sie sagen, ok, das unterstützen wir, das ist gut, das bringt ja auch zusätzliche Gelder [...] also die waren sehr engagiert“ (I3, Abs. 53). Ein*e Interviewpartner*in kritisierte, dass in vergangenen DDR-Programmen die Komplexität der Wiedereingliederung nicht berücksichtigt worden sei: „Historically, DDR programs in Mozambique have struggled to achieve lasting results. Many focused on the delivery of goods, pensions, or logistical support,

often ignoring the complexity of former combatants' return to civilian life" (I10, Abs. 10). Darunter kann man die Vernachlässigung sozialer und psychischer Faktoren der Wiedereingliederung verstehen, die auch in der Literatur bei DDR-Programmen fallweise vermisst wurden (Bigombe, 2021, S. 76).

In der Frage nach handelnden Akteur*innen wird in der Literatur, wie in Kapitel 3 beschrieben, oftmals zwischen „top-down“- und „bottom-up“-Ansätzen unterschieden (Ali & Matthews, 2004, S. 7; Lederach, 1997, S. 44; Mahmoud, 2021, S. 20); mitunter werden sie als sich ergänzende Vorgehen verstanden (Lederach, 1997, S. 39). Während „top-down“-Ansätze aus kritischer Perspektive eher abgelehnt werden, stehen auch „bottom-up“-Ansätze in Kritik, sofern sie „von oben“ implementiert oder gefördert werden – zu befürchten sei eine nur scheinbare Umsetzung, die weiterhin die Interessen der Elite widerspiegle (Maschietto, 2016a, S. 104, 107, 117). Ziel kritischer, postkolonialer Perspektiven ist die Unterstützung der Eigenständigkeit und Selbstbestimmung von Zivilgesellschaft und „grassroots“-Bewegungen.

Die Rolle externer Akteur*innen in Versöhnungsprozessen wurde von der Mehrheit der Interviewpartner*innen positiv gewertet; Projektmitarbeiter*innen und Projektteilnehmer*innen stützten diese Ansicht auf die individuellen, positiven Wahrnehmungen und Erfahrungen, die sie vor Ort erlebt hatten (I1, Abs. 29; I2, Abs. 29, 31; I4, Abs. 26; I5, Abs. 39): „Wir haben ein gutes Standing gehabt, gegenüber der Bevölkerung als auch gegenüber der Regierung“ (I3, Abs. 26); „that what you do, it's a win-win-situation. You bring a water point to [...] women that didn't have to walk for four hours [anymore] [...] They will, maybe for the wrong reasons, but they will see you, you know, like this is a nice country or group of countries that have been helping them. So that's the feeling I always got" (I1, Abs. 29); „DELPAP makes a big difference“ (I7, Abs. 96); „DELPAP is welcome here“ (I8, Abs. 33). Betont wurde die Neutralität, die den EZA-Mitarbeiter*innen im Projektgebiet zugesprochen worden sei (I4, Abs. 26): „My feeling is, they see the European Union as neutral, that's not really true. But the organization that is there, I don't think they saw it that we were very biased [sic]. I never had that feeling" (I1, Abs. 29). Einzelne Unterschiede gab es im Verständnis, wer als externe*r Akteur*in wahrgenommen wurde: Sowohl Diplomat*innen, „honest brokers“ (I3, Abs. 10) und vermittelnde Vertreter*innen als auch Geberländer oder OEZA-Mitarbeiter*innen (I3, Abs. 18; I5, Abs. 39; I4, Abs. 26) wurden genannt, wiewohl in den Gesprächen vorrangig auf die Rolle externer Akteur*innen im EZA-Bereich eingegangen wurde.

Dennoch verwiesen einige Interviewpartner*innen auch auf negative Erfahrungen: Zwei Interviewpartner*innen sprachen von einer wachsenden Skepsis gegenüber externen Akteur*innen in Teilen der Bevölkerung: „There is a very strong post-colonialist feeling why somebody from the North should tell us how to do things, because they have money. [It’s] Stronger now. I mean, I’ve been working in this stuff for more than 20 years, and I can see just a change in the minds” (I1, Abs. 31); „since the elections, the last elections, there has been some sort of negative perception” (I2, Abs. 29). Ein*e Interviewpartner*in identifizierte vier Gruppen, die Kritik gegen externe Akteur*innen erhoben: „The people that are very tired of the current government. [They say] that we are not supporting proper democratic transition, that we are failing to do that” (I1, Abs. 29); „the young urban people [...] they are more aware that [...] a big part of the system is dependent on foreign aid, for example health, [...] they are a bit educated and have more access to social media, [...] they are very frustrated with not having a job and not benefiting from the development of the country, and they see the foreign aid as a perpetuation of this system” (I1, Abs. 33); ebenso würden Mitarbeiter*innen aus dem EZA-Bereich Kritik üben: „Colleagues of us that have been working in paid jobs [...] their life has been basically funded by external aid, but they’re very critical of what we’re doing” (I1, Abs. 33) – die interviewte Person sprach von einer „schizophrenen Situation”: „That feeling [...] I am part of the system, but I don’t like it” (I1, Abs. 33); auch Teile der Regierung stünden externer Hilfe negativ gegenüber: „Among government [...] there is a bit of a discourse saying that foreign aid should not interfere with our political decisions [...] but at the end of the day they will be happy to see the millions coming in their country” (I1, Abs. 33).

Gleichzeitig wurde auf die Möglichkeiten externer Akteur*innen verwiesen, diskriminierende oder marginalisierende Praktiken von Regierungsverantwortlichen zu umgehen, oder generell derartige Programme finanzieren zu können: „They say, okay, this project gives me opportunity, but if I’m going to the government entities trying to get some support, I will not get it“ (I6, Abs. 15); „to be honest, I think without the support that we provide to the government, there would not be a possibility of what we achieved“ (I6, Abs. 40); „external actors such as the European Union, ADA, and AICS have played an important role in financing, coordinating, and technically supporting reconciliation processes in Mozambique. Without their support, many districts would not have the minimum capacity to implement structural actions” (I10, Abs. 13). Allerdings muss angesichts der engen Zusammenarbeit von EZA mit nationalen oder regionalen Regierungsverantwortlichen auf die Begrenztheit dieser „Umgehung“ hingewiesen werden; gerade das liberale peacebuilding zielt auf die Stärkung staatlicher Strukturen und die Verbreitung liberaler Werte und Narrative ab, und betrachtet die staatliche Ordnung als

Gehilfin, nicht als Gegnerin (Maschietto, 2016a, S. 105; Njoku & Bondarenko, 2018, S. 5f; Olonisakin et al., 2021, S. 411; Richmond, 2013, S. 381).

Einige Interviewpartner*innen stellten weniger die Einmischung externer Akteur*innen in Frage als Methode, Art und Weise des Vorgehens – diese Ansicht wurde in Kapitel 3 kurz erwähnt (Aiken, 2013, S. 26): „Du kannst nicht hinkommen und da als Akteur agieren und dann sagen, okay, wir sind wieder weg, sondern du musst schon die Leute soweit ausbilden bringen, dass sie dann auch selbst das katalysieren und weiterbringen [...] Ich glaube, das ist sogar sehr wichtig, dass du externe Akteure hineinbringst, die sensibel und gut damit umgehen, wie sie die Schulungen machen, wie man das vermitteln kann und das eine Basis ist, wo sich das dann selbst weiterträgt. Und dann musst du dich rausnehmen, das heißt, das muss zeitbegrenzt sein. Manchmal ist es vielleicht zu kurz, da muss man sagen, okay, dann machen wir noch ein paar Jahre“ (I4, Abs. 17). Oder wie es Interviewpartner*in 10 zusammenfasste: „Their usefulness depends on their ability to listen and adapt“ (I10, Abs. 14). Die Einbindung lokaler Akteur*innen wurde in nahezu allen Gesprächen als unerlässlich empfunden, und wurde von Interviewpartner*in 5 als Mitgrund für die positive Wahrnehmung vor Ort gesehen: „Da [ins Projektgebiet] geh ich ja nicht alleine hin, sondern da geh' ich halt quasi mit unserer Gender-Advisorin hin“ (5, Abs. 39). Gleichzeitig wurde die mosambikanische Regierung in der Verantwortung gesehen, den Versöhnungsprozess aktiv zu gestalten (I2, Abs. 25).

Zusammenfassend wurde die Arbeit externer Akteur*innen überwiegend als „sehr schwierige Aufgabe“, die besondere Vorbereitung benötige (I4, Abs. 19), wahrgenommen; gleichzeitig aber als wesentlich, um einen Versöhnungsprozess einzuleiten oder zu beschleunigen: „[...] weil irgendwann, in 300 Jahren, wird man zum Reden anfangen müssen. Und je kürzer das ist, desto weniger schmerzhaft ist es für die Zivilbevölkerung und für die Wirtschaft und für alles Mögliche. Insgesamt müssen wir versuchen, diese Zeit zu verkürzen“ (I3, Abs. 10); „wo eben bestimmte Meinungen so eingefahren sind [...] und dann ein Neutraler kommt und sagt, Moment, schau dir das mal so an, schau das mal aus dieser Sicht etc., also das hat schon eine wichtige Rolle, dass das ein Externer macht, das macht Sinn“ (I4, Abs. 17). Aus *Die Verdammten dieser Erde* (2014) lässt sich ableiten, dass Fanon, wenn überhaupt, eher die Unterstützung benachbarter, afrikanischer Länder oder einer panafrikanischen Organisation in der Rolle externer Vermittler*innen in Versöhnungsprozessen befürwortet hätte (Hudis, 2015, S. 93). Mandelas TRC in Südafrika hatte auf externe Akteur*innen verzichtet und ausschließlich auf lokale Politiker*innen oder religiöse Amtsträger*innen wie Erzbischof Desmond Tutu gesetzt (Yadav, 2007, S. 51); wohl auch mit Blick auf die Förderung einer

(süd-)afrikanischen Eigenständigkeit, einer „Wiederherstellung Afrikas“, so auch der Slogan der TRC („Afrika Mayibuye“, Hagemann, 2013, S. 7; Mandela, 1978, S. 154).

7.3. Fallbeispiel DELPAZ

„DELPAZ is undoubtedly one of the most relevant and sensitive programs implemented in the post-Maputo Accord context“ (I10, Abs. 19).

7.3.1. Versöhnungsmaßnahmen und soziale Inklusion

Wiewohl sich der Programmteil DELPAZ Sofala primär auf die materielle Ermächtigung und wirtschaftliche Inklusion ehemaliger Kämpfer*innen fokussierte, waren Versöhnungsmaßnahmen ein wesentlicher Bestandteil. Die Maßnahmen umfassten die Schaffung von Gesprächsräumen (I4, Abs. 13) als auch Versuche der Wertevermittlung und allgemeinen Konfliktbewältigung (I4, Abs. 13; I5, Abs. 23): „Diese Thematik haben wir mit hineingenommen und gleich am Anfang einmal überlegt, was müssen wir tun [...] Und daraus hat sich dann eben das ergeben, dass man diese Camps, diese Solidarity Camps macht, diese Events und in der Community diese Gesprächsräume“ (I4, Abs. 21); „es hat dann auch die ADA eine Schulung gemacht von den Dorfleitern, also den Dorfältesten und den Bezirksverwaltern, [...] die dann auch mit denen auch im täglichen Leben zu tun haben“ (I4, Abs. 15); „we organized this conferences, peace conferences“ (I6, Abs. 34).

Das Vorgehen, so Interviewpartner*in 4, wurde abgestimmt mit Partnerorganisationen und anderen Projektträgern, Regierungsverantwortlichen und lokalen Expert*innen, ohne diese näher zu definieren: „Wir haben das schon versucht in der Diskussion mit den Partnern und auch mit entsprechenden Studien, so wie das Social Mapping oder auch mit der Konfliktsensibilität von den Instituten in der Uni, [...] haben sich schon ausgetauscht mit denen und diskutiert einmal, was kann man machen“ (I4, Abs. 21). Offiziell wurde mit den von der Nationalregierung gestellten Provinzvertreter*innen zusammengearbeitet, jedoch wurde informell laut Interviewaussagen auch Rückmeldung bei oppositionellen RENAMO-Vertreter*innen eingeholt: „Before we did the baseline, we had a meeting with the commission of delegation of RENAMO, the government and Peace Secretariat to define which this is to work with“ (I6, Abs. 12); „the areas were decided [...] with the government, with the central government, never with RENAMO, [...] although there were some sort of informal discussions with RENAMO and very informally in parallel the ambassador checked with the RENAMO leadership at the time, what they thought about“ (I1, Abs. 13). Ebenso sei für Entscheidungen, was mit den finanziellen Mitteln finanziert werden solle, aktiv die Meinung von

demilitarisierten Kämpfer*innen eingeholt worden (I4, Abs. 32; I6, Abs. 8). Die Wichtigkeit der Inklusion aller Beteiligten, auch die Bevölkerung, in die die ehemaligen Kämpfer*innen eingegliedert werden sollte, wurde in Kapitel 3 betont (Ayissi, 2021, S. 148).

Die Interviewpartner*innen bewerteten die Arbeit von DELPAZ in diesem Bereich grundsätzlich positiv (I10, Abs. 20, 23): „Ich hatte das Gefühl, es wirkt“ (I5, Abs. 17); „so wie es wir implementieren, ist es eigentlich eine projektgewordene confidence building measure“ (I3, Abs. 36); „DELPAZ brought a more holistic approach, integrating material support, symbolic reception, and productive integration. The involvement of churches, local leaders, and women in the reintegration process proved to be effective“ (I10, Abs. 19). Beispielhaft wurde auf Erlebnisse in Gesprächsrunden verwiesen: „One of the ladies was a soldier. And she was like, see, in front of everyone, [...] I had to kill some people. I'm so sorry. I'm sorry. But I hope that you understand that in the time that I was there, I was on the other side of the process. Now I want you to forgive me, and I want you to accept me in the community as a brother, as a sister, in order to be together. And together, we are going to onwards“ (I6, Abs. 30); „and then at the end they're all were saying, I forgive everyone. I forgive everyone. Even those who are killing my brother“ (I6., Abs. 28). Diese Versuche der Geständnisse und der Vergebung, im Kleinen und auf lokaler Ebene, ähneln am ehesten Südafrikas TRC; Vergleichbares ist in Mosambik auf nationaler Ebene nie implementiert worden.

Die im Fallbeispiel gesetzten Maßnahmen sind eindeutig dem „top-down“-Ansatz zuzuordnen; sie entstammen der Zusammenarbeit zwischen Organisationen von Geberländern mit Regierungsverantwortlichen und NGOs, und nicht direkt aus der Zivilgesellschaft (Ali & Matthews, 2004, S. 7; Lederach, 1997, S. 44; Mahmoud, 2021, S. 20). Leerstellen, die dieser Ansatz mit sich bringt, werden im Unterkapitel 7.3.4. thematisiert. Dennoch muss bei DELPAZ die Mitarbeit der Bevölkerung betont werden, ohne der die Maßnahmen kaum erfolgreich hätten sein können.

7.3.2. Materielle und wirtschaftliche Ermächtigung

Das folgende Unterkapitel soll einzelne Maßnahmen der wirtschaftlichen Ermächtigung des Fallbeispiels DELPAZ Sofala aufzeigen, die die materielle Komponente von Versöhnung beschreiben. Ein Beispiel eine*r Interviewpartner*in stellte den Nexus zwischen sozialer und materieller Versöhnung besonders gut dar: Für eine Landwirtschaftsmesse in Maputo im Herbst 2024 wurden die Erträge der Landwirt*innen aus der Region eingesammelt, um sie in der Hauptstadt zu verkaufen. DELPAZ Sofala hatte während der Projektlaufzeit Saatgut und

landwirtschaftliches Equipment, für die Landwirtschaftsmesse das Auto und das notwendige Benzin bereitgestellt (I5, Abs. 35; I6, Abs. 25). Nicht alle Dorfbewohner*innen konnten sich auf die mehrtägige Reise machen; es wurde eine Gruppe Frauen geschickt, um die Produkte zu verkaufen und den Erlös zurück in die Gemeinde zu bringen. Der Marktbesuch war gleichzeitig eine wirtschaftliche Ermächtigung als auch eine Vertrauensprobe: „You can imagine the trust that they had to give to those who were the group, to whom you are going to say, please, this is my thing, please go trying [sic] to sell this. When they come back with [...] and give them back the money, you know, very trust in very transparent way [sic]” (I6, Abs. 25). Die interviewten Projektteilnehmer*innen betonten den Nutzen, den sie durch DELPAZ gehabt hätten: „DELPAZ has brought good service“ (I8a, Abs. 29); „the government is not helping at all“ (I8b, Abs. 13); „if he were not in DELPAZ, he couldn't live well with his family, because what he has received, like salary, [...] is not enough. So from DELPAZ, he received helping enough [sic]” (I9, Abs. 72). Interviewpartner*in 8 berichtete von Mais und Bananen, die mithilfe des Projekts angepflanzt, geerntet und verkauft worden seien (I8a, Abs. 31, 43)

Der Problematik fehlender Personalausweise und der damit einhergehenden finanziellen Exklusion und Benachteiligung, etwa durch die Unmöglichkeit einer Kreditaufnahme oder der Auszahlung von Pensionen, versuchte man im Rahmen des Projekts durch informelle „saving groups“ zu begegnen: „We do these saving groups that the people even without the ID can together save some money [...], they have the kind of business plan, what they are going to do with the money that they are saving, you know” (I6, Abs. 73). Kleingruppen legten ihre Einnahmen zusammen, um größere Investitionen zu ermöglichen; das Geld wurde mit niedrigen Zinsen wieder zurückgezahlt. Die Folge dieser wirtschaftlichen Zusammenarbeit: „Former combatants are no longer viewed as threats or societal burdens but as productive and respected actors in their communities” (I10, Abs. 23).

Beide Maßnahmen weisen, obwohl auf individuelle, wirtschaftliche Ermächtigung ausgelegt, auch einen gemeinschaftlichen, fast schon genossenschaftlichen Charakter auf – vergleichbar mit der Vorstellung Fanons eines neuen Menschenbildes, das auf das gesellschaftliche Wohl vor dem Vorteil des Individuums und auf die gesellschaftliche Teilhabe aller abzielt (Fanon, 2014, S. 207f). Die Voraussetzungen für diesen „neuen Humanismus“ erkannte Fanon in der traditionell geprägten, ländlichen Bevölkerung, der niedrigsten Klasse der Gesellschaft (Fanon, 2014, S. 95) – jene Gruppe, auf die auch DELPAZ abzielte: „Es ist einfach so, dass die Landwirtschaft das Erste ist, was für die Nahrungsmittelversorgung für die Leute wichtig ist. Also nicht nur jetzt für die DDR, sondern für alle Communities. Und wir haben ja das

Augenmerk auch darauf gelegt, dass die Gemeinschaft gefördert wird, also die Community als Ganzes“ (I4, Abs. 32). Ein*e Interviewpartner*in räumte ein, dass dieser gemeinschaftliche Fokus aufgrund aktueller Ereignisse oder limitierter Ressourcen langfristig nicht immer erfolgreich gewesen sei: „So they are trying to make these associations, so they sell the product altogether, so they get bigger income. As soon as there is a crisis, one of these climate things, a shock, they will stop“ (I12, Abs. 77); „they always fall into individualism and selfishness, so it's every man for himself“ (I2, Abs. 27).

Gleichzeitig seien große Teile der finanziellen Mittel in den Bau allgemein benützbarer Infrastruktur geflossen, darunter Wassersysteme und Lager für Ernteerträge (I2, Abs. 75; I3, Abs. 42); neben der Förderung wirtschaftlicher Teilhabe sollte so auch einer Landflucht vorgebeugt werden: „Sie sagen, wir würden eigentlich gerne am Land leben, aber gibt's nix, müssen wir weg. Aber wenn's was gäbe, dann gehen wir alle lieber gerne wieder zurück, das sagt hier jeder“ (I4, Abs. 32); „sonst sind sie in den Slums von Beira oder Maputo und sind auch leichter radikalisiert [angesichts] Verelendung und keine Perspektiven“ (I3, Abs. 38). Die Vernachlässigung des Wiederaufbaus wichtiger Infrastruktur in vom Bürgerkrieg betroffenen Regionen wird von Zivilgesellschaft und Academia seitdem kritisiert; postkoloniale Kritiker*innen sehen die Verantwortung nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei der internationalen Gemeinschaft, die Mosambik zu einem neoliberalen Austeritätsprogramm gezwungen habe (Costy, 2004, S. 159f; Hanlon, 2010, S. 86; Maschietto, 2015, S. 25; Sabaratnam, 2017, S. 95).

Die Interviewpartner*innen wiesen auf die Mitsprache der Projektteilnehmer*innen in der Entscheidungsfindung, wofür Gelder ausgegeben werden sollten, hin (dieser widmet sich das Kapitel 7.3.3. ausführlich): Saatgut, Schädlingsbekämpfung, Ausstattung für Agrarwirtschaft, Bienenstöcke, landwirtschaftliche Ausbildung (I3, Abs. 42; I4, Abs. 34; I10, Abs. 20, 23): „Die, die dann von der Infrastruktur profitieren sollen, die können entscheiden, was da jetzt gebaut wird und wo es gebaut werden soll und ich finde, das ist halt echt so eigentlich ein Paradebeispiel dafür, wie man es halt machen kann und wie es auch getan werden sollte“ (I5, Abs. 19). Dennoch hatte diese Mitsprache Grenzen: So verwiesen einige Interviewpartner*innen auf logistische Hürden oder limitierte Ressourcen, die die Entscheidungsmacht der Projektteilnehmer*innen einschränkten: „Die dritte Stufe waren dann Schule oder Gesundheitsposten. Das ist natürlich von den finanziellen Ressourcen her ein Thema, weil Schule bauen [sic], erstens musst du dann überlegen, wie groß, was sind die Kosten sind, und Sanitätsposten genauso, gibt es dann Ärzte, gibt es dann Lehrer dafür, etc. Das hätte

auch budgetmäßig bestimmte Teile verbraucht“ (I4, Abs. 34); „[you need to] balance between, okay, should you try to reach the places that are more needed or they don't have anything, but then you have to consider logistics if you can obtain deliver anything because no contractor can go there with a machine because it's just too far, too wet and nobody wants to do anything, which is the case. It was very difficult to then have people doing these constructions. So you have to balance that“ (I1, Abs. 17).

Die Förderung von kleinbäuerlichen Strukturen und Subsistenzlandwirtschaft wurde von OEZA-Mitarbeiter*innen und Projektteilnehmer*innen als effizient und sinnvoll gesehen, um ein Minimum an Nahrungssicherheit und wirtschaftlicher Teilhabe, kurzum „ein Überleben in Würde“ (I3, Abs. 38), zu gewährleisten: „It has the potential to be, let's say, the vehicle through which these people find a sustainable way of living that allows them not to go back to war“ (I2, Abs. 17). Allerdings kann dieser Fokus beispielhaft für die in Kapitel 3 angemerkte Kritik gesehen werden: Subsistenzwirtschaft reicht, wie von Interviewpartner*in 3 auch benannt, zum „Überleben“, selten aber für einen Wohlstandaufstieg oder eine graduelle Verbesserung der sozio-ökonomischen Lebensverhältnisse (Sabaratnam, 2017, S. 108). Ein*e Interviewpartner*in fand drastische Worte für die auf Subsistenzlandwirtschaft bauende Agrarwirtschaft Mosambiks: „Our system of agriculture [causes] famine“ (I7, Abs. 108); „we have small farmers which their [sic] agriculture depends on the rain of God“ (I7, Abs. 110). Notwendig wäre laut Kritiker*innen eine breite Mechanisierung von Landwirtschaft, wie zwei Interviewpartner*innen explizit thematisierten: „Das ist ein ganz kritisches Thema, weil [...] die Landwirtschaft nicht ausreichend mechanisiert ist, sodass du durch Bewässerungssysteme mehrere Produktionsperioden hast oder auch eine Qualität liefern kannst, die praktisch im ganzen Land verkaufbar ist“ (I4, Abs. 54); einige entsprechende Anliegen der Bevölkerung wurden allerdings als wenig sinnvoll erachtet: „Sie wollten auch Traktoren, sie wollten auch andere Maschinen, [...] das kann natürlich auch kommen, aber wenn der Bauer einen Hektar bearbeitet und da muss er ja ein bisschen wachsen, dass er dann den Traktor halten kann, also das wäre auch dann vielleicht nicht sinnvoll gewesen“ (I4, Abs. 32). Stattdessen wurde etwa der Bau von kostengünstigeren, kleinen, solarbetriebenen Bewässerungsanlagen, die Wasser aus einem Fluss auf die Felder leiteten, unterstützt: „With DELPAZ we helped with small systems of batteries for some groups or farmer men“ (I7, Abs. 114). Die Verantwortung für strukturelle Landreformen wurde in den Interviews, vor allem von den OEZA-Mitarbeiter*innen, bei der Regierung gesehen (I4, Abs. 52). Dennoch muss zu denken geben, dass der Fokus auf Subsistenzlandwirtschaft bereits in den 1990er-Jahren Teil der DDR-Programme gewesen ist (Hanlon, 2010, S. 81; UN Security Council, 1994, S. 6; Vines, 2013,

S. 380; Wiegink, 2020, S. 39, 145), sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den vom Bürgerkrieg betroffenen Gebieten trotz jahrzehntelanger EZA vor Ort kaum verbessert haben.

7.3.3. Dezentralisierung

„Die perception vom Großteil der Bevölkerung und der RENAMO war: korrupte Elite, die machen nur Sachen, die für sie gut sind, wir kriegen nix, wir sind ausgeschlossen. Und das müssen wir ändern“ (I3, Abs. 36).

Wiewohl DELPAZ Sofala nicht explizit zum EU-Pfeiler, der auf Dezentralisierung abzielte, zugeordnet wurde, diente die Stärkung lokaler, administrativer und Regierungsstrukturen als eine Maßnahme zur Versöhnung der Bevölkerung. Wie in der Projektbeschreibung dargestellt, nutzte die ADA die nationalen und lokalen Regierungsstrukturen für die Projektarbeit; die finanziellen Mittel flossen ins Budget der Regierungsverantwortlichen, aus dem Infrastrukturprojekte und individuelle Unterstützungsmaßnahmen finanziert wurden (I2, Abs. 37): „Wir haben gesagt, wir arbeiten mit der Regierung, also wir haben einen Vertrag mit der Provinzregierung. Wir haben zwar kleinere Budgetmöglichkeiten für NGOs, [...] aber der größte Teil des Geldes geht an die Regierung“ (I3, Abs. 36); „what we try to do since the beginning is that all the things that we are doing, we put the government in front of all this process“ (I6, Abs. 23).

Begründet wurde dieses Vorgehen mit der Förderung von Subsidiarität und der Stärkung „lokaler Kapazitäten“ (I5, Abs. 19); Dezentralisierung wird sowohl von postkolonialen (darunter Mandela, Hagemann, 2013, S. 141) als auch liberalen Ansätzen als bedeutend für einen Versöhnungsprozess gesehen (Aiken, 2013, S. 27) und wurde in vergangenen Versöhnungsprozessen laut Kritiker*innen nur in geringem Maße umgesetzt (siehe Kapitel 4, Costy, 2004, S. 165; Maschietto, 2016a, S. 165, 2016c, S. 104).

Andererseits sollte die Stärkung lokaler Strukturen als Maßnahme dienen, um Vertrauen zwischen ehemaligen Kämpfer*innen und Regierungsverantwortlichen zu schaffen und ein Wiederaufflammen von Gewalt zu verhindern: „The logic of intervention of the program was that through some feeling that the public services were reinvesting in your village and the economy was booming, you reintegrate because you were helping to plan that and you were getting a breach or whatever, then you would feel less marginalized and then you would not go to arms“ (I1, Abs. 11); „they need to go there, to show themselves there, that I'm here to discuss with you. And then people don't [sic] afraid to talk“ (I6, Abs. 73). Ein*e Gesprächspartner*in wertete den Ansatz der ADA positiver als die Umsetzung des DELPAZ-Projekts durch AICS,

die mit NGOs statt mit der Regierung zusammenarbeitete: „Das ist ein Unterschied, [...] weil die Italiener stellen das hin, da ist ein bisschen die Gefahr, da sagst du, ja, die Italiener sind eh super, aber die Regierung ist blöd. Aber bei uns kommt die Regierung hin mit dem Bürgermeister, mit dem Provinzgouverneur oder sonst wem, und die sagen, das ist für euch, super, dass ihr mithelft, und schauen wir, dass wir das gut in Stand halten. Estamos juntos, wir sind zusammen. Das ist die confidence building measure“ (I3, Abs. 42).

Wie und wo das Geld verteilt werden sollte und welche Bevölkerungsgruppen von dem Projekt profitieren sollten, wurde mit Regierungsverantwortlichen auf mehreren Ebenen ausgehandelt (I4, Abs. 36, 38; I5, Abs. 17); informelle Gespräche habe es auch mit der oppositionellen RENAMO gegeben (I1, Abs. 13). Ebenso hätten die Projektteilnehmer*innen ein Mitspracherecht in der Entscheidungsfindung gehabt (I3, Abs. 40; I4, Abs. 40; I5, Abs. 19) (siehe Unterkapitel 7.3.2.). Ein*e Interviewpartner*in lobte die Inklusion ehemaliger Kämpfer*innen in die Entscheidungsprozesse: „Thanks to DELPAZ, they have access to participate in the decisions of the government“ (I7, Abs. 120). Dieses Vorgehen deckt sich mit Fanons Vorstellung, wie finanzielle Mittel aus dem Globalen Norden die ehemals kolonialisierten Ländern in ihrer Entwicklung unterstützen sollten – in Form eines Geldtransfers, über den die Empfängerländer selbstbestimmt entscheiden könnten (Fanon, 2014, S. 86).

Ziel war laut Interviewpartner*innen die Unterstützung der am stärksten vom Bürgerkrieg betroffenen Bezirke in den Provinzen. Mehrere Interviewpartner*innen betonten, dass dabei auf Listen des UN Peace Process Secretariat zurückgegriffen wurde, die die Namen der ehemaligen Kämpfer*innen beinhalteten: „The idea was to base them on the frequency of the violent conflict in the past, so basically try to get data of incidents that have been happening and going to the districts that were more affected by the conflict, rather than [rely on] socio-economic data. So rather than say, okay, this is the poorest of the districts, we will go to the areas where there have been more incidents [...] we tried to base it on a database on conflict rather than on socio-economic“ (I1, Abs. 13). Bei der Auswahl der Einzelpersonen oder einzelner Bevölkerungsgruppen innerhalb der Bezirke sei auf lokale Erfahrungen und Berichte zurückgegriffen worden (I3, Abs. 40; I6, Abs. 17); gleichzeitig verwiesen zwei Gesprächspartner*innen auf die Herausforderung des Abwägens, wie und wo Ressourcen am effizientesten eingesetzt seien (I1, Abs. 17): „Then we asked the local authority, can you choose those most vulnerable families in your area that you think might be better to support compared

to the other ones, you know, that have more, I would say more means to develop agriculture, for example. And this [...] in my point of view, was very transparent” (I6, Abs. 15).

Die Beteiligung der Lokalregierungen an dem Projekt sollte ebenso dazu dienen, das Weiterbestehen der Maßnahmen und die Langfristigkeit der Erfolge nach Auslauf des Programms im Frühling 2025 sicherzustellen. Durch diese Einbindung sollte das Gefühl der Verantwortlichkeit bei den Regierungsverantwortlichen gestärkt werden. Ein*e Interviewpartner*in nannte dieses Vorgehen „exit strategy“ (I6, Abs. 21): „The authority takes the responsibility to follow up this process and then [...] they're still doing [it] even without our presence then” (I6, Abs. 19).

In den Interviews wurde dieses Vorgehen der ADA als positiv wahrgenommen: „Ich glaube, [dass das] wirklich ein Vorteil war, auf Bezirksebene zu arbeiten und mit den Bezirksautoritäten und quasi auch irgendwie wirklich diesen Prozess sozusagen von innen heraus zu gestalten. [...] Also ich find das ist eigentlich ein Beispiel für Ownership“ (I5, Abs. 17, 19); „it's very good because I think it gives them an extra chance of being able to manage more resources” (I2, Abs. 45). Wiewohl etwa der Auswahlprozess der Bezirke als transparent, nachvollziehbar und in Einklang mit den geäußerten Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung beschrieben wurde (I6, Abs. 15, 17), wurde dennoch eingeräumt, dass die letzte Entscheidung bei der Regierung gelegen sei und vereinzelt eine Verzerrung durch die Verfolgung eigener Interessen nicht ausgeschlossen werden konnte: „At the end of the day it was the local government saying, okay, we think you should be working here or not“ (I1, Abs. 23).

Zwar habe die enge Zusammenarbeit der EZA-Mitarbeiter*innen mit der Regierung der neutralen Wahrnehmung der Akteur*innen eigenen Aussagen zufolge keinen Abbruch getan (siehe Unterkapitel 7.2.); dennoch müssen Nachteile und Risiken der Politisierung von DELPAZ bedacht werden: Einige Interviewpartner*innen nannten explizite Beispiele für diese Politisierung: „The agenda clearly was to make sure the project was working in the areas where they think they should be expanding their presence, or FRELIMO should be expanding their presence to try to gain some votes” (I1, Abs. 15); „die [Regierungsverantwortlichen] waren sehr engagiert, dass die nach den DELPAZ-Regeln etwas vorlegen und sagen, okay, dann können wir das und das machen, und dann auch vor den Wahlen oder [...] einfach sagen, schau was wir alles von der Regierung für die Bevölkerung machen. Aber das ist so, das ist auch in Österreich [...] Thema und jeder weiß, dass das die Europäer sind. [...] Das ist Teil des Spiels“ (I3, Abs. 53). Eine derart enge Zusammenarbeit mit Regierungsebenen muss gerade in zu Autoritarismus

tendierenden politischen Systemen, in denen die regierende Partei wegen Machtmissbrauch, Korruption und Marginalisierung kritisiert wird, hinterfragt werden.

Trotz der Vorteile und Nutzen dieses dezentralistischen Ansatzes und der Mitsprache der Bevölkerung kann DELPAZ mit seinem Fokus auf die Stärkung von Institutionen und hierarchischen Strukturen eindeutig dem staatszentrierten, liberalen peacebuilding zugeordnet werden (Bar-Siman-Tov, 2004a, S. 72; Lederach, 1997, S. 16; Olonisakin et al., 2021, S. 410; Richmond, 2013, S. 379); in den Interviews nicht thematisiert wurde, inwiefern die gewählte lokale Bezirksregierung in den Prozess eingebunden wurde oder eingebunden werden konnte, ohne die Unterstützung der Regierungspartei zu verlieren. Durch die enge Zusammenarbeit mit Regierungsverantwortlichen muss DELPAZ Sofala trotz der Beteiligung der Zivilbevölkerung als „top-down“-Projekt gesehen werden.

Während Fanon das lokale Mitspracherecht in der Verteilung der finanziellen Mittel gutheißen würde, sprach er sich explizit gegen die „Kopie“ europäischer Verwaltungs- und Regierungsstrukturen aus, und plädierte für selbstbestimmte, „panafrikanische“ Strukturen (Fanon, 2014, S. 265). Fraglich ist außerdem, ob diese Art der Verteilung der Geldmittel genauso abgelaufen wäre, hätten sich die Interessen zwischen der Projektträger (EU und ADA) wesentlich von jenen der Regierungsverantwortlichen in Mosambik unterschieden.

7.3.4. Versäumnisse, Lehren, Projektende und langfristige Auswirkungen

„The sustainability of these actions will depend on continued support and the creation of local support networks that function independently of external funding” (I10, Abs. 24).

Die in den Interviews betonten Versäumnisse von DELPAZ ähneln allgemein bekannten Kritikpunkten von EZA-Projekten – ein limitierter Zeitrahmen, limitierte Ressourcen oder zu wenig Berücksichtigung lokaler, individueller Rahmenbedingungen (Bar-Tal & Bennink, 2004, S. 23f; Lederach, 1997, S. 130f; Mahmoud, 2021, S. 166f). „Es ist nicht alles gelungen, wir konnten nicht alles machen, weil das einfach zu wenig Zeit war“ (I4, Abs. 38); „dass man jetzt generell vielleicht immer mehr Ressourcen haben könnte, okay [...]. Also ich meine, mit den humanen [sic] Ressourcen ist es eh immer so“ (I5, Abs. 39); „there were moments in the DELPAZ project where a somewhat standardized approach was felt, with limited sensitivity to cultural and territorial particularities” (I10, Abs 14); „in some districts, there were communication failures, lack of transparency in the selection of beneficiaries, and limited technical capacity among local teams. The pace of implementation also varied considerably between provinces“ (I10, Abs. 21).

Verbesserungsvorschläge oder „Learnings“, die die Interviewpartner*innen angaben, umfassten eine noch stärkere Inklusion lokaler Institutionen und der Bezirks- statt der darüber stehenden Provinzebene (I2, Abs. 67; I4, Abs. 42, 44, 48): „die Ressourcenverwaltung, die Ressourcenvergaben, das heißt sogar die Ausschreibungen auf Vergaben, alles über die Bezirke“ (I4, Abs. 48); die Förderung von Ausbildungsmöglichkeiten und der Selbstständigkeit von Kindern ehemaliger Kämpfer*innen (I4, Abs. 59); sowie eine noch stärkere Einbindung von psychologischen, versöhnenden Maßnahmen (I4, Abs. 15) – ein*e Interviewpartn*erin hatte dazu eine ganz konkrete Vorstellung: „Fußball spielen, [...] Sportaktivitäten und andere Aktivitäten, so als confidence building measure“ (I3, Abs. 46). Die befragten Projektteilnehmer*innen gaben an, sie wünschten sich ein Haus und einen Grund für Landwirtschaft, ebenso Tiere zum Züchten, etwa Hühner; der Wunsch richtete sich mehr an die Regierung als an DELPAZ (I9, Abs. 74; I8b, Abs. 3, 5). Ein*e Interviewpartner*in thematisierte die Herausforderung, landwirtschaftliche Erträge vom Land in die Stadt zu bringen, um sie dort verkaufen zu können (I9, Abs. 84, 86).

Auch das Auslaufen von DELPAZ Sofala ist ein „normaler“ Charakterzug von EZA-Projekten; dennoch wurde es von beinahe allen Interviewpartner*innen problematisch gesehen. Während laut Interviewaussagen von der EU die Bereitschaft gegeben gewesen sei, eine Verlängerung zu finanzieren, habe sich die ADA – im Gegensatz zur AICS – dagegen entschieden, „ihren“ Projektteil fortzuführen. Als Grund dafür wurde ein Missbrauch finanzieller Mittel durch eine Regierung auf Provinzebene genannt (I2, Abs. 51; I4, Abs. 42; I6, Abs. 46, 52). Laut Interviewpartner*in sei zu Beginn des Projekts eine Laufzeit von bis zu zehn Jahren diskutiert worden (I6, Abs. 52); unter dem Abbruch würden nicht nur die Teilnehmer*innen von DELPAZ Sofala, sondern auch das aufgebaute Vertrauen zwischen den Projektpartner*innen leiden, so der Konsens: „That's a problem, because we informed what we are going to do, they know by chance that we promise them to bring [something] to them. And then at the middle of the process, we did not manage to conclude all the things that we promised. [...] We become to some of them [...] liars“ (I6, Abs. 54); „if we compare what they say that is misused in terms of funds to the benefit, there's really a lot of gap, very big gap, and then the benefit is more than the misused funds that they had [...] this is the kind of thing that I don't really understand on the high level, decide such thing, without thinking about the benefit“ (I6, Abs. 52). Das Auslaufen von DELPAZ Sofala, so die befragten Projektteilnehmer*innen, sei „not good. People are still in need, but they don't know how to do“ (I8b, Abs. 39); „he is saying, now as DELPAZ is being closed, he is not happy because he doesn't have the conditions to have that seeds, he doesn't have the conditions to have that agriculture, so things now are not going on

well because there is no other company that can help them. He doesn't know what kind of life he is going to take from now" (I9, Abs. 90). Diese Thematik sollte, obgleich ein typisches Problem von EZA-Projekten, nicht unterschätzt werden, sondern kann als wesentlicher Grund für Kritik und Ablehnung von EZA in kritischen, postkolonialen Ansätzen im Allgemeinen gesehen werden.

Ein*e Interviewpartner*in verwies auf die Verlängerung der italienischen Umsetzung von DELPAZ durch AICS, in der auch „Learnings“ aus DELPAZ Sofala angewandt würden: „They will work directly with the services, with the provincial services, so in a way they're learning from others, experience. And they are also diversifying into livestock, instead of just agriculture. So also let's say animal husbandry and so on, another area that it's also very important in context of drought, where it's much harder to find water. So sometimes having some animals, like goats or chicken, it's easier to maintain and to ensure a certain degree of food security" (I2, Abs. 67).

Der Erhalt der Erfolge des Projekts und die Sicherstellung der Fortdauer der erzielten Ergebnisse sollten durch die Einbindung regionaler Regierungsverantwortlichen und der Bevölkerung geschehen (siehe Unterkapitel 7.3.3.) (I4, Abs. 38; I6, Abs. 19): „We signed a contract. [...] we signed a financing agreement with the government, where we state, where we agree to support government strategy. So this is part of a governmental strategy. [...] It's a support to the peace program, a peace agreement. [...] it's the commitment from the government to engage with the sustainability of the results [...] for us it's hard to do more than that because this is not our country" (I2, Abs. 23). Der Großteil der Interviewpartner*innen äußerte sich optimistisch gegenüber der Verantwortlichkeit und der Weiterführung der Projekte durch die Regionalregierungen (I3, Abs. 75; I4, Abs. 38; I5, Abs. 52): „The Gouverneur, he appears in all events and all inaugurations and all launches, so there is the commitment at the highest level. That was positive" (I2, Abs. 49); „my feeling that the government don't want to lose those you know bases that have been created at the moment because they know by chance was a very positive way to deal with the communities" (I6, Abs. 25). Das im Unterkapitel 7.3.2. genannte Beispiel der Frauengruppe, die die Erträge einer Gemeinschaft in Maputo bei einer Landwirtschaftsmesse verkauft hatte, wurde als Gradmesser für die Nachhaltigkeit des Projekts genannt: „I want to go there [this year]. I wanted to see the expositors from Sofala province. [...] For me, this is very crucial and important to report to say, guys, we managed. I saw in them people who have been supported by our civil development corporation, and that without any support of us" (I6, Abs. 25). Allerdings wurden auch Zweifel geäußert, zum Teil von denselben

Interviewpartner*innen, sowohl gegenüber dem langfristigen Engagement der Bevölkerung (I2, Abs. 77) als auch jenem der Regierungsverantwortlichen (I6, Abs. 21); als Grund dafür wurde weniger ein nicht existenter Wille als fehlende finanzielle Mittel zur Fortführung der Projekte augemacht (I4, Abs. 40; I10, Abs. 24): „The problem of the government is that there are lack of follow-up monitoring system and all those things (I6, Abs. 21); „I'm afraid that the government don't [sic] have the fuel to go to visit these communities, as they did, actively at that moment. Because they got paid for fuel and then they managed to go there but now with the situation of lack of financial resources [...] I don't think that they will manage to really be in this process like actively” (I6, Abs. 25).

7.4. Beziehung Österreich und Mosambik und Interessen ausländischer Akteur*innen

„There is a geopolitical interest [...], obviously economic interest [...] I think we should not forget as well the values of the EU [...] although some people think that this is all a façade [...], but I think there are values of promotion of democracy, of transparency that are genuine values of the EU that I think are very important and that motivate the EU to invest in a country like Mozambique” (I1, Abs. 35).

Einige Interviewfragen thematisierten die Gründe für das österreichische und europäische EZA-Engagement in Mosambik; die Frage wurde von fast allen EZA-Mitarbeiter*innen aufgegriffen. Generell wurde zwischen drei Gründen unterschieden, die kaum voneinander trennbar sind: geopolitische und wirtschaftliche Interessen sowie Wertevermittlung und Unterstützung bei der staatlichen und gesellschaftlichen „Entwicklung“ des Landes (I1, Abs. 35; I2, Abs. 23, 45); letzterer wurde mitunter mit einer humanistischen, fast schon altruistischen Motivation sowie mit Glaubens- und politischen Einstellungen begründet: „We're doing this because it's in our inner self, human self, that we should promote peace“ (I2, Abs. 81, 45); „Leute unterstützen aus dem christlichen Impetus heraus [...] Und das andere ist das sozialdemokratische, [die] linke, internationale Solidarität“ (I3, Abs. 57).

Das geopolitische Interesse betreffe nicht nur die Aufrechterhaltung politischer Stabilität in Mosambik, sondern auch in den Nachbarländern, vor allem Südafrika, Tansania und Malawi, sowie die Vermeidung internationaler Konflikte und möglicherweise gewaltsamer Auseinandersetzungen; so ist einer Aussage zufolge die Nachbarschaft Südafrikas, das wirtschaftlich für die EU weitaus wichtiger ist, wesentlich für Europas Engagement in Mosambik (I1, Abs. 35). Dabei verbunden sind wirtschaftliche Interessen wie globale Wettbewerbsvorteile: „We have interest, especially for critical raw material or the critical

minerals. As you know, Mozambique is one of these countries with graphite, I mean a lot of things. There's an interest of the EU to maintain access to that and compete with the Chinese" (I1, Abs. 35). Zwei Interviewpartner*innen betonten den Einfluss großer, europäischer Firmen auf Entscheidungen der europäischen EZA: „In the Indian Ocean, as you know, the French have a lot of interest there [...] I mean with the gas that, et cetera“ (I1, Abs. 35); „we are talking about very powerful companies with very important interests that sometimes influence political... And I don't think even the EU is free from that [...] it happens the same with the Americans and the Chinese. They all try to influence this government to behave in a certain manner" (I2, Abs. 65). Interviewpartner*in 1 zufolge würden die wirtschaftlichen Interessen der soziale Agenda von EZA nicht schaden, im Gegenteil: „So you would invest in public finance management, to try to have a stable macroeconomic situation, you will invest in certain sectors that will reduce poverty, reduce inequality, [...] address the issues that are behind the conflict" (I1, Abs. 35).

Warum die ADA als Projektumsetzerin für DELPAZ ausgewählt wurde, begründeten die Interviewpartner*innen mit der langjährigen Erfahrung der österreichischen EZA in Mosambik (I1, Abs. 29; I3, Abs. 18, 61). Auch die geringen, in Kapitel 5 dargestellten, wirtschaftlichen Verbindungen zu Mosambik wurden erwähnt (I3, Abs. 61; Sauer, 1997, S. 200ff). Eine*e Interviewpartner*in betonte die kleine Rolle, die Österreich im internationalen und europäischen Vergleich in der EZA und in wirtschaftlichen Beziehungen einnehme, als Vorteil für die Arbeit vor Ort: „[...] weil wir ein sehr gutes Standing haben und auch eine Vertrauensposition haben [...] vielleicht weil wir so klein sind. Es unterstellt in Österreich niemand, dass sie irgendwelche imperialen Interessen haben. Außer vielleicht du bist Historikerin und kennst die Geschichte von den imperialen Interessen Österreichs in Mosambik“ (I3, Abs. 18) Damit verwies die interviewte Person auf die in Kapitel 5 kurz thematisierten Kolonialversuche Österreichs in Mosambik (Meisterle, 2007, S. 21). Die (bestreitbare) „neutrale“ Wahrnehmung, die die EU und Österreich laut Aussage einiger Interviewpartner*innen in Mosambik genießen (I1, Abs. 29; I4, Abs. 17, 26; siehe Unterkapitel 7.2.), hat weniger mit der verfassungsmäßigen Neutralität Österreichs als mit den Versuchen einer unabhängigen, unpolitischen Tätigkeit vor Ort zu tun; längst hat Österreichs Neutralität in der OEZA nicht mehr denselben Stellenwert wie noch vor einigen Jahrzehnten (Hödl, 2004, S. 205f, 207).

7.5. Selbstreflexion und politische/globale Herausforderungen für EZA in Mosambik

„It's not that you can't change the world, no, but maybe for a few, maybe you can” (I2, Abs. 67).

Alle OEZA-Mitarbeiter*innen und EZA-Mitarbeiter*innen auf EU-Ebene zeigten in den Interviews Ansätze von Selbstkritik und Reflexion der eigenen Position (I1, Abs. 29; I2, Abs. 27; I3, Abs. 18; I5, Abs. 57): „Ich glaube, das ist schon korrekt und berechtigt, dass man sich darüber Gedanken macht und auch beleuchtet, ob diese Kritik richtig ist oder nicht [...] es ist ja im Grunde genommen für jeden Ort das Beste [...], wenn sie ihre Konflikte selbst lösen können“ (I4, Abs. 17). Ein*e interviewte Person zeigte sich besonders selbstkritisch: „Ich kann jetzt quasi nur sagen, was ich mir so denke, weil eigentlich übersteigt es meine Kompetenz, da irgendwie eine qualifizierte Aussage zu machen“ (I5, Abs. 57). Angesprochen auf generelle Kritik, Versäumnisse und Unzulänglichkeit von EZA, fielen die Reaktionen gemischt aus; in mehreren Fällen entstand der Eindruck, dass die befragte Person glaubte, sich rechtfertigen zu müssen für ihre Tätigkeit. Zwei Interviewpartner*innen erklärten ihre Motivation durch eine soziale, altruistische Haltung: „It's hard not to feel sorry for them, so that's why I think one of the reasons why we continue is also because we develop the connection with these people, we feel human with them and we would like them to have a better life” (I2, Abs. 27); „I'm so sorry for those people” (I6, Abs. 52). Eine Antwort beinhaltete die idealistische Vorstellung einer besseren Zukunft: „You need to make sure that this future that you promise in 15 years is starting now“ (I6, Abs. 89). Ein*e Interviewpartner*in reagierte eher spöttisch auf die angebrachten Kritikpunkte: „Wie lächerlich ist denn das, dass die Österreicher glauben, dass die EU glaubt, 8.000 Kilometer irgendwo im Süden von Afrika auf einmal zum Frieden beizutragen? Das ist herausgeschmissenes EZA-Geld. Freilich kann man so reden“ (I3, Abs. 18).

Mehrere Interviewpartner*innen rechtfertigten die Notwendigkeit ihrer Tätigkeit mit Verweis auf die Unfähigkeit der regierenden Elite, die Lebensbedingungen der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Nur ein*e Interviewpartner*in nannte explizit die von postkolonialen Autor*innen kritisierte globale, neoliberale Hegemonie sowie die Dominanz internationaler Finanzinstitutionen, die die globale EZA und die prekäre Lage vieler Länder des Globalen Südens mitbestimmen bis zu verantworten haben (Costy, 2004, S. 159f; Hanlon, 2010, S. 86; Maschietto, 2015, S. 25; Sabaratnam, 2017, S. 95): „Dann hast du noch einen internationalen Währungsfonds, eine Weltbank und andere Akteure, die dir Neoliberalismus aufs Auge drücken [...] die Schaffung einer Elite ist ein Effekt auch dieser neoliberalen Gesamtkonstellation. Dafür

sorgt der Westen schon, das kann man durchaus selbstkritisch anmerken“ (I3, Abs. 40). Andere Gesprächspartner*innen verwiesen auf die sozio-ökonomische Ungleichheit, Korruption und den Machtmissbrauch innerhalb der politischen Strukturen unter der seit Ende des Bürgerkriegs regierenden FRELIMO (I1, Abs. 9, 39; I2, Abs. 65; I3, Abs. 40; I4, Abs. 57; I6, Abs. 91, 97; I7, Abs. 106; siehe Kapitel 4): „Die Korruption blüht in Mosambik, das ist keine Frage, das ist eh bekannt“ (I4, Abs. 54); „some groups, some families here [are] like oligarchies, they started some oligarchy, and then they got everything from that, and [the Mozambiquans] are not being paid for anything“ (I6, Abs. 46); „not the other things are wrong. It's the FRELIMO party“ (I6, Abs. 97). Aktuelle, von der Nationalregierung in Aussicht gestellte Veränderungen, etwa die Schaffung eines nationalen Fonds, in den künftig die Erträge aus Ressourcenhandel fließen und staatliche Investitionen finanzieren sollen (Club of Mozambique/Lusa, 2025), wird wenig Glaube geschenkt (I6, Abs. 93). Die strukturelle Ungleichheit, das Gefühl der Marginalisierung in Bevölkerungsgruppen und die fehlende Finanzierung von Bildungs- und Gesundheitssystemen wurden in den Interviews sowohl als Grund für die gewaltsamen Ausschreitungen – von vorrangig, aber nicht nur jungen, urbanen Bevölkerungsgruppen – nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Herbst 2024 (ICG, 2024) als auch für den aktuellen, gewaltsamen Konflikt in der nördlichen Provinz Cabo Delgado¹⁹ gesehen (I, Abs. 39; I4, Abs. 30). Die Wahlen, die begleitet wurden von Vorwürfen der Manipulation und Fälschung (ICG, 2024; I5, Abs. 44), sowie die anschließenden Proteste und Polizeigewalt wurden als negative Erfahrung, als riskant und explosiv – „a wonderful opportunity to restart the conflict“ (I2, Abs. 19); „wahrscheinlich [haben] einige in der RENAMO da bedauert, dass sie die Waffen abgeben haben“ (I3, Abs. 14) – beschrieben (I4, Abs. 57; I6, Abs. 78); gleichzeitig wurde die ausgedrückte Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung befürwortet (I6, Abs. 83).

Für das Versäumnis jahrzehntelanger EZA-Arbeit in Mosambik, für eine nachhaltige, sozio-ökonomische Entwicklung im Land zu sorgen, wurde stärker die Nationalregierung als die Geberländer kritisiert: Die größte Schwierigkeit sei, „converting external investments into real, sustainable development“ (I10, Abs. 4); „we've been here for 40 years. Americans do so for like 80 years [...] in the the name of all UN agencies. The feeling is that not much was done

¹⁹ Seit 2017 kommt es in der nördlichen Provinz Cabo Delgado zu Angriffen einer nicht-staatlichen, islamistischen Gruppe, dem Islamischen Staat Mosambik; ebenfalls vor Ort sind staatliche Truppen sowie Soldat*innen aus Nachbarländern, darunter Ruanda. Über die Ursprünge des Konflikts gibt es widersprüchliche Darstellungen und Spekulationen; allgemein wird davon ausgegangen, dass die Entdeckung von Rubinen und Erdgasvorkommen sowie die Verwaltung der Ressourcen eine Rolle bei der Eskalation des Konflikts gespielt haben. Auch europäische Gasfirmen wie Eni agieren vor Ort. Seit Beginn des Konflikts wurden über 1,3 Millionen Binnenvertriebene gezählt (ICG, 2024; Tomás de Almeida, 2024; I3, Abs. 14).

with that, in a constructive manner” (I2, Abs. 65); „why isn't Mozambique more coherent in its approach, in its strategical fight for development? That's a question Mozambique has to answer” (I2, Abs. 25); „it's very interesting to see, when USAID being dismantled, the huge impact it has in some sectors like in particular health because they were funding a lot. So this external interference of working on your health system, the whole thing is collapsing now because the foreigner is stopping [...] This means that we haven't done it properly” (I1, Abs. 33).

Die globalen, entwicklungspolitischen Debatten während des Schreibprozesses dieser Arbeit, allen voran die Einstellung der US-Behörde United States Agency for International Development, kurz USAID, wurden auch in den Interviews thematisiert: Mehrere Interviewpartner*innen sprachen von einem globalen Trend in der EZA, der sich in den Geberländern des Globalen Nordens abzeichne: „The people [...] feel extremely frustrated with what's happening, there's a disengagement with what is happening in these foreign lands and more a look at what's going on in your neighborhood. And [there are] populist ideas and that we should be thinking about our own interests, basically [...] It means that this is a major shit now that we are more focusing on the EU interests, not as the values that we're talking about, but the interests themselves” (I1, Abs. 41); „the nature of support will also be probably different and more linked to, let's say, what is our interest“ (I2, Abs. 61). Ein*e Interviewpartner*in verstand im Ideologiewechsel der amerikanischen und europäischen EZA eine Annäherung an das chinesische Modell: „They [the Chinese] didn't have any, any issues. They say we build a road, we built it because we want access to your coal or whatever. That was very clear. And for us, that was always a taboo. We would not discuss with government that you are building a road because you want better access for the EU or it will be for the goods of the country” (I1, Abs. 43).

Einigkeit herrschte bei der Ansicht, dass es für Mosambik angesichts anderer Krisen und Konflikte auf der Welt, darunter die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, das Thema Migration sowie die globale Aufrüstung, künftig schwieriger sein könnte, finanzielle Hilfe zu erhalten (I1, Abs. 41; I2, Abs. 61, 63). Trotzdem waren sich mehrere Interviewpartner*innen sicher, dass Mosambik aufgrund seiner Rohstoffe ein attraktiver „Partner“ für europäische EZA bleiben werde, vorrangig aus wirtschaftlichen und geopolitischen Gründen: „Ressourcen, die man so ein bisschen hat, sind ein ganz interessanter Faktor für viele Länder und sie bauen halt darum Programme, wo man dann im Gegenzug eben eine Community unterstützt mit Schulen, aber dafür kriegen sie Ressourcenzugang. Das hat jedes Land das Interesse daran, an Gasverkommen, anderen seltenen Erden etc.“ (I5, Abs. 54); „why is the EU so strong in

Mozambique? Because you have a member state, Portugal, that was the colony, that's very clear, there's an interest of the member state to guarantee that that continues, and they will play in the decision making committees in Brussels to make sure that the country is still high in the agenda. Because they have a huge population of Portuguese people, there's still a lot of Portuguese companies there, et cetera" (I1, Abs. 43). Die Zukunft der österreichischen EZA in Mosambik wurde von den Interviewpartner*innen nicht infrage gestellt (I3, Abs. 73, 77); betont wurden einmal mehr die Sektoren Landwirtschaft und Wasserversorgung sowie die Expertise und Erfahrung von OEZA in diesem Bereich, die Österreich auch im Vergleich zu größeren Geberländern einen Vorteil verschaffte (4, Abs. 55, 57; Hödl, 2004, S. 157, 243).

Zwei Interviewpartner*innen sahen in dem „Paradigmenwechsel“ von EZA nicht zwangsläufig einen Nachteil für die Empfängerländer: „So is this new paradigm an opportunity for Mozambique? It is. Of course it is, because there will be some resources coming into Mozambique and to the Mozambican government. I mean the mining concessions, oil concessions, the gas concession, they will all leave money in Mozambique. Now what does Mozambique do with that?“ (I2, Abs. 65); „Wenn das gut gemacht wird, kann das natürlich auch einen Boost haben“ (I5, Abs. 59). Angesichts der möglichen Reduktion von Hilfsgeldern stellte Interviewpartner*in 2 die Option in den Raum, dass künftig der private Sektor, sprich die Privatwirtschaft von Geberländern, stärker in die EZA eines Landes integriert werden könnte (I2, Abs. 65); die Vor- und Nachteile einer derartigen Strategie wurden nicht näher ausgeführt.

Was man bei Fanon im Gegensatz zu späteren, postkolonialen Autor*innen vermisst, ist eine Kritik am Geschäftsmodell von EZA im globalen Kapitalismus, wobei hier betont werden muss, dass Fanons Tod dieser womöglich zuvorgekommen ist. Wahrscheinlich, dass auch Fanon einem Paradigmenwechsel in der EZA – weg von einer vermeintlich selbstlosen Hilfe, hin zu einem klar wirtschaftlichen Geschäft – angesichts seines Appells für die Entscheidungsfreiheit der ehemals kolonialisierten Länder über die Nutzung finanzieller „Reparaturzahlungen“ etwas abzugewinnen hätte; Fanon plädierte für eine Loslösung von kolonialen Strukturen, gleichzeitig für den Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen auf Augenhöhe (Fanon, 2014, S. 80ff, 86). Versteht man den aktuellen Zustand Mosambiks als jenes „worst-case“-Szenario, vor dem Fanon nach einem Befreiungskampf gewarnt hatte, muss jedenfalls hinterfragt werden, inwiefern eine derart enge Zusammenarbeit zwischen EZA und der Regierungspartei, der von den Interviewpartner*innen Korruption, Machtmissbrauch und Verantwortung an der sozio-ökonomischen und gesellschaftlichen Ungleichheit vorgeworfen wurde, den Status quo

einimentiert. Dennoch wird diese Art der EZA von den Interviewpartner*innen als richtig und notwendig angesehen. Fanon wiederum würde wohl, so lässt sich aus seinen Werken schließen, in der aktuellen politischen Gemengelage in Mosambik eher die Anliegen der Protestierenden teilen, und womöglich einmal mehr den (militanten) Kampf für eine freie, gerechtere Zukunft unterstützen.

7.6. Leerstelle: Gender-Aspekte in Versöhnungsprozessen

Im Rahmen der Interviews wurde vor allem ein Thema von einer Interviewpartner*in mehrmals aufgegriffen: der Gender-Aspekt in Versöhnungsprozessen (I1; I3; I5; I6). Angesprochen wurden die Lage der demilitarisierten Kämpferinnen, die in der Gesellschaft einer doppelten Marginalisierung ausgesetzt seien sowie der Nexus materieller und gesellschaftlicher Ermächtigung der Frau durch eine aktive Eingliederung in EZA-Projekte, politische und wirtschaftliche Prozesse und die damit einhergehende Veränderung ihrer Position in der Gemeinschaft (I3, Abs. 40; I5, Abs. 52, 63; I6, Abs. 19). Auch auf die Zusammenhänge zwischen physischer und psychischer Gewalt gegen Frauen in einer traumatisierten Gesellschaft („warum ist die Gewalt [...] gegen Frauen [...] körperlich, physisch, psychisch [...] in einer traumatisierten Gesellschaft so hoch?“, I5, Abs. 63), sexuellen Missbrauch und die Marginalisierung von Mädchen und Frauen in DDR-Prozessen wurde hingewiesen (I1, Abs. 9; I5, Abs. 63; I6, Abs. 34). Eine Interviewpartner*in betonte, dass eine stärkere Gender-Perspektive in Versöhnungsprojekten generell wünschenswert wäre (I5, Abs. 52). Die Relevanz dieser Themen verlangt mindestens eine eigene Arbeit in diesem Umfang, und ließe sich ohne einen Forschungsaufenthalt vor Ort und den Aufbau einer Bindung zu den Interviewpartnerinnen aufgrund der Intimität und der Traumatisierung nach solchen Erfahrungen nach Meinung der Autorin nicht bewältigen. Der Gender-Aspekt in Versöhnungsprozessen ist des Weiteren auch eine Leerstelle in den Werken von Fanon und Mandela. Aus diesen Gründen wurde von einer Behandlung dieses Themas in dieser Arbeit abgesehen.

8. Conclusio

Die vorliegende Arbeit hat sich zum Ziel gesetzt, das Agieren externer Akteur*innen aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in nationalen Versöhnungsprozessen am Beispiel des österreichischen Engagements in Mosambik, konkret am Projekt DELPAZ Sofala, im Sinne der postkolonialen Theorie zu hinterfragen. Dabei sollte nicht nur die Kritik postkolonialer Autor*innen und Forschenden, sondern auch die Wahrnehmung beteiligter Akteur*innen, sprich Mitarbeiter*innen, Projektteilnehmer*innen und lokalen Beobachter*innen, berücksichtigt werden.

Dass die mosambikanische Gesellschaft 50 Jahre nach Erlangung ihrer Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Portugal und über 30 Jahre nach Ende des Bürgerkriegs keine geeinte ist und strukturelle Benachteiligung und Diskriminierung ehemaliger RENAMO-Kämpfer*innen und Nicht-FRELIMO-Parteianhänger*innen den Alltag prägen, wurde in Kapitel 4 dargestellt. Der aktuelle Zustand in Mosambik lässt sich nach Galtung als „negativer Friede“ beschreiben (Galtung, 1969, S. 183f), nach Fanon als das „worst-case“-Szenario, vor dem er nach einem Befreiungskampf gewarnt hatte (Fanon, 2014, S. 127f, 140f).

Die Interviewpartner*innen betonen das „Schweigen der Waffen“ (I1, Abs. 9; I2, Abs. 17; I3, Abs. 14; I4, Abs. 5; I6, Abs. 60) als Erfolg, verweisen aber gleichzeitig auf die psychologische Traumatisierung von Gesellschaft und Individuen, die sozio-ökonomische Ungleichheit und die politische Dominanz der regierenden FRELIMO-Partei (I1, Abs. 9; I5, Abs. 10; I10, Abs. 7). Dass Versöhnung sowohl eine starke psychologische als auch materielle Komponente hat, was Mandela bei der Umsetzung der „Truth and Reconciliation Commission“ unglücklicherweise zu wenig berücksichtigt hat, wurde in den theoretischen und die Geschichte Mosambiks beschreibenden Kapiteln sowie in den geführten Interviews deutlich. Streitbar ist, inwiefern externe Akteur*innen aus der Entwicklungszusammenarbeit einen Beitrag zu struktureller Veränderung leisten können.

Das Projekt DELPAZ Sofala kann aufgrund seiner Zusammenarbeit mit den Provinzregierungen und dem Ziel der Förderung landwirtschaftlicher Verhältnissen nicht nur aus Wahrnehmung der Mitarbeiter*innen und Teilnehmer*innen als positiver Versuch gewertet werden, Dezentralisierung und die Ermächtigung lokaler Strukturen zu unterstützen – beides sind Aspekte, die auch von postkolonialen Vertreter*innen eingefordert und als Versäumnisse in bisherigen Versöhnungsprozessen gesehen werden (siehe Kapitel 3 und 4). Die Interviewpartner*innen bewerten Österreichs Wirken in der Provinz Sofala allgemein als positiv (I1, Abs. 29; I2, Abs. 29, 31; I3, Abs. 36; I4, Abs. 26; I5, Abs. 17; I6, Abs. 30; I10, Abs.

20). Generell überwiegt die Ansicht, dass es externe Akteur*innen brauche, um Versöhnung zu erreichen – sei es in einem mediativem Rahmen oder als Quelle finanzieller Mittel, die die Regierung nicht oder nicht zur Genüge aufbringe. Oder wie es Interviewpartner*in 4 formuliert: „Wenn du [...] in einer Partnerschaft bist und Probleme hast, gehst [du] auch zum Therapeuten oder zur Eheberatung und lässt dich beraten. Weil du brauchst einen Dritten, der das beleuchtet, wenn beide Seiten nicht mehr auf einen grünen Zweig kommen“ (I4, Abs. 17). Mitunter wurde Verständnis geäußert an der Kritik zur „Projektisierung“ von Versöhnung, zur Knüpfung von Maßnahmen an Parameter wie Messbarkeit, Zeitaufwand, Finanzierung und Zielerfüllung (I1, Abs. 25; I2, Abs. 27; I4, Abs. 42; I10, Abs. 16); an der grundlegenden Überzeugung, dass externes Engagement positiv sei, änderte das aber nichts.

Die interviewten Projektmitarbeiter*innen argumentieren ihr Wirken mit moralischem Gewissen und humanitären Beweggründen (I2, Abs. 27; I6, Abs. 52, 89); zweifellos agieren sie nach bestem Wissen und Gewissen, äußerten teilweise Selbstkritik und Reflexion (I1, Abs. 29; I2, Abs. 27; I3, Abs. 18; I5, Abs. 57). Die Bemühung einer Entwicklungszusammenarbeit, in der die Projektteilnehmer*innen an Entscheidungsprozesse beteiligt werden und ihre Interessen eigenständig artikulieren können, kann als Versuch einer Umsetzung von Fanons „neuem Humanismus“ (Fanon, 2014, S. 207f) interpretiert werden. Ob dieser glückt, ist eine andere Frage.

Individuelle Moralvorstellungen kommen gegen globale Machtverhältnisse nicht an. Die Kritik richtet sich nicht gegen die im EZA-Bereich Beschäftigten: EZA bewegt sich nach wie vor in einem globalen Kontext, der geprägt ist von historischen Entwicklungen, einst kolonialen Verhältnissen und geopolitischen wie wirtschaftlichen Interessen; ersichtlich ist das an Budget- und Ortsentscheidungen, die EZA betreffen, sowie an den Zielen, die ausländische Regierungen und Firmen in Mosambik verfolgen. Die Verantwortung der Langzeit-Regierung der FRELIMO-Partei an der sozio-ökonomischen Lage Mosambiks soll keinesfalls geleugnet werden; doch berücksichtigt man das jahrzehntelange österreichische und generelle Engagement von EZA in Mosambik und der immer noch drastischen Notwendigkeit ausländischer Geldquellen zur Aufrechterhaltung minimaler Existenzgrundlagen ist der Vorwurf, EZA reproduziere Abhängigkeits- und globale Ungleichheitsverhältnisse und erhalte einen globalen Status quo, nicht von der Hand zu weisen. Wiederholt zitiert sei hier die Interviewaussage, Ziel des Projekts sei es, „ein Überleben in Würde“ (I3, Abs. 38) zu gewährleisten. Doch Ziel einer „neuen, humanistischen“ Gesellschaft muss sein, diesen

prekären Zustand endgültig zu überwinden und allen Menschen eine Aussicht auf ein gutes Leben zu ermöglichen.

Ohne Zweifel ändert sich die globale Entwicklungszusammenarbeit – so viel ist seit der Einstellung von USAID sicher – gerade drastisch; Akteur*innen im EZA-Bereich, sowohl Mitarbeiter*innen als auch Geldgeber und Regierungen sind gezwungen, ihr Handeln zu überdenken. Diese globale Entwicklung kann nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance gesehen werden, unabhängige und selbstbestimmte Wege zu finden und EZA im Allgemeinen und damit Versöhnungsprojekte im Speziellen neu zu organisieren: „Interveners, however, need to embrace their diminishing importance and lost moral authority on many aspects of intervention, whilst being ready to assist financially where they are able. [...] With a West which is less committed to interfering directly in the global South, there is more space for practical ‘de- linking’, which generates space for autonomous political projects and ways of thinking/ being (Sabaratnam, 2017, S. 143, 145)“.

Die Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Regierungen, die die nationalen Interessen der Bevölkerung vertreten, kann mehr wirtschaftlichen Aufstieg und eine Verbesserung der sozio-ökonomischen Lebensverhältnisse versprechen, als es der EZA derzeit gelingt. Dabei muss jedoch das Wohlergehen der Gesellschaft, nicht der Machterhalt einer regierenden Elite an erster Stelle stehen. Die Aufgabe der öffentlichen Aufmerksamkeit, demokratischer Gesellschaften und Regierungen des Globalen Nordens muss es sein, den Anliegen der Zivilgesellschaft in Mosambik wie in allen Ländern der Welt Gehör zu schenken und diese zu unterstützen – oder wie Fanon es 1958 formulierte, ihnen dabei zu helfen, „ein Afrika zu bauen, das sich selbst verwirklicht zum Ausdruck bringt, um die Welt der Menschen zu bereichern und auch selbst aus den Reichtümern der Welt schöpfen zu können“ (Fanon, 2022, S. 160).

Literaturverzeichnis

- ADA. (o. J.-a). *Austrian Development Agency*. Austrian Development Agency/Über uns. <https://www.entwicklung.at/ada> [zuletzt aufgerufen am 10.09.2025]
- ADA. (o. J.-b). *Local Development for the consolidation of Peace in Mozambique – DELPAZ: Sofala Sub-programme—EC Funds*. ADA Projekte. <https://www.entwicklung.at/projekte/detail/local-development-for-the-consolidation-of-peace-in-mozambique-delpaz-sofala-sub-programme-ec-funds> [zuletzt aufgerufen am 10.09.2025]
- ADA. (o. J.-c). *ODA-Bericht 2023 (Tabellen)*. https://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/ODA-Berichte/ODA-Bericht_2023_Tabellen.pdf
- ADA. (2024). *Austrian Development Agency*. Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen. <https://www.entwicklung.at/ada/oeffentliche-entwicklungshilfeleistungen> [zuletzt aufgerufen am 10.09.2025]
- ADA. (2025a). *ADA Geschäftsbericht 2024* (S. 31). https://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/ADA-GB/2024_ADA_Geschaeftsbericht.pdf
- ADA. (2025b). *ODA profile 2023 Mozambique*. https://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/ODA-Profile/Laender_Projektliste/Englisch/MZ-Mozambique_ODA_profile-2023_EN.pdf
- Aiken, N. T. (2013). Identity, reconciliation and transitional justice. In *Identity, Reconciliation and Transitional Justice*. Taylor & Francis Group, 13–30.
- Aiken, N. T. (2016). The distributive dimension in transitional justice: Reassessing the South African Truth and Reconciliation Commission's ability to advance interracial reconciliation in South Africa. *Journal of Contemporary African Studies*, 34(2), 190–202. <https://doi.org/10.1080/02589001.2016.1211395>
- Alden, C. (2002). Making Old Soldiers Fade Away: Lessons from the Reintegration of Demobilized Soldiers in Mozambique. *Security Dialogue*, 33(3), 341–356. <https://doi.org/10.1177/0967010602033003008>
- Ali, T. M., & Matthews, R. O. (Hrsg.). (2004). *Durable Peace: Challenges for Peacebuilding in Africa*. University of Toronto Press. <https://doi.org/10.3138/9781442674134>
- Amnesty International. (2025). *Protest under Attack: Human Rights Violations During Mozambique's Post-2024 Election Crackdown* (No. AFR 41/9225/2025; S. 49). Amnesty International.

- <https://www.amnesty.org/en/latest/research/2025/04/mozambique-police-protest-crackdown/> [zuletzt aufgerufen am 10.09.2025]
- Arendt, H. (1970). *On violence*. Harcourt, Brace & World.
- Ayissi, A. (2021). Three Decades of Disarmament, Demobilization, and Reintegration of Ex-Combatants in Africa: Lessons Learned and Challenges Ahead. In T. McNamee & M. Muyangwa (Hrsg.), *The State of Peacebuilding in Africa*. Springer International Publishing, 141–162. https://doi.org/10.1007/978-3-030-46636-7_9
- Bangura, I., Owusu, A., & Quaye, S. (2024). Rethinking the Nexus: DDR and SSR in Post- and Evolving Conflict Contexts in Africa. *Journal of Peacebuilding & Development*, 19(1), 3–17. <https://doi.org/10.1177/15423166231203690>
- Bar-Siman-Tov, Y. (2004a). Dialectics between Stable Peace and Reconciliation. In Y. Bar-Siman-Tov (Hrsg.), *From Conflict Resolution to Reconciliation*. Oxford University Press, 61–80. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780195166439.003.0004>
- Bar-Siman-Tov, Y. (2004b). *From conflict resolution to reconciliation*. Oxford University Press.
- Bar-Tal, D., & Bennink, G. H. (2004). The Nature of Reconciliation as an Outcome and as a Process. In Y. Bar-Siman-Tov (Hrsg.), *From Conflict Resolution to Reconciliation*. New York, Oxford University Press, 11–38. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780195166439.003.0002>
- Baur, N., & Blasius, J. (2014). Methoden der empirischen Sozialforschung: Ein Überblick. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien, 41–62. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_1
- Bigombe, B. O. (2021). Field Reflections on Post-Conflict Reconstruction: The Social Imperatives of Disarmament, Demobilization and Reintegration. In T. McNamee & M. Muyangwa (Hrsg.), *The State of Peacebuilding in Africa*. Springer International Publishing, 65–79. https://doi.org/10.1007/978-3-030-46636-7_5
- BMAA & ADA. (o. J.). *OEZA-Bericht 2004-2005*. Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten. https://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/ODA-Berichte/ODA-Bericht2004-2005.pdf
- BMEIA & ADA. (2016). *ODA-Bericht 2014*. Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. https://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/ODA-Berichte/ODA_Bericht2014.pdf

- BMEIA, ADA. (2024, Dezember). *Mozambique Country Strategy 2019-2024 Extension 2025*.
https://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/Landessstrategien/Mozambique_Country_Strategy_2019-2024_Extension_2025.pdf
- BMF. (2023). *Entwicklungszusammenarbeit* (S. 47). Bundesministerium Finanzen.
https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2024/beilagen/Entwicklungszusammenarbeit_2024.pdf
- Boutros-Ghali, B. (1992). *An agenda for peace: Preventive diplomacy, peacemaking and peace-keeping : report of the Secretary-General pursuant to the statement adopted by the Summit Meeting of the Security Council on 31 January 1992 / Boutros Boutros-Ghali* (No. Document A/47/277–S/241111). Department of Public Information, United Nations. <https://digitallibrary.un.org/record/145749> [zuletzt aufgerufen am 10.09.2025]
- Bueno, N. (2019). Reconciliation in Mozambique: Was it ever achieved? *Conflict, Security & Development*, 19(5), 427–452. <https://doi.org/10.1080/14678802.2019.1663037>
- Busumtwi-Sam, J. (2004). Development And Peacebuilding: Conceptual And Operational Deficits In International Assistance. In *Durable Peace: Challenges for Peacebuilding in Africa*. University of Toronto Press, 315–353.
<https://www.degruyterbrill.com/document/doi/10.3138/9781442674134-014/html>
- Cahen, M. (1993). Check on Socialism in Mozambique: What Check? What Socialism? *Review on African Political Economy*, 20(57), 46–59.
- CARE. (2023, November 24). CARE zum Budget: Senkung der ODA-Quote gibt Anlass zur Sorge. <https://care.at/>. <https://care.at/presse/budget-senkung-der-oda-quote-gibt-anlass-zur-sorge/> [zuletzt aufgerufen am 10.09.2025]
- Carvalho, A. (2024). *ROM Review DELPAZ - Local Development for the Consolidation of Peace in Mozambique* (Consolidated ROM Report No. ROM-1266).
- Chandhoke, N. (2021). *Nelson Mandela: Peace through reconciliation*. Routledge.
- Club of Mozambique/AIM. (2021, Dezember 12). *Mozambique: Former Renamo guerrillas integrated into police—AIM report*. Club of Mozambique.
<https://clubofmozambique.com/news/mozambique-former-renamo-guerrillas-integrated-into-police-aim-report-206648/> [zuletzt aufgerufen am 10.09.2025]
- Club of Mozambique/Lusa. (2024, Oktober 15). *Mozambique | DDR: More than 90% of former Renamo guerrillas are now receiving their pensions – President Nyusi*. Club of Mozambique. <https://clubofmozambique.com/news/mozambique-ddr-more-than-90-of-former-renamo-guerrillas-are-now-receiving-their-pensions-president-nyusi-268635/> [zuletzt aufgerufen am 10.09.2025]

- Club of Mozambique/Lusa. (2025, April 14). *Mozambique: Protests 100 times worse if political persecution goes on—Mondlane*. Club of Mozambique. <https://clubofmozambique.com/news/mozambique-protests-100-times-worse-if-political-persecution-goes-on-mondlane-280140/> [zuletzt aufgerufen am 10.09.2025]
- Costy, A. (2004). The Peace Dividend In Mozambique, 1987-1997. In T. M. Ali & R. O. Matthews (Hrsg.), *Durable Peace*. University of Toronto Press, 142–182. <https://www.degruyterbrill.com/document/doi/10.3138/9781442674134-009/html>
- do Mar Castro Varela, M., & Dhawan, N. (2015). *Postkoloniale Theorie: Eine kritische Einführung*. transcript Verlag.
- Dannecker, P. & Englert, B. (2014). Praktische und ethische Aspekte der Feldforschung. In Petra Dannecker & Birgit Englert (Hrsg.), *Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung*. Mandelbaum-Verl, 233–265.
- Duffield, M. (2010). The Liberal Way of Development and the Development—Security Impasse: Exploring the Global Life-Chance Divide. *Security Dialogue*, 41(1), 53–76. <https://doi.org/10.1177/0967010609357042>
- European Commission. (o. J.). *International Partnerships Mozambique*. https://international-partnerships.ec.europa.eu/countries/mozambique_en [zuletzt aufgerufen am 10.09.2025]
- Fanon, F. (2014). *Die Verdammten dieser Erde* (14. Auflage). Suhrkamp.
- Fanon, F. (2022). *Für eine afrikanische Revolution: Politische Schriften* (B. Kalender, Hrsg.; E. Schlereth, Übers.). März.
- Galtung, J. (1969). Violence, Peace, and Peace Research. *Journal of Peace Research*, 6(3), 167–191.
- Hagemann, A. (2013). *Nelson Mandela* (8. Auflage). Rowohlt.
- Hanlon, J. (1997). *Peace without profit: How the IMF blocks rebuilding in Mozambique* (Reprint). Irish Mozambique Solidarity & The International African Institute [u.a.].
- Hanlon, J. (2004). Do donors promote corruption?: The case of Mozambique. *Third World Quarterly*, 25(4), 747–763. <https://doi.org/10.1080/01436590410001678960>
- Hanlon, J. (2010). Mozambique: ‘The war ended 17 years ago, but we are still poor’. *Conflict, Security & Development*, 10(1), 77–102. <https://doi.org/10.1080/14678800903553902>
- hdgö. (o. J.). *April 1955, Bandung*. Haus der Geschichte Österreich, Digitales Museum. https://hdgoe.at/1955_bandung [zuletzt aufgerufen am 10.09.2025]

- Helfferrich, C. (2011). *Die Qualität qualitativer Daten: Manual für die Durchführung qualitativer Interviews*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-92076-4>
- Helfferrich, C. (2014). Leitfaden- und Experteninterviews. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien, 559–574. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_39
- Henriksen, T. H. (1978). Marxism and Mozambique. *African Affairs*, Vol. 77, No. 309, 441–462.
- Hödl, G. (2004). *Österreich und die Dritte Welt: Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995*. Promedia.
- Höll, O. (1986). *Österreichische Entwicklungshilfe 1970 - 1983: Kritische Analyse und internationaler Vergleich*. Braumüller.
- Hudis, P. (2015). *Frantz Fanon: Philosopher of the Barricades*. Pluto Press. <https://research.ebsco.com/linkprocessor/plink?id=61ede96e-3853-3e57-a335-52a7bc055177>
- Kreisky, B. (1982). Practical Politics and Global Vision. *Challenge*, 25(4), 31–35.
- Le Grange, L. (2012). Ubuntu, Ukama and the Healing of Nature, Self and Society. *Educational Philosophy and Theory*, 44(2), 56–67.
- Lederach, J. P. (1997). *Building peace: Sustainable reconciliation in divided societies*. United States Inst. of Peace Press.
- Macuane, J. J., Buur, L., & Monjane, C. M. (2018). Power, Conflict and Natural Resources: The Mozambican Crisis Revisited. *African Affairs*, 117(468), 415–438.
- Mahmoud, Y. (with Mbiatem, A.). (2021). *Whose Peace Are We Building? Leadership for Peace in Africa*. I.B. Tauris. <https://research.ebsco.com/linkprocessor/plink?id=d35df6bd-e583-3505-b219-867790e53380>
- Mandela, N. (with International Defence and Aid Fund for Southern Africa). (1978). *The struggle is my life*. Internat. Defence and Aid Fund for Southern Africa.
- Maputo Accord*. (o. J.). <https://maputoaccord.org/en/home/> [zuletzt abgerufen am 10.09.2025]
- Marx, K. (with Institut für Marxismus-Leninismus). (1969). *Das Kapital* (Bd. 1). Dietz.
- Maschietto, R. H. (2015). What has Changed with Peace? Local Perceptions of Empowerment in Mozambique. *Journal of Peacebuilding & Development*, 10(2), 20–35. <https://doi.org/10.1080/15423166.2015.1050797>
- Maschietto, R. H. (2016a). *Beyond Peacebuilding: The Challenges of Empowerment Promotion in Mozambique*. Palgrave Macmillan. <https://doi.org/10.1057/978-1-349-94951-9>

- Maschietto, R. H. (2016b). Decentralisation and local governance in Mozambique: The challenges of promoting bottom-up dynamics from the top down. *Conflict, Security & Development*, 16(2), 103–123. <https://doi.org/10.1080/14678802.2016.1153306>
- Maschietto, R. H. (2022). Mozambique. In O. P. Richmond & G. Visoka (Hrsg.), *The Palgrave encyclopedia of peace and conflict studies*. Palgrave Macmillan, 837–852. <https://doi.org/10.1007/978-3-030-77954-2>
- Mayring, P. (2022). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken* (13. Auflage). Beltz.
- Mayring, P., & Fenzl, T. (2014). Qualitative Inhaltsanalyse. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien, 543–556. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_38
- Mbembe, A. (2021). *Kritik der schwarzen Vernunft* (5. Auflage). Suhrkamp.
- Meisterle, S. (2007). Unsere Delagoa Bay: Die k. K. Niederlassung an der Küste von Moçambique. *Indaba*, 54/07, 20–24.
- Mondlane, C. E. (1973). *Kampf um Moçambique* (1. Auflage.). Dietz.
- Naicker, I. (2011). The Search for Universal Responsibility: The cosmovision of Ubuntu and the humanism of Fanon. *Development*, 54(4), 455–460. <https://doi.org/10.1057/dev.2011.84>
- Nganje, F. (2021). Local Peace Committees and Grassroots Peacebuilding in Africa. In T. McNamee & M. Muyangwa (Hrsg.), *The State of Peacebuilding in Africa*. Springer International Publishing, 123–139. https://doi.org/10.1007/978-3-030-46636-7_8
- Njoku, C. I., & Bondarenko, D. M. (2018). State Building, States, and State Transformation in Africa: Introduction. *Social Evolution & History*, 17(1), 3–15. <https://doi.org/10.30884/seh/2018.01.01>
- Ntibagiriwa, S. (2018). Ubuntu as a Metaphysical Concept. *The Journal of Value Inquiry*, 52(1), 113–133. <https://doi.org/10.1007/s10790-017-9605-x>
- ÖFSE. (2025). *Österreichische Entwicklungspolitik 2024. High Ambitions, Low Emissions? Europe's Green Industrial Policy and the Global South*. Austrian Foundation for Development Research. <https://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Oepol/OEPOL2024-web.pdf>. <https://doi.org/10.60637/2025-OEPOL24>
- ÖFSE/Michael Obrovsky. (2021). *Die Entwicklungen der ODA-Leistungen von 1970 bis 2020* [Dataset]. https://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Forschung/ODA_70-2020.pdf

- Olonisakin, 'Funmi, Kifle, A. A., & Muteru, A. (2021). Shifting ideas of sustainable peace towards *conversation* in state-building. *Conflict, Security & Development*, 21(4), 409–430. <https://doi.org/10.1080/14678802.2020.1862495>
- Paris, R. (1997). Peacebuilding and the Limits of Liberal Internationalism. *International Security*, 22(2), 54–89.
- Pearce, J. (2020). History, legitimacy, and Renamo's return to arms in central Mozambique. *Africa*, 90(4), 774–795. <https://doi.org/10.1017/S0001972020000315>
- Reichertz, J. (2014). Empirische Sozialforschung und soziologische Theorie. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien, 65–80. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_2
- Richmond, O. P. (2013). Failed statebuilding versus peace formation. *Cooperation and Conflict*, 48(3), 378–400. <https://doi.org/10.1177/0010836713482816>
- Sabaratnam, M. (2017). *Decolonising Intervention: International Statebuilding in Mozambique*. Rowman & Littlefield International. <https://directory.doabooks.org/handle/20.500.12854/44616>
- Saraiva, R. (2022). Peacemaking from Within: Adaptive Mediation of Direct Dialogue in Mozambique's New Peace Process (2013–2019). In C. De Coning, A. Muto, & R. Saraiva (Hrsg.), *Adaptive Mediation and Conflict Resolution*. Springer International Publishing. 81–109. https://doi.org/10.1007/978-3-030-92577-2_4
- Sauer, W. (1997). Österreich und der Transformationsprozeß in Moçambique. *Journal für Entwicklungspolitik*, XIII(2), 199–207.
- Saul, J. S. (1999). Inside from the Outside? The Roots and Resolution of Mozambique's Un/Civil War. In T. M. Ali & R. O. Matthews (Hrsg.), *Civil Wars in Africa*. McGill-Queen's University Press, 122–166. <https://doi.org/10.1515/9780773567382-008>
- Schafer, J. (2001). Guerrillas and Violence in the War in Mozambique: De-Socialization or Re-Socialization? *African Affairs*, 100(399), 215–237. <https://doi.org/10.1093/afraf/100.399.215>
- Schlögl, L. (2025, Mai). Aktueller Kommentar Mai 2025—Österreichische Forschungsförderung für Internationale Entwicklung. *ÖFSE*. <https://www.oefse.at/publikationen/aktueller-kommentar/aktueller-kommentar-mai-2025/> [zuletzt abgerufen am 10.09.2025]
- Schumicky-Logan, L., & Alves Dos Reis, A. (2023). Sensible localisation – local peace committees' role in preventing violent and hateful extremism. *Conflict, Security & Development*, 23(5), 525–544. <https://doi.org/10.1080/14678802.2023.2276103>

- Secretary-General, U. (2000, August 21). *Identical letters dated 21 August 2000 from the Secretary-General to the President of the General Assembly and the President of the Security Council*. Panel on United Nations Peace Operations (2000 : New York), New York. <https://digitallibrary.un.org/record/420963?ln=en&v=pdf>
- Terreblanche, C. (2018). Ubuntu and the Struggle for an African Eco-Socialist Alternative. In V. Satgar (Hrsg.), *The Climate Crisis* (S. 168–189). Wits University Press. <https://doi.org/10.18772/22018020541.13>
- Ultsch, C. (2025, Mai 13). *Außenamt spart Millionen bei Entwicklungshilfe ein*. Die Presse. <https://www.diepresse.com/19677943/aussenamt-spart-millionen-bei-entwicklungshilfe-ein> [zuletzt abgerufen am 10.09.2025]
- UN. General Assembly. (1971). International Development Strategy for the 2nd United Nations Development Decade. *A/RES/2626(XXV)*, 11. <https://digitallibrary.un.org/record/201726?v=pdf>
- UN. Inter-Agency Working Group on Disarmament, Demobilization and Reintegration. (2006). *Integrated Disarmament, Demobilization and Reintegration Standards / Inter-Agency Working Group on Disarmament, Demobilization and Reintegration*. UN., <https://digitallibrary.un.org/record/609144>
- UN Secretary-General. (1995). *Supplement to an Agenda for Peace: Position paper of the Secretary-General on the occasion of the 50th anniversary of the United Nations*. UN. <https://digitallibrary.un.org/record/168325>
- UN Security Council. (1992). *General Peace Agreement for Mozambique (1992)*. <https://www.refworld.org/legal/agreements/unsc/1992/en/121363>
- UN Security Council. (1994). *Final Report of the Secretary-General on the United Nations Operation in Mozambique* (S. 9). <https://documents.un.org/doc/undoc/gen/n94/515/76/pdf/n9451576.pdf>
- Van Leeuwen, M., Nindorera, J., Kambale Nzweve, J.-L., & Corbijn, C. (2020). The ‘local turn’ and notions of conflict and peacebuilding – Reflections on local peace committees in Burundi and eastern DR Congo. *Peacebuilding*, 8(3), 279–299. <https://doi.org/10.1080/21647259.2019.1633760>
- Vines, A. (1996). *Renamo: From terrorism to democracy in Mozambique*. Centre for Southern African studies, University of York E. Mondlane foundation J. Currey.
- Vines, A. (2013). Renamo’s Rise and Decline: The Politics of Reintegration in Mozambique. *International Peacekeeping*, 20(3), 375–393. <https://doi.org/10.1080/13533312.2013.840087>

- Wiegink, N. (2020). *Former guerrillas in Mozambique*. University of Pennsylvania Press.
- Wiegink, N., & Sprenkels, R. (2022). Beyond Reintegration: War Veteranship in Mozambique and El Salvador. *Development and Change*, 53(2), 424–447. <https://doi.org/10.1111/dech.12576>
- WKO. (2025, April). *Länderprofil Mosambik*. https://www.wko.at/statistik/laenderprofile/lp-mosambik.pdf?_gl=1*_1aojq0p*_gcl_au*NTMzOTc3NzkzLjE3NDczMjQ1NTA.*_ga*MTk0NjMzNTgyNC4xNzQ3MzI0NTUw*_ga_TJBEG291F0*czE3NDg0NDM5NjAkbzMkZzAkDE3NDg0NDQwMjEkajYwJGwwJGgxMzI3MTc1MDUx
- World Bank Group. (2025a). *Net ODA received (% of GNI)*. World Bank Group Data: Net ODA Received (% of GNI). <https://data.worldbank.org/indicator/DT.ODA.ODAT.GN.ZS> [zuletzt abgerufen am 10.09.2025]
- World Bank Group. (2025b). *Net ODA received per capita (current US\$)*. World Bank Group Data: Net ODA Received per Capita (Current US\$). <https://data.worldbank.org/indicator/DT.ODA.ODAT.PC.ZS?end=2022&start=1960> [zuletzt abgerufen am 10.09.2025]
- World Bank Group. (2025c). *Net official development assistance received (current US\$)*. World Bank Group Data: Net Official Development Assistance Received (Current US\$). <https://data.worldbank.org/indicator/DT.ODA.ODAT.CD> [zuletzt abgerufen am 10.09.2025]
- Yadav, A. K. (2007). Nelson Mandela and the Process of Reconciliation in South Africa. *India Quarterly*, 63(4), 49–84.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Darstellung der Kategorien (eigene Darstellung).....	68
Tabelle 2: Darstellung der Interviewpartner*innen (eigene Darstellung).....	71

Anhang Einverständniserklärung und Interviewleitfaden

Masterarbeit „Österreichs Engagement im nationalen Versöhnungsprozess Mosambiks“

Forschungsfrage: Welche Rolle spielen externe Akteur*innen in nationalen Versöhnungsprozessen am Beispiel Österreichs in Mosambik?

Masterstudium Internationale Entwicklung, Universität Wien;
Studienkennzahl lt. Studienblatt: UA 066 589

Verfasserin: Caroline Ferstl, BSc.

Matrikelnummer: 01551701

E-Mail: a01551701@unet.univie.ac.at/caroline.ferstl@gmx.at

Mobilnummer: 0043/69910515318

Betreuer: Dr. Dr. Amadou-Lamine Sarr

--

Einverständniserklärung:

Hiermit bestätige ich meine freiwillige Teilnahme an der Datenerhebung zur angeführten Masterarbeit. Die gesammelten Informationen werden vertraulich behandelt. Alle persönlichen Daten werden, sofern nicht anders vereinbart, anonym behandelt. Zugang zu den gesammelten Informationen hat ausschließlich die Autorin der Masterarbeit. Die von mir bereitgestellten Informationen werden von der Autorin für keine andere wissenschaftliche Studie oder eine andere Veröffentlichung verwendet. Ich bin damit einverstanden, dass das Gespräch aufgezeichnet wird. Ich unterliege keinem Zwang, alle Fragen zu beantworten. Ich kann meine Teilnahme jederzeit widerrufen.

Ort, Datum, Unterschrift

Interviewleitfaden:

- Mit welchen Herausforderungen ist die mosambikanische Zivilgesellschaft Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit und dem Bürgerkrieg bis heute konfrontiert?
- Inwiefern prägt der Bürgerkrieg die Gesellschaft Mosambiks bis heute nach?
- Was deutet Ihrer Meinung nach darauf hin, dass es nach wie vor eine Spaltung zwischen FRELIMO- und RENAMO-Anhänger*innen und ehemaligen Kämpfer*innen gibt?
- Wie beurteilen Sie die materielle und gesellschaftliche Lage ehemaliger RENAMO-Kämpfer*innen?
- Wurde in der Vergangenheit aus Ihrer Sicht bei DDR-Programmen und Friedensabkommen zu wenig Fokus auf eine Versöhnung der Gesellschaft gelegt?
- Was sagen Sie zu Kritik an der „Projektisierung“ von Versöhnung (Herausforderungen: Notwendigkeit externer Geldmittel; zeitlich beschränkter Rahmen; zu erfüllende Zielvorgaben; Messbarkeit des Erfolgs; etc.)?
- Wie schätzen Sie Ihre eigene Rolle als externe*r Akteur*in im Versöhnungsprozess ein?
- Wie wurden Sie als externe*r Akteur*in wahrgenommen – mehrheitlich positiv oder negativ? (Beispiele?)
- Was sagen Sie zu Kritik an externen Akteur*innen (Vorwürfe: zu wenig Wissen über Hintergrund des Konflikts und Kontext; keine Eingebundenheit in lokale Strukturen; Denken in eurozentristischen/westlichen Narrativen; etc.)?
- Was sagen Sie zur Kritik, dass durch externes Engagement eigenständige (nationale, regionale) Versöhnungsprozesse und Maßnahmen unterminiert würden?
- Wie bewerten Sie rückblickend das Projekt DELPAZ-Sofala?
- Welche Auswirkungen hat das Projekt auf die materielle und gesellschaftliche Stellung ehemaliger Kämpfer*innen?
- Welche Interessen verfolgt Österreich mit seiner Entwicklungszusammenarbeit in Mosambik?
- Wie blicken Sie auf die Zukunft von internationaler und österreichischer Entwicklungszusammenarbeit in Mosambik?

Master's thesis „Austrias involvement in Mozambique's national reconciliation process“

Research question: What role do external actors play in national reconciliation processes using the example of Austria in Mozambique?

Master's programme: International Development, University of Vienna; study code according to study sheet: UA 066 589

Researcher: Caroline Ferstl, BSc.

Matriculation number: 01551701

E-mail: a01551701@unet.univie.ac.at/caroline.ferstl@gmx.at;

Mobile number: 0043/69910515318

Supervisor: Dr. Dr. Amadou-Lamine Sarr

--

Declaration of consent:

I confirm my voluntary participation in the data collection for the above-mentioned Master's thesis. The data collected will be treated confidentially. Unless otherwise agreed, all personal data will be used anonymously. Only the author of the Master's thesis has access to the data collected. The information will not be used for other scientific studies or publications. I agree that the interview may be recorded. I am not obliged to answer all questions. I can terminate my participation at any time.

Date, Place, Signature

Interview questions:

- Has reconciliation succeeded in Mozambique?
- To what extent does the civil war still characterize Mozambican society today?
- What do you think indicates that there is still a polarization between FRELIMO and RENAMO supporters and former combatants?
- How do you rate the material and social situation of former RENAMO combatants?
- In your opinion, has too little attention been paid to reconciliation in society in the past DDR programs and peace agreements?
- As reconciliation is one of the four pillars of the DELPAZ project, what do you say to criticism of the “projectization” of reconciliation (challenges: need for external money; limited timeframe; targets to be met; measurability of success; etc.)?
- How do you see your own role as an external actor in the national reconciliation processes?
- How were you perceived as an external actor – mostly in a positive or a negative way? (examples?)
- What do you think about criticism to external actors (accusations: too little knowledge about the conflict and the context; no connection to local structures; following Eurocentristic/Western narratives; etc.)?
- What do you say to the criticism that external involvement would undermine independent (national/regional) reconciliation processes?
- How do you rate the project DELPAZ Sofala?
- What impact has the project had on the material and social status of former combatants?
- Which interests is the European Union pursuing with its development assistance in Mozambique?
- Regarding global developments – I am thinking about the shutdown of USAID – how do you see the future of international and European development assistance in Mozambique?
- What would successful reconciliation look like for you?